Potenzialräume in Deutschland

Produktivität steigern, Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen



BertelsmannStiftung

Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Oktober 2026

Herausgeber
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Programm
Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
Dr. Daniel Schraad-Tischler
Director

Verantwortlich
Dr. Daniel Schraad-Tischler
Director

Otto Meyer zu Schwabedissen
Project Manager

Eric Thode
Senior Advisor

Dr. Marcus Wortmann
Senior Expert

Dr. Thieß Petersen
Senior Advisor

Autor:innen
Dr. Tillman Hönig, Hanno Kempermann, Christian Kestermann, Lennart Bolwin

Lektorat
Paul Kaltefleiter

Zitationshinweis
Hönig, T., Kempermann, H., Kestermann, C., Bolwin, L. (2026). Potenzialräume in Deutschland – Produktivität steigern, Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh

Layout
Linda Wedi

DOI 10.11586/2026138

ID_3158

Titelbild: © Inna – stock.adobe.com

Potenzialräume in Deutschland

Produktivität steigern, Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen

Dr. Tillman Hönig, IW Consult
Hanno Kempermann, IW Consult
Christian Kestermann, IW Consult
Lennart Bolwin, IW Consult

Inhalt

1. Executive Summary 6
1.1 Kernergebnisse im Überblick 7
1.2 Fünf Reformfelder für mehr Produktivität und Wohlstand 9
2. Einleitung: Warum Deutschland neue Wachstumsimpulse braucht 15
3. Innovation: Aus der Midtech-Falle in die Anwendung 17
3.1 Deutschland im Vergleich mit Südkorea 17
3.2 Der Potenzialraum durch mehr Innovation 21
3.3 Ableitung von Maßnahmen 24
3.3.1 Förderung fokussieren 24
3.3.2 Anreize für Technologietransfer setzen 25
3.3.3 Staat als Ankerkunde für Verteidigungsinnovation etablieren 25
4. Demografie und Fachkräfte: Mehr Stunden durch höhere Flexibilität 27
4.1 Deutschland im Vergleich mit Estland 27
4.2 Der Potenzialraum durch mehr Arbeitsvolumen und Bildung 33
4.3 Ableitung von Maßnahmen 34
4.3.1 Flexibilität des Arbeitsmarktes erhöhen und Fehlanreize abbauen 34
4.3.2 Individuelle Weiterbildungsplattformen aufbauen 34
5. Investitionen: Unternehmerische Freiheit für mehr Wachstum 36
5.1 Deutschland im Vergleich mit der Schweiz 36
5.2 Der Potenzialraum durch höhere Investitionen 40
5.3 Ableitung von Maßnahmen 42
5.3.1 Klare Standortstory für Zukunftsbranchen entwickeln 42
5.3.2 Langfristige Investitionsfonds für Infrastruktur aufbauen 43
5.3.3 Unternehmerische Freiheit stärken 43
6. Bürokratie und Steuersystem: Anreizlogik für staatliche Effizienz 44
6.1. Deutschland im Vergleich mit Kanada 44
6.2 Der Potenzialraum durch einen leistungsfähigeren Staat 48
6.3 Ableitung von Maßnahmen 49
6.3.1 „Junge-Kommission“ als Reformmotor 50
6.3.2 Leistungsabhängige Anreizsysteme im öffentlichen Dienst einführen 50
6.3.3 Personalstruktur flexibilisieren mit KI 50
7. Außenwirtschaftliche Beziehungen: Exportstärke durch Technologie sichern 51
7.1 Deutschland im Vergleich mit Japan 52
7.2 Der Potenzialraum durch Technologie und Direktinvestitionen 57
7.3 Ableitung von Maßnahmen 58
7.3.1 Willkommenspolitik für strategische Direktinvestitionen etablieren 58
7.3.2 Dienstleistungskompetenz mit Maschinenbau verbinden 58
7.3.3 Hightech-Leitmärkte zur Exportfähigkeit aufbauen 59
8. Fazit: Was Deutschland gewinnen kann und was dafür nötig ist 60
9. Methodik 62
Literaturverzeichnis 64

Abbildungen

ABBILDUNG 1-1 **Abstand zur Spitze nach Reformbereich** 8
ABBILDUNG 1-2 **Potenzialräume für den Standort Deutschland** 9
ABBILDUNG 3-1 **Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung** 18
ABBILDUNG 3-2 **Öffentliche FuE-Ausgaben für den Bereich Defense** 19
ABBILDUNG 3-3 **Venture-Capital-Investitionen** 21
ABBILDUNG 3-4 **Innovationskraft – Potenzialräume für Deutschland** 22
ABBILDUNG 4-1 **Durchschnittliche Arbeitszeit relativ zur Erwerbsbevölkerung** 28
ABBILDUNG 4-2 **PISA-Ergebnisse Naturwissenschaften** 30
ABBILDUNG 4-3 **Jugendliche, die sich nicht in Bildung, Beschäftigung oder Ausbildung befinden** 31
ABBILDUNG 4-4 **Demografie und Fachkräfte – Potenzialräume für Deutschland** 32
ABBILDUNG 5-1 **Unternehmensinvestitionen** 37
ABBILDUNG 5-2 **Industriestrompreis** 38
ABBILDUNG 5-3 **Höhe der öffentlichen Investitionen** 39
ABBILDUNG 5-4 **Investitionen und moderne Infrastruktur – Potenzialräume für Deutschland** 41
ABBILDUNG 6-1 **Government Effectiveness** 45
ABBILDUNG 6-2 **Regulatory Quality** 46
ABBILDUNG 6-3 **Bürokratie und Steuersystem – Potenzialräume für Deutschland** 49
ABBILDUNG 7-1 **Economic Complexity Index** 52
ABBILDUNG 7-2 **IKT-Exporte** 53
ABBILDUNG 7-3 **Zugeflossene Direktinvestitionen (FDI)** 55
ABBILDUNG 7-4 **Außenwirtschaftliche Beziehungen – Potenzialräume für Deutschland** 56
ABBILDUNG 8-1 **Potenzialräume für den Standort Deutschland** 61

1. EXECUTIVE SUMMARY

Deutschland verliert seit Jahren an wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit, der Wohlstand in Deutschland stagniert. Der Innovationsvorsprung, auf dem das industrielle Exzellenzsiegel „Made in Germany“ lange beruhte, geht verloren. Die Industrieproduktion liegt heute rund 7 Prozent unter dem Niveau von 2015 (OECD 2026d). Deutschland ist im Global Innovation Index 2025 auf Platz 11 abgerutscht und hat damit, nach Platz 9 im Vorjahr, die Top 10 verlassen (WIPO 2025). Technologische Impulse liefern seit Jahren keinen nennenswerten Beitrag zum Produktivitätswachstum, auch deshalb, weil die Breite der Unternehmen nicht mehr produktiver wird: Nur 0,2 Prozent der Unternehmen tragen fast die Hälfte (47 Prozent) des Produktivitätswachstums (McKinsey 2026).

Der Draghi-Report hat schon 2024 den Rückstand Europas beim Produktivitätswachstum gegenüber den USA als zentrale Schwäche benannt und zugleich als den zentralen Hebel, über den Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum zurückgewonnen werden können. Besonders betont er innovative Spitzentechnologien als Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum (Draghi 2024).

Für Deutschland heißt das: Es braucht eine Erneuerung des Geschäftsmodells. Deutschland soll wieder funktionieren. Die Stärken – Ingenieurkompetenz, industrielle Tiefe, Mittelstand, Exportqualität – müssen wieder in den Vordergrund rücken, die Debatte um die Schwächen in den Hintergrund. Genau deshalb macht diese Studie sichtbar, welches Wachstum in Deutschland möglich wäre, wenn das Land in den entscheidenden Bereichen wieder zur internationalen Spitze aufschließt: Mehr Innovation, flexiblere Arbeitsmodelle, weniger und bessere Bürokratie – all das zahlt in anderen Ländern messbar auf das Produktivitätswachstum ein.

Die Studie quantifiziert deshalb Potenzialräume: Sie zeigt, wie groß die Lücke zur internationalen Spitze ist und welche Größenordnung an zusätzlicher Wertschöpfung rechnerisch entsteht, wenn Deutschland diese Lücke schließt. Dazu verbindet sie drei Stränge:

- Erstens ökonometrische Modellierungen, mit denen Abstände zur internationalen Spitze für messbare Indikatoren in Wertschöpfungspotenzial quantifiziert werden.
- Zweitens 18 Experteninterviews aus Deutschland sowie aus den Best-Practice-Ländern Südkorea, Estland, Schweiz, Kanada und Japan, die die Ursachen hinter den Zahlen herausarbeiten: Gründe, warum das Potenzial in Deutschland heute nicht ausgeschöpft wird und was andere Länder besser machen.
- Drittens daraus abgeleitete Maßnahmen, die zeigen, wie produktivitätswirksame Investitionen, Innovation und die Allokation von Arbeit unter verlässlichen Regeln beschleunigt werden können. Dabei erfolgt eine Diskussion, wie die Erfolgsmechanismen bestmöglich auf Deutschland übertragen werden können.

Im Zentrum stehen fünf Felder, die die Wettbewerbsfähigkeit direkt prägen: Innovation, Bildung und Arbeitsmarkt, Investitionen, Bürokratie und Steuersystem sowie Außenwirtschaft. Diese fünf Bereiche sind durch gegenseitige Ausstrahlungseffekte miteinander verbunden:

- Bürokratie und Steuern entscheiden, ob Investitionen überhaupt getätigt werden. Ohne schnellere Genehmigungsverfahren bleiben Mittel liegen, ohne Vertrauen in den Staat entsteht Investitionsattentismus.
- Bildung und Arbeitsmarkt bestimmen, ob neue Technologien in Unternehmen umgesetzt werden können. Ohne passende Qualifikation, Mobilität von Beschäftigten und Anreize, Neues auszuprobieren, entstehen keine flächendeckenden Ausstrahlungseffekte durch Innovation.
- Eine starke Außenwirtschaft braucht Innovation zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig können ausländische Direktinvestitionen Know-how ins Land bringen.

Die ökonometrischen Schätzungen zeigen Potenzialräume von bis zu 1,9 Billionen Euro Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das ist ein erheblicher Beitrag, der Wachstum und Wohlstand in den nächsten Jahrzehnten massiv treiben würde. Die Ausschöpfung dieses Potenzialraums hängt jedoch vom politischen Prozess und vom Umsetzungswillen ab. Gerade bei großen Abständen zu den führenden Ländern ist nicht mit

einer kurzfristigen Angleichung zu rechnen. Auch die wirtschaftliche Wirkung einmal umgesetzter Maßnahmen tritt in der Regel nicht sofort ein: Wenn sich ein Indikator verbessert, führt dies nicht unmittelbar zu einem höheren Pro-Kopf-BIP. Die Veränderung kann Deutschland vielmehr auf einen anderen Wachstumspfad bringen, auf dem sich die Effekte im Laufe der Jahre zunehmend im Pro-Kopf-BIP zeigen. 1,9 Billionen Euro – diese Zahl soll die bereits laufende Debatte über den Weg Deutschlands befeuern und den Diskussionen über die Rente mit 70, massive zu erwartende Fachkräfteengpässe ab 2028 oder die ausufernde Bürokratie eine Zahl gegenüberstellen, die zeigt, dass der Mut zu Neuem sich lohnen würde.

Die Potenzialräume machen sichtbar, was es konkret bedeutet, wenn in Deutschland das Arbeitsvolumen erhöht wird oder Standortbedingungen wieder so ausgestaltet sind, dass Unternehmen in großem Stil in Deutschland investieren:

- Wenn Qualifikationen passen, Wechsel in produktivere Bereiche leichter möglich sind und Betreuungsengpässe und Fehlanreize Mehrarbeit nicht verhindern, können mehr produktive Arbeitsstunden geleistet werden.

- Wenn attraktive Standortbedingungen bestehen, investieren Unternehmen in moderne Anlagen, digitalisierte Prozesse und neue Produktionskapazitäten.

Dabei entscheidet sich nicht nur, ob Deutschland im internationalen Vergleich aufholt. Es entscheidet sich auch, ob die Unternehmen in Deutschland die finanziellen Spielräume für große absehbare Belastungen erarbeiten können, wie beispielsweise für eine höhere Verteidigungsfähigkeit, steigende Zinsausgaben durch die Schuldenaufnahme und die Stabilisierung des Sozialstaates in einer alternden Gesellschaft. Um das Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen der letzten drei Dekaden zu erhalten, erfordert die demografische Veränderung ein Produktivitätswachstum von 1,6 Prozent pro Jahr (Bardt und Grömling 2025).

Die Potenzialräume zeigen, dass dieses Wachstum erreicht werden kann. Sie zeigen aber auch die Lücke, die sich auftut, wenn keine beherzten Schritte zur Erneuerung gegangen werden.

Diese Studie fokussiert bewusst auf Maßnahmen, die kurz- bis mittelfristig die Produktivität erhöhen und damit die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Dabei sind die Maßnahmen als Paket zu sehen: Nicht alle Elemente sind für sich revolutionär, einige Elemente fordern Expertinnen und Experten seit Jahren, und zentrale Bausteine sind international erprobt. Entscheidend ist, dass ein Paket Wechselwirkungen nutzt: Mehr Arbeit wirkt nur, wenn notwendige Qualifikationen mitgedacht werden; mehr Investitionen entstehen, wenn Genehmigungen, Planungssicherheit und Standortklarheit stimmen; mehr Innovation wird durch klare Prioritäten gefördert. Die Kombination der Maßnahmen trägt zu einem breiteren Konsens bei und bietet eine Roadmap für Deutschland zu mehr Produktivität und Wohlstand.

1.1 Kernergebnisse im Überblick

Status quo und Potenzialräume in den fünf Wachstumsfeldern

- Im **Innovationssystem** zeigt sich die Schwäche als Midtech-Falle: Deutschland verliert Anschluss zur internationalen Spitze in neuen Hightech-Feldern, der Transfer aus Wissenschaft in Anwendung ist zu schwach verankert, und der Wagniskapitalmarkt bleibt klein. Das BIP-Potenzial liegt, wenn Deutschland zur Spitze aufschließt, bei bis zu 1,3 Billionen Euro.[1]

- Im Bereich **Bildung und Arbeitsmarkt** kumulieren sinkende Bildungsleistung und zu geringes Arbeitsvolumen: Die PISA-Ergebnisse 2025 sind die schlechtesten, die je für Deutschland gemessen wurden (OECD 2026f). Deutschlands Arbeitsstunden pro Person liegen nur auf Rang 34 der OECD, getrieben durch Fehlanreize und

1 Die ausgewiesenen Potenzialräume beruhen auf ökonometrisch geschätzten Zusammenhängen zwischen dem Pro-Kopf-BIP und den untersuchten Indikatoren unter Verwendung eines Panelmodells. Die Schätzungen stellen damit eine Näherung an einen kausalen Effekt dar. Dabei ist eine methodische Einschränkung besonders relevant. Die Ergebnisse können durch nicht beobachtete zeit- und ländervariierende Einflussfaktoren verzerrt sein, wie beispielsweise durch sich ändernde länderspezifische institutionelle Rahmenbedingungen. Das verwendete Modell reduziert wesentliche Verzerrungen (zeit- oder länderinvariante wie globale konjunkturelle Entwicklungen oder fixe länderspezifische institutionelle Rahmenbedingungen), kann aber nicht jede mögliche Verzerrung vollständig ausschließen. Die Potenzialräume geben daher eine rechnerische Größenordnung unter den Annahmen des Modells an. Sie zeigen, welche zusätzliche Wirtschaftsleistung mit einer Verbesserung der Indikatoren (im besten Fall) verbunden sein könnte, nicht welche Wirtschaftsleistung bei Umsetzung bestimmter Maßnahmen sicher eintreten würde.

Betreuungsengpässe. Der Potenzialraum liegt bei bis zu 1,6 Billionen Euro Wirtschaftsleistung, wenn Deutschland zur Spitze aufschließt.

- Bei **Investitionen** liegt Deutschland bei öffentlichen Investitionen nur auf Platz 30 der OECD und bei privaten Investitionen auf Platz 26 gemessen am BIP. Zum einen konkurrieren öffentliche Investitionen in Deutschland jährlich mit Konsumausgaben um die knappen Haushaltsmittel. Zum anderen sinkt die Attraktivität des Standorts Deutschland für private Investoren durch hohe Bürokratie- und Standortkosten. Der Potenzialraum liegt bei bis zu 1,9 Billionen Euro Beitrag zum BIP.

- Im Bereich **Bürokratie und Steuersystem** ist Deutschland bei der staatlichen Effizienz in den letzten zehn Jahren im internationalen Vergleich von Rang 7 auf Rang 14 zurückgefallen. Die Bürokratiekosten steigen, das Vertrauen sinkt; die Expertinnen und Experten sehen fehlende Anreizstrukturen sowie eine juristische Risikokultur als Kernhemmnisse für Verbesserungen. Der geringe Abstand zur internationalen Spitze (Abbildung 1-1) erklärt sich vor allem daraus, dass auch die Vergleichsländer bei staatlicher Effizienz und Bürokratie Schwächen aufweisen. Der Potenzialraum liegt bei einem Beitrag zum BIP von bis zu 703 Milliarden Euro.

- In der **Außenwirtschaft** zeigt sich der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit durch sinkende Patentweltmarktanteile und ein Rückgang der Zahl der Warengruppen mit dominanter Exportposition von 237 auf rund 178 (Sultan und Matthes 2025). Hinzu kommen zunehmend geopolitische Risiken, die den Außenhandel Deutschlands unter Druck setzen. Der Potenzialraum liegt bei bis zu 1,2 Billionen Euro, wenn Deutschland zur Spitze aufschließt.

Drei zentrale Maßnahmen aus dem Gesamtpaket im Vordergrund

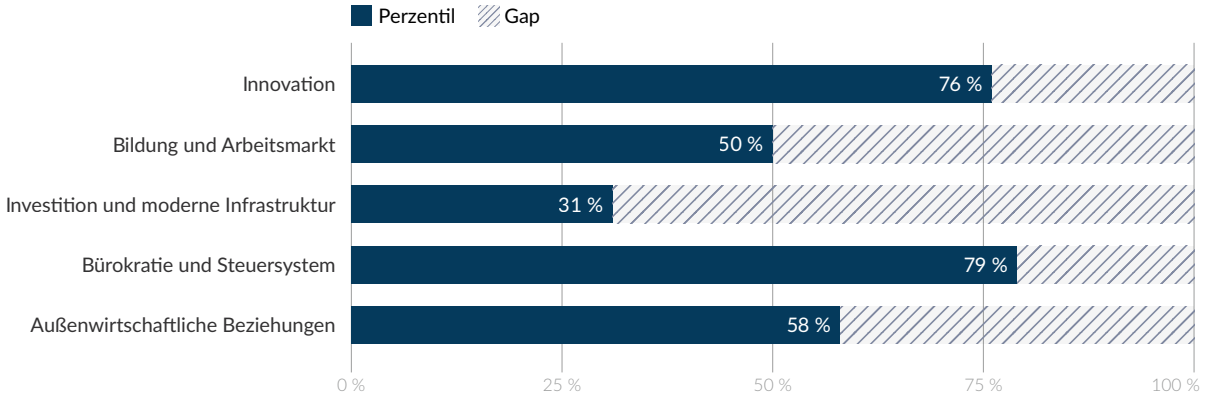
- **Flexibilität des Arbeitsmarktes erhöhen und Fehlanreize abbauen.** Ein Flexicurity-Ansatz (mehr Beweglichkeit bei hoher Absicherung und aktiver Weiterbildung) beschleunigt die Reallokation von Arbeit in produktivere Tätigkeiten. Flankierend sollten Fehlanreize wie das Ehegattensplitting überprüft werden, damit sich Mehrarbeit und der Übergang aus Teilzeit in Vollzeitbeschäftigung wieder stärker lohnen.

- **Klare Standortstory für Zukunftsbranchen entwickeln.** Ein „StandortNarrativ 2035“ übersetzt die Hightech Agenda in verlässliche Orientierung für Investoren: Welche Schlüsseltechnologien werden priorisiert, welche konkreten Angebote gibt es (Flächen, Talente, Förderung), und welche Leitmärkte sollen entstehen? Das senkt Unsicherheit und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Unternehmen in Deutschland in großem Stil investieren und skalieren.

ABBILDUNG 1-1

Abstand zur Spitze nach Reformbereich

Die Abbildung zeigt für fünf Reformbereiche das durchschnittliche Perzentil der Rangposition Deutschlands im internationalen Vergleich. Dafür werden die Ränge Deutschlands in den ausgewählten Indikatoren eines Bereichs in Perzentile umgerechnet und anschließend gemittelt. Der dunkle Balken ist das erreichte durchschnittliche Perzentil, die Schraffur ist der Abstand zur Spitze in Prozentpunkten (100−Ø-Perzentil). Der größte Abstand zeigt sich bei Investitionen und moderner Infrastruktur (69 %).

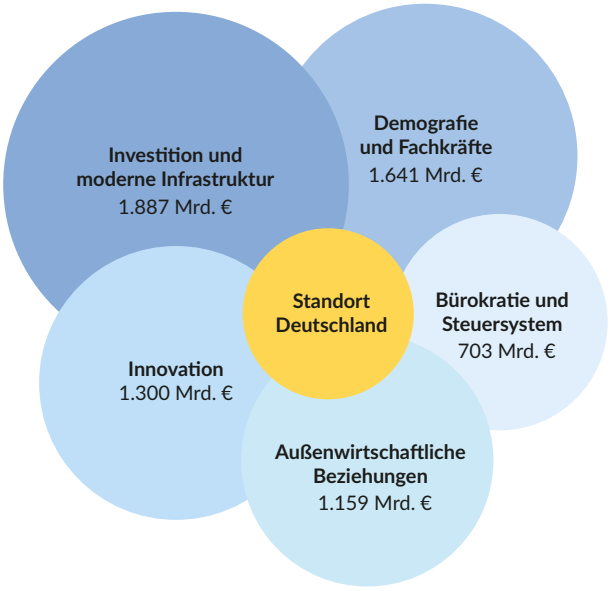


Quelle: eigene Darstellung.

ABBILDUNG 1-2

Potenzialräume für den Standort Deutschland

Die Abbildung zeigt den Potenzialraum des jeweiligen Leitindikators in den fünf Reformbereichen. Die Überschneidungen verdeutlichen, dass die Bereiche nicht trennscharf voneinander abgrenzbar sind. Verbesserungen in einem Bereich wirken oft in andere Bereiche hinein und erzeugen Synergien.



Quelle: eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

- **„Junge Kommission" als Reformmotor einsetzen.** Beamte mit weniger als sieben Jahren Dienstzeit entwickeln ein anreizorientiertes „Greenfield"Zielbild für Verwaltung, identifizieren Vereinfachungen und Regeln, die entfallen können, und bringen so Tempo in die Entbürokratisierung. Das bricht Beharrungskräfte auf und stärkt Ergebnisorientierung. Weniger Bürokratie und schnellere Genehmigungen senken die Kosten und verkürzen die Planungszeiten von Investitionsvorhaben. Dadurch werden Hürden für private Investitionen abgebaut. Gleichzeitig macht es den öffentlichen Dienst attraktiver für hoch qualifizierten Nachwuchs. Der Kommission sollten ähnliche Spielräume wie der Gesundheits- und Rentenkommission eingeräumt werden, die von der Bundesregierung im aktuellen Reformprozess eingesetzt wurden.

1.2 Fünf Reformfelder für mehr Produktivität und Wohlstand

Innovation:
Aus der Midtech-Falle in die Anwendung

Innovation treibt Produktivität und langfristiges Wachstum. Empirisch zeigt sich auf Unternehmensebene ein positiver Zusammenhang zwischen Innovationskraft und wirtschaftlichem Erfolg (Bertelsmann Stiftung 2026). Doch Deutschlands Innovationskraft schwächelt: Der Anteil innovationsstarker Unternehmen ist von 25 Prozent (2019) auf 13 Prozent gesunken. Obwohl die Ausgaben für Forschung und Entwicklung gestiegen sind, liegt Deutschland nur auf Platz 9 unter den OECD-Ländern.

Die Expertinnen und Experten sehen als Kernproblem eine Midtech-Falle. Deutschland ist stark in etablierten Industrien, aber zu wenig dynamisch in neuen Hightech-Feldern wie grünen Technologien, Digitalisierung und KI sowie beim autonomen Fahren. Dazu kommt ein Transferdefizit: Wissenschaftler werden kaum an Transferleistungen gemessen, weil das Wissenschaftssystem stark auf Publikationen ausgerichtet ist. Gleichzeitig ist der Wagniskapitalmarkt zu klein: Bei Venture-Capital-Investitionen liegt Deutschland nur auf Platz 15 der OECD. Neue Geschäftsmodelle entstehen dadurch zu oft außerhalb Deutschlands.

Würde Deutschland bei zentralen Indikatoren im Bereich Innovation zur Spitze aufschließen, ginge das mit großem Wachstumspotenzial einher. Die Studie quantifiziert die Potenzialräume für drei Indikatoren:

- Bei den **FuE-Gesamtausgaben** liegt Deutschland mit 3,1 Prozent des BIP auf Platz 9 unter den OECD-Ländern. Ein Aufschließen zum relativen Spitzenreiter Israel ginge einher mit einem Wirtschaftswachstum von bis zu 1.300 Milliarden Euro.[2]

- Bei den **öffentlichen verteidigungsbezogenen FuE-Ausgaben** liegt Deutschland mit 7,6 Prozent weit hinter den USA (52,3 Prozent); der Potenzialraum beträgt rund 251 Milliarden Euro BIP-Wachstum.

- Bei **Venture-Capital-Investitionen** liegt Deutschland bei 0,07 Prozent gemessen am BIP. Würde Deutschland auf das Level des Spitzenreiters Israel aufschließen (1,3 Prozent des BIP), würde dies bis zu 239 Milliarden Euro BIP-Wachstum entsprechen.

Handlungsempfehlungen:

- **Förderung fokussieren.** Deutschland verteilt Forschungsförderung zu breit, die Forschungszulage wirkt technologieoffen und setzt kaum strategische Prioritäten. Deutschland sollte Mittel auf die sechs Schlüsseltechnologien der Hightech Agenda konzentrieren, parallele Programme reduzieren und die Forschungszulage nach Technologiefeldern staffeln. So sinkt der administrative Aufwand, und mehr Förderung landet dort, wo Produktivitätseffekte am wahrscheinlichsten sind.

- **Anreize für Technologietransfer setzen.** Das zentrale Defizit ist der schwache Transfer von Forschung in wirtschaftliche Anwendung. Deutschland sollte die Erfindervergütung an Hochschulen erhöhen und Forschungsförderung stärker an Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen koppeln. Ziel ist, dass mehr Wertschöpfung aus Forschung in Deutschland entsteht.

- **Staat als Ankerkunde für Verteidigungsinnovation etablieren.** Deutschland sollte Verteidigungsausgaben als Innovationsmotor nutzen, indem der Staat für Schlüsseltechnologien eine verlässliche Nachfrage schafft. Priorität sollten Felder mit hohem DualUsePotenzial haben, etwa Sensorik, KI und Robotik sowie Drohnen- und Lasertechnologien. So steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Verteidigungsinnovationen zivil skalieren und Produktivitätseffekte breiter wirken.

Demografie und Fachkräfte:
Mehr Stunden durch höhere Flexibilität

Gut qualifizierte Fachkräfte sind besonders in Deutschland mit ihrem Engineering-Know-how und den daraus entstehenden innovativen Produkten „made in Germany“ ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, das Arbeitsvolumen ist ein direkter Hebel für die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung. In Deutschland entwickeln sich beide Größen in die falsche Richtung: Die PISA-Ergebnisse 2025 sind die schlechtesten, die je gemessen wurden, und mit rund 1.072 Arbeitsstunden pro Person im erwerbsfähigen Alter liegt Deutschland nur auf Platz 34 der OECD. Expertinnen und Experten sehen als Hauptursachen die hohe Teilzeitquote, verstärkt durch Fehlanreize wie das Ehegattensplitting, fehlende Kinderbetreuung (rund 300.000 Plätze für U3 fehlen (Geis-Thöne 2025)) und eine geringe Jobmobilität.

Gelingt es Deutschland, das Arbeitsvolumen zu erhöhen und die Qualifikation der Beschäftigten zu stärken, ergibt sich ein Potenzialraum von mehr als 1,6 Billionen Euro BIP-Wachstum. Die Studie quantifiziert drei Indikatoren:

- Das **Arbeitsvolumen pro Person im erwerbsfähigen Alter** ist der stärkste Hebel: Würde Deutschland zum Spitzenreiter Südkorea aufschließen, entspräche das einem Potenzialraum von rund 1,6 Billionen Euro zusätzlicher Wirtschaftsleistung.

- Der **PISA-Score in Naturwissenschaften** liegt in Deutschland bei 486 Punkten (Platz 18 OECD), Japan als bestes Land in der OECD erreicht 538 Punkte; der Potenzialraum beträgt rund 431 Milliarden Euro BIP-Beitrag.

- Der **Anteil der Jugendlichen, die sich nicht in Bildung, Beschäftigung oder Ausbildung befinden**, liegt in Deutschland bei 7,6 Prozent, in Japan bei 3,1

2 Die Ergebnisse dieser Studie sind mit denen der im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen erstellten Studie „Fünf Hebel für mehr Produktivität“ nicht unmittelbar vergleichbar. Während die vorliegende Studie den Zusammenhang zwischen den gesamten FuE-Ausgaben und dem Pro-Kopf-BIP auf Basis eines internationalen Länderpanels selbst schätzt, verwendet die Vergleichsstudie eine aus der Forschungsliteratur abgeleitete Elastizität zur Abschätzung des Produktivitätseffekts höherer privater FuE-Ausgaben in Deutschland. Damit unterscheiden sich sowohl die empirische Grundlage als auch die betrachtete Zielgröße: Hier geht es um das gesamtwirtschaftliche Potenzial eines internationalen Aufschließens bei der FuE-Intensität, dort um den möglichen Produktivitätsbeitrag zusätzlicher privater FuE-Investitionen. Die Ergebnisse sind daher nicht addierbar, ergänzen sich aber, weil sie unterschiedliche Perspektiven auf die Wachstumswirkungen von Forschung und Entwicklung eröffnen.

Prozent. Ein Aufschließen Deutschlands entspricht einem potenziellen Beitrag zur Wirtschaftsleistung von 269 Milliarden Euro.

Handlungsempfehlungen:

- **Flexibilität des Arbeitsmarktes erhöhen und Fehlanreize abbauen.** Deutschland hat einen der starrsten Arbeitsmärkte im OECD-Raum. Das bremst die Produktivität, weil Arbeit zu selten in die Bereiche wandert, in denen sie am meisten Wertschöpfung erzeugt (Borowczyk-Martins 2025). Ein Modell aus geringerem Kündigungsschutz, hoher sozialer Absicherung und aktiver Weiterbildung, wie es Estland und Dänemark praktizieren (Flexicurity), kann diese Reallokation beschleunigen. Parallel sollten steuerliche Fehlanreize wie das Ehegattensplitting überprüft werden, um das Mehrarbeitspotenzial auszuschöpfen und die Teilzeitquote zu verringern. Erste Reformvorschläge gibt es in der öffentlichen Diskussion bereits (Schnitzer et al. 2026). Ziel ist mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitszeit dort, wo sie Produktivität und Wachstum spürbar erhöht.

- **Individuelle Weiterbildungsplattform aufbauen.** Der Strukturwandel durch Digitalisierung und Dekarbonisierung verändert Tätigkeitsprofile. Damit entsteht Weiterbildungsbedarf nicht nur bei Arbeitslosen, sondern auch in der bestehenden Belegschaft. Estlands Arbeitslosenkasse *Töötukassa* zeigt, wie eine moderne Arbeitsagentur funktioniert: Als digitale Institution bietet sie Berufsberatung, Kompetenzentwicklung und Vermittlung für Arbeitslose, Beschäftigte und Zugewanderte aus einer Hand. Deutschland sollte diesem Beispiel folgen und die Bundesagentur für Arbeit zu einer zentralen Plattform mit individuellen, datenbasierten Kompetenzprofilen ausbauen und als Partner für Weiterbildung auch die Unternehmen mit ihrer bestehenden Belegschaft unterstützen. Ein solch durchgängiges Angebot stärkt die präventive Qualifizierung im Bestand.

Investitionen:
Unternehmerische Freiheit für mehr Investitionen

Investitionen sind die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. In Deutschland ist die Investitionsdynamik seit Jahren zu schwach: Bei der Höhe der öffentlichen Investitionen liegt Deutschland gemessen am BIP nur auf Platz 30 der OECD-Länder, was sich in einem hohen Investitionsstau zeigt, unter anderem rund 231 Milliarden Euro bei kommunaler Infrastruktur (KfW Research 2026). Auch private Investitionen bleiben zurück; Deutschland liegt hier nur auf Platz 26. Dabei sind bis 2030 rund 1,4 Billionen Euro an Investitionen für die Transformation der deutschen Industrie notwendig (BCG et al. 2024).

Die Expertinnen und Experten sehen drei Ursachen für diese Situation. Erstens verdrängt die jährliche Haushaltslogik öffentliche Investitionen zugunsten von Konsumausgaben. Zweitens wirken hohe Regulierungsdichte, ausgeprägte Vorabkontrollen und hohe Standortkosten, wie beim Industriestrompreis, investitionshemmend. Drittens fehlt Standortklarheit: Unternehmen wissen zu selten, welche Zukunftsbranchen politisch priorisiert werden und welche Rahmenbedingungen langfristig gelten.

Die ökonometrischen Schätzungen zeigen, welche Wachstumspotenziale sich ergeben, wenn es gelingt, die Investitionen in Deutschland zu steigern:

- **Private Bruttoanlageinvestitionen** sind der stärkste Hebel: Deutschland liegt bei 11,4 Prozent des BIP, Spitzenreiter China bei 24,7 Prozent. Es ergibt sich ein Potenzialraum von rund 1,9 Billionen Euro BIP-Wachstum.[3]

- Bei **öffentlichen Investitionen** liegt Deutschland bei 3,1 Prozent, Spitzenreiter Lettland bei 6,3 Prozent; der Potenzialraum beträgt rund 1,4 Billionen Euro, wenn Deutschland zu Lettland aufschließt.

- Der **Industriestrompreis** als Indikator für Standortkosten liegt in Deutschland deutlich über dem US-Niveau, das Land mit den niedrigsten Industriestrompreisen; ein Aufschluss ginge mit einem wirtschaftlichen Potenzialraum von rund 713 Milliarden Euro einher.

3 Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass das chinesische Niveau zum Teil durch starke staatliche Steuerung ermöglicht wird und in einzelnen Branchen zu erheblichen Überkapazitäten führt, die teilweise zu subventionierten Preisen auf den Weltmärkten angeboten werden. Eine entsprechend hohe Investitionsquote setzt zudem eine hohe gesamtwirtschaftliche Sparquote voraus, deren deutliche Steigerung in einer alternden Gesellschaft wie Deutschland nur schwer erreichbar erscheint. Jedoch zeigt auch eine Annäherung an Südkorea als zweitplatziertem Land einen ebenfalls ambitionierten Potenzialraum von rund 1,5 Billionen Euro.

Handlungsempfehlungen:

- **Klare Standortstory für Zukunftsbranchen entwickeln.** Investoren brauchen Klarheit, wohin sich Deutschland entwickelt und welche Branchen politisch priorisiert werden. Forschungs- und Wirtschaftsministerium sollten auf Basis der Hightech Agenda ein kompaktes „StandortNarrativ 2035" vorlegen, das je Schlüsseltechnologie die Vorteile Deutschlands im internationalen Vergleich, konkrete Angebote (Flächen, Förderung, Talente) und entstehende Leitmärkte benennt. Die Story muss konkret genug sein, um Akteure zusammenzubringen, Glaubwürdigkeit zu schaffen und Investitionen auszulösen.

- **Langfristige Investitionsfonds für Infrastruktur aufbauen.** Nach Schweizer Vorbild sollte Deutschland zweckgebundene, rechtlich abgesicherte Fonds schaffen, die Mittel mehrjährig vorreservieren und planbar verausgaben. Das erhöht die Produktivität, weil moderne Netze und Infrastruktur die Diffusion neuer Technologien beschleunigen. Die Bodewig-Kommission hat bereits 2013 einen Vorschlag für nachhaltige Verkehrsinfrastrukturinvestitionen entworfen (Verkehrsministerkonferenz 2013).

- **Unternehmerische Freiheit stärken.** Empirische Befunde zeigen, dass Länder mit höherer unternehmerischer Freiheit systematisch höhere Investitionsquoten aufweisen (Nicoletti und Scarpetta 2003). Die Schweiz zeigt das mit prinzipienbasierter Regulierung und föderalem Wettbewerb. Deutschland sollte ein verbindliches Regulierungsmoratorium für Investitionen in Zukunftsfelder einführen und stärker nach dem Prinzip „Haftung rauf, Kontrolle runter" arbeiten. Ziel ist ein schnellerer Kapitalaufbau in produktiven Technologien und damit ein schnelleres Aufholen bei der Wettbewerbsfähigkeit.

Bürokratie und Steuersystem:
Anreizlogik für staatliche Effizienz

Bürokratie und Steuersystem bestimmen mit, wie attraktiv ein Standort für Unternehmen ist und wie schnell getätigte Investitionen in Gang kommen. Deutschland verliert hier im internationalen Vergleich: Die staatliche Effizienz ist in den letzten zehn Jahren von Rang 7 auf Rang 14 gefallen, bei der regulatorischen Qualität liegt Deutschland nur auf Rang 12. Gleichzeitig steigen Bürokratiekosten und das Vertrauen sinkt: Laut dbb Monitor halten nur noch 23 Prozent der Bevölkerung den Staat für handlungsfähig (dbb 2026). Die laufenden jährlichen Bürokratiekosten belaufen sich auf rund 64 Milliarden Euro (Normenkontrollrat 2025), die entgangene Wirtschaftsleistung durch Bürokratie insgesamt auf 146 Milliarden Euro pro Jahr (ifo Institut 2024). Rund 80 Prozent der deutschen Unternehmen beklagen wachsende Bürokratielasten (Röhl und Scheufen 2026).

Die Bundesregierung hat dieses Problem erkannt und bereits erste Reformen angestoßen (Bundesregierung 2026a). Die befragten Expertinnen und Experten sehen das Kernproblem aber tiefer in der fehlenden Bereitschaft der Verwaltung zur Veränderung, weil einzelne Akteure einen Machtverlust befürchten. Hinzu kommt eine juristisch geprägte Kultur, die eher problem- als lösungsorientiert ist: Bei Neuerungen steht zuerst die Frage im Raum, wo Risiken entstehen könnten, und nicht, wie man sie möglich macht.

Die ökonometrischen Schätzungen zeigen, welche Wachstumspotenziale sich ergeben, wenn es gelingt, die bürokratischen und steuerlichen Rahmenbedingungen in Deutschland zu verbessern:

- Der Indikator **Government Effectiveness** der Weltbank zeigt gegenüber Führungsland Japan (91,9 vs. 81,4 Index-Punkte) einen Potenzialraum von rund 703 Milliarden Euro BIP-Wachstum.

- Der Rückstand beim Indikator **Regulatory Quality** gegenüber Führungsland Finnland (85,8 vs. 78,5 Index-Punkte) entspricht einem Potenzialraum von rund 401 Milliarden Euro.

- Bei der **steuerlichen FuE-Förderung für KMU** liegt Deutschland bei einer impliziten Subvention von 32 Prozent, das Führungsland Peru bei 54 Prozent; die Lücke entspricht einem Potenzialraum von rund 205 Milliarden Euro BIP-Beitrag, wenn Deutschland hier aufschließt.

Handlungsempfehlungen:

- **„Junge-Kommission" als Reformmotor.** Beamte mit weniger als sieben Jahren Dienstzeit entwickeln ein anreizorientiertes „Greenfield"Zielbild für Verwaltung, identifizieren Vereinfachungen und Regeln, die entfallen können, und bringen so Tempo in die Entbürokratisierung. Das bricht Beharrungskräfte auf und stärkt Ergebnisorientierung. Gleichzeitig

macht es den öffentlichen Dienst attraktiver für hoch qualifizierten Nachwuchs. Der Kommission sollten ähnliche Spielräume wie der Gesundheits- und Rentenkommission eingeräumt werden, die von der Bundesregierung im aktuellen Reformprozess eingesetzt wurden.

- **Leistungsabhängige Anreizsysteme im öffentlichen Dienst einführen.** Nach kanadischem Vorbild sollte Deutschland ein Performance-Management-Programm für Führungskräfte einführen, das einen Teil der Vergütung an messbare Zielerreichung koppelt. Ergänzend sollten Ressorts von Stellenplänen zu Personalbudgets wechseln, damit frei werdende Stellen nicht automatisch nachbesetzt werden, sondern effizientere Organisationsformen entstehen können.

- **Personalstruktur flexibilisieren mit KI.** Deutschland sollte den Beamtenstatus dort prüfen, wo er für die Aufgabenerfüllung nicht zwingend erforderlich ist. Das schafft Spielräume, um schneller neue Profile (Daten, KI, Produktmanagement, IT-Sicherheit) zu gewinnen. Zudem braucht es eine strategische, KI-fokussierte Personalplanung: Aufgaben werden nach Automatisierbarkeit priorisiert. Darauf aufbauend wird geplant, wo KI Routinearbeit übernimmt und wie frei werdende Kapazitäten gezielt in Engpassbereiche umgelenkt werden. Ziel ist es, die Effizienz zu steigern und Personalengpässen entgegenzuwirken.

Außenwirtschaft:
Exportstärke durch Technologie sichern

Die Exportstärke ist ein Kern des Geschäftsmodells Deutschland: Mehr als 30 Prozent der Wertschöpfung hängen am Export, die Industrie ist tief in globale Wertschöpfungsketten eingebunden (Baur und Flach 2025). Doch die Grundlage dieses Modells erodiert, der technologische Vorsprung sinkt. Der Patentweltmarktanteil Deutschlands ist von 21,9 Prozent im Jahr 2000 auf 15,0 Prozent im Jahr 2022 gesunken (Graham et al. 2026). Beim Economic Complexity Index, der den Komplexitätsgrad von Außenhandelsgütern misst, hat Deutschland zuletzt einen Platz verloren und ist nicht mehr unter den Top 3. Gleichzeitig erhöhen geopolitische Risiken den Druck auf Handel und Lieferketten.

Die befragten Expertinnen und Experten benennen drei Schwächen: Es fehlt eine klare Willkommenshaltung für strategische Direktinvestitionen (FDI), Deutschland liegt bei der netto eingehenden FDI-Position nur auf Rang 34 in der OECD. Damit gehen auch Wissens- und Technologietransfers verloren. Zudem schrumpft die Exportkomplexität: Die Zahl dominanter Exportpositionen sank seit 2010 von 237 auf rund 178; China gewann bei zentralen deutschen Kernexportgütern Marktanteile (Sultan und Matthes 2025). Ein Treiber ist die zu schwache Technologie- und Innovationsbasis: 2021 gaben europäische Unternehmen rund 270 Milliarden Euro weniger für Forschung und Innovation aus als ihre US-Pendants (Draghi 2024).

Die Expertinnen und Experten betonen, dass Deutschland die internationale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Produktivitätssteigerung erhalten muss. Daraus entsteht ein Potenzialraum von mehr als 1,1 Billion Euro, wie die Schätzungen im Rahmen der Studie zeigen:

- Bei **IKT-Güterexporten** als Anteil an Industrieexporten liegt Deutschland bei 4,8 Prozent, Südkorea als Führungsland bei 27,7 Prozent; der Potenzialraum beträgt rund 740 Milliarden Euro.

- Bei den **zugeflossenen Direktinvestitionen (FDI)** liegt Deutschland bei 26,5 Prozent des BIP, die Schweiz als Führungsland bei 94,1 Prozent; der Potenzialraum beträgt rund 1.159 Milliarden Euro.

- Beim **Economic Complexity Index** liegt Deutschland mit einem Wert von 1,8 auf Platz vier unter den OECD-Ländern, Japan als Führungsland bei 2,1; der Potenzialraum beträgt rund 567 Milliarden Euro.

Handlungsempfehlungen:

- **Willkommenspolitik für strategische Direktinvestitionen etablieren.** Deutschland braucht eine klare „Yes, we want you"-Haltung für politisch unkritische, strategisch sinnvolle FDI, weil Direktinvestitionen Technologie und Know-how mitbringen und so Produktivität erhöhen können. Dafür braucht es schnelle Verfahren (z. B. Sonderwirtschaftszonen, Vorrang in Genehmigungen) und eine aktive Standortwerbung der Bundesregierung. Ziel ist, dass FDI messbar zu schnellerer Technologieadoption und Skalierung in Deutschland führen.

- **Dienstleistungskompetenz mit Maschinenbau verbinden.** Wertschöpfung verlagert sich in Richtung daten- und servicebasierter Geschäftsmodelle.

Deutschland sollte seine Ingenieurkompetenz systematisch mit digitalem Know-how verbinden, damit industrielle Produkte mit integrierten Service-Paketen skaliert werden. Dafür müssen Hürden im EU-Binnenmarkt für Dienstleistungen abgebaut und Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Services verbessert werden.

- **Hightech-Leitmärkte zur Exportfähigkeit aufbauen.** Wenn Deutschland in forschungsintensiven Spitzentechnologien zurückfällt, sinken mittelfristig die Exportkomplexität und die Wettbewerbsfähigkeit. Angesichts des großen Abstands der Investitionen in Innovation und technologisch hochwertige Güter zum Ausland sollte Deutschland bei der Hightech Agenda die Außenwirtschaft mitdenken und Leitmärkte aufbauen, um exportfähige Technologien zu skalieren.

Danksagung
Die Studie kombiniert einen internationalen Vergleich, die ökonometrische Ableitung von Potenzialräumen und daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen. Zur konzeptionellen Einordnung der Ergebnisse haben wir leitfadengestützte Expertengespräche geführt. Die Gespräche dienten insbesondere dazu, institutionelle Mechanismen in den Vergleichsländern zu präzisieren, Reformansätze zu identifizieren und deren Übertragbarkeit auf deutsche Rahmenbedingungen zu prüfen.

Wir danken den Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern für ihre Zeit und ihre fachlichen Hinweise: **Prof. Dr. Irene Bertschek** (Universität Gießen; EFI), **Prof. Dr. Jörg Broschek** (Wilfrid Laurier University), **Alistair Croll** (Host des „The Functional Government Podcast"), **Dr. Jonas Fluchtmann** (OECD, Directorate for Employment, Labour and Social Affairs), **Werner Gatzer** (Deutsche Bahn AG; Vorsitzender des Aufsichtsrats), **Sandra Haugas** (Praxis Think Tank Estonia), **Ronald Indergand** (Staatssekretariat für Wirtschaft SECO), **Prof. Dr. Rolf J. Langhammer** (IfW Kiel), **Martina Merz** (Aufsichtsrätin der AB Volvo, der Robert Bosch GmbH und der Umicore NV; Stiftungsrätin der Carl-Zeiss-Stiftung), **Dr. Byeungkwan Park** (Fraunhofer Representative Korea), **Frank Robaschik** (Germany Trade & Invest; Stellvertretender Direktor Ostasien/Japan, Korrespondent), **Jennifer Robson, Ph.D.** (Carleton University), **Heiko Steinacher** (Germany Trade & Invest; Stellvertretender Direktor Kanada, Korrespondent), **Prof. Dr. Jan-Egbert Sturm** (ETH Zürich, Departement Management, Technologie und Ökonomie), **Prof. Dr. Jens Südekum** (Düsseldorf Institute for Competition Economics, DICE), **Gunda Tire** (Education and Youth Board of Estonia; Head of International Assessments, PISA/TALIS), **Prof. Yasuyuki Todo** (Waseda University) und **Prof. Shujiro Urata** (Waseda University).

2. Einleitung: Warum Deutschland neue Wachstumsimpulse braucht

Deutschland verliert seit Jahren an wirtschaftlicher Stärke. Die Industrieproduktion liegt heute rund 7 Prozent unter dem Niveau von 2015 (OECD 2026d). Der Innovationsvorsprung, auf dem das Qualitätsversprechen „Made in Germany" lange beruhte, schmilzt: Im Global Innovation Index 2025 ist Deutschland, nach Platz 9 im Vorjahr, auf Platz 11 abgerutscht (WIPO 2025).

Das führt zu einem stagnierenden Produktivitätswachstum: Technologische Impulse liefern seit Jahren keinen nennenswerten Beitrag zum Produktivitätswachstum. Nur 0,2 Prozent der Unternehmen tragen fast die Hälfte (47 Prozent) des gesamten Produktivitätswachstums. Die breite Masse der Unternehmen wird nicht produktiver (McKinsey 2026).

Der Draghi-Report als europäischer Referenzpunkt

Bereits 2024 hat der Draghi-Report den Rückstand Europas beim Produktivitätswachstum gegenüber den USA als zentrale Schwäche benannt (Draghi 2024). Der Bericht bringt klar zum Ausdruck: Ohne deutlich mehr private und öffentliche Investitionen werden Produktivität und Wachstum noch schwächer, Arbeitsplätze und innovative Unternehmen wandern ab, und viel des erarbeiteten Wohlstands geht verloren. Besonders betont der Report innovative Spitzentechnologien als Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum.

Die OECD bestätigt diesen Befund in ihrer Länderstudie 2026 für Deutschland: Das Produktivitätswachstum habe sich bereits vor der Pandemie verlangsamt, unter anderem bedingt durch niedrige öffentliche und private Investitionen und wachsenden Fachkräftemangel (OECD 2026b). Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche hat die Diagnose benannt: „Um langfristiges Wachstum zu sichern, müssen wir den Reformstau auflösen: Energiekosten senken, private Investitionen fördern, die im internationalen Vergleich hohe Steuer- und Abgabenlast angehen, Bürokratie abbauen, Märkte öffnen und Innovationen ermöglichen" (tagesschau.de 2025).

Was diese Studie leistet

Genau hier setzt diese Studie an. Sie macht sichtbar, welches Wachstum in Deutschland möglich wäre, wenn das Land in den entscheidenden Bereichen Reformen anstößt und wieder zur internationalen Spitze aufschließt. Sie greift die öffentliche Debatte auf und quantifiziert, was es bedeutet, wenn wir „Technologieführerschaft in zentralen Bereichen" (Lars Klingbeil in der Rede bei der Bertelsmann Stiftung, Bundesministerium der Finanzen 2026) erlangen, die „Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern" (Katharina Reiche, Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht, Bundesregierung 2026b) und in diesem Land mehr gearbeitet wird, wie Friedrich Merz in seiner ersten Regierungserklärung forderte (Bundesregierung 2025b).

Die Studie quantifiziert Potenzialräume. Sie zeigt, wie groß die Lücke zur internationalen Spitze ist und welche Größenordnung an zusätzlicher Wirtschaftsleistung entstehen kann, wenn Deutschland diese Lücke schließt.[4] Dazu verbindet sie drei methodische Stränge:

- **Ökonometrische Modellierungen**, mit denen Abstände zur internationalen Spitze für messbare Indikatoren in Wertschöpfungspotenzial quantifiziert werden.
- **18 Interviews mit Expertinnen und Experten** aus Deutschland sowie aus den Best-Practice-Ländern Südkorea, Estland, Schweiz, Kanada und Japan. Sie arbeiten die Ursachen hinter den Zahlen heraus: Warum wird das Potenzial in Deutschland heute nicht ausgeschöpft? Was machen andere Länder besser?

4 Die ausgewiesenen Potenzialräume beruhen auf ökonometrisch geschätzten Zusammenhängen zwischen dem Pro-Kopf-BIP und den untersuchten Indikatoren unter Verwendung eines Panelmodells. Die Schätzungen stellen damit eine Näherung an einen kausalen Effekt dar. Dabei ist eine methodische Einschränkung besonders relevant. Die Ergebnisse können durch nicht beobachtete zeit- und ländervariierende Einflussfaktoren verzerrt sein, wie beispielsweise durch sich ändernde länderspezifische institutionelle Rahmenbedingungen. Das verwendete Modell reduziert wesentliche Verzerrungen (zeit- oder länderinvariante wie globale konjunkturelle Entwicklungen oder fixe länderspezifische institutionelle Rahmenbedingungen), kann aber nicht jede Verzerrung vollständig ausschließen. Die Potenzialräume geben daher eine rechnerische Größenordnung unter den Annahmen des Modells an. Sie zeigen, welche zusätzliche Wirtschaftsleistung mit einer Verbesserung der Indikatoren (im besten Fall) verbunden sein könnte, nicht welche Wirtschaftsleistung bei Umsetzung bestimmter Maßnahmen sicher eintreten würde.

- **Abgeleitete Maßnahmen**, die zeigen, wie produktivitätswirksame Investitionen, Innovation und die Allokation von Arbeit unter verlässlichen Regeln beschleunigt werden können.

Im Zentrum stehen fünf Felder, die die Wettbewerbsfähigkeit direkt prägen: Innovation, Bildung und Arbeitsmarkt, Investitionen, Bürokratie und Steuersystem sowie Außenwirtschaft. Im Folgenden werden die fünf Felder einer Analyse unterzogen. Die vorliegende Studie ist wie folgt aufgebaut: Zunächst werden der Status quo in Deutschland und das jeweilige Best-Practice-Land dargestellt. Es wird über die ökonometrische Schätzung gezeigt, welche Potenzialräume existieren, das heißt, welches wirtschaftliche Wachstum möglich ist, wenn Deutschland zu den Spitzenreitern aufschließt. Aus den Analysen und den Expertengesprächen werden Maßnahmen abgeleitet, die zur Erschließung der Potenzialräume beitragen.

3. Innovation: Aus der Midtech-Falle in die Anwendung

Innovation gilt als zentraler Treiber von Produktivität, Wachstum und Wohlstand einer Volkswirtschaft. Bereits Schumpeter beschrieb sie als Zusammenspiel aus kreativer Idee und deren wirtschaftlicher Realisierung: Im Prozess der schöpferischen Zerstörung verdrängen neue Lösungen das Bestehende und treiben so Fortschritt und Wettbewerb voran (Schumpeter 1942). Der Wirtschaftsnobelpreis 2025 für Joel Mokyr, Philippe Aghion und Peter Howitt würdigte diesen Zusammenhang erneut prominent: Neue Technologien verdrängen bestehende und halten den Wachstumsprozess dauerhaft in Gang (Aghion und Howitt 1992). Auch auf Unternehmensebene bestätigen empirische Befunde diesen Zusammenhang: Innovationsstarke Unternehmen erzielen eine überdurchschnittliche Nettoumsatzrendite und ein stärkeres Beschäftigungswachstum (Bertelsmann Stiftung 2023).

Deutschland fällt im internationalen Vergleich beim Innovationswettbewerb zurück. Der Anteil innovationsstarker Unternehmen in Deutschland ist rückläufig und sank von 25 Prozent im Jahr 2019 auf zuletzt 13 Prozent (Bertelsmann Stiftung 2026). Der Innovationsvorsprung, auf dem das industrielle Exzellenzsiegel „Made in Germany“ lange beruhte, geht verloren. Deutschland ist im Global Innovation Index 2025 auf Platz 11 abgerutscht und hat damit die Top 10 verlassen nach Platz 9 im Vorjahr (WIPO 2025). „Vor einigen Jahren lief die Welt uns hinterher. Nun laufen wir bei vielen Entwicklungen hinterher“, so Bundesfinanzminister Lars Klingbeil im März 2026 bei der Bertelsmann Stiftung (Bundesministerium der Finanzen 2026).

Das EFI-Gutachten verweist auf schwache bzw. teils rückläufige Patentanmeldungen und auf Defizite beim Transfer in wirtschaftliche Anwendungen, insbesondere in Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz, Mikroelektronik und Biotechnologie, im internationalen Vergleich vor allem gegenüber den USA und China (Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) 2026). Auch im europäischen Maßstab zeigt sich eine Innovationslücke. So zeigt der Draghi-Report, dass europäische Unternehmen 2021 rund 270 Mrd. Euro weniger für Forschung und Innovation ausgaben als ihre US-Pendants (Draghi 2024). Alarmierend ist dies vor allem deshalb, weil der Report das Aufholen des Rückstands gegenüber den USA und China bei forschungsintensiven Spitzentechnologien als zentralen Hebel für nachhaltiges Wachstum benennt. Das folgende Kapitel analysiert den Innovationsstandort Deutschland entlang von drei Schritten: Zunächst wird der Status quo in Deutschland im Vergleich zum Best-Practice-Land Südkorea beschrieben. Es folgt die Analyse des Potenzialraums, das heißt, wie viel mehr wirtschaftliche Leistung in Form des pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts (BIP) rein rechnerisch möglich wäre, würde Deutschland bei den untersuchten Innovationsindikatoren zum jeweiligen Spitzenreiter aufschließen. Kapitel 3.3 diskutiert konkrete Maßnahmen zur Erschließung des identifizierten Potenzialraums.

3.1 Deutschland im Vergleich mit Südkorea

Innovation ist in jeder hochentwickelten Volkswirtschaft ein zentraler Wachstumstreiber. Entscheidend ist dabei aber nicht allein, ob ein Land innoviert, sondern vor allem wie es Innovation organisiert und finanziert. Im Folgenden wird das deutsche Innovationssystem mit dem Südkoreas verglichen. Der Vergleich Deutschlands mit Südkorea ist aufschlussreich, weil beide Länder technologisch führende Exportnationen sind, diesen Erfolg aber auf sehr unterschiedlichen institutionellen Wegen erreicht haben. Südkorea eignet sich damit als kontrastierendes Best-Practice-Land, an dem sich die spezifischen Stärken und Schwächen des deutschen Innovationssystems aufzeigen lassen.

Der vorliegende Vergleich setzt bewusst auf der Inputseite von Innovation an, also bei den eingesetzten finanziellen Ressourcen, und nicht unmittelbar beim Innovationsoutput. Dieses Vorgehen ist tragfähig, weil zwischen Input und Output ein robuster Zusammenhang besteht. Die Studie der Innovativen Milieus 2026 zeigt beispielsweise, dass höhere betriebliche Innovationsanstrengungen systematisch mit höherem Innovationserfolg einhergehen. Bemerkenswert ist, dass dieser Effekt unabhängig von der grundsätzlichen Innovationsausrichtung eines Unternehmens auftritt. Jedes Unternehmen und damit auch jede Volkswirtschaft profitiert von einer Ausweitung seiner Innovationsanstrengungen. Höhere Innovationsinputs sind damit ein belastbarer Indikator für die zu erwartende Innovationsleistung einer Volkswirtschaft (Bertelsmann Stiftung 2026).

Auf dieser Grundlage werden die Innovationssysteme Deutschlands und Südkoreas anhand von drei zentralen Indikatoren untersucht:

- Die Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung erfassen den aggregierten Innovationsaufwand aus öffentlichen und privaten Quellen und damit das Gesamtvolumen der eingesetzten Mittel.

- Die öffentlichen Verteidigungsausgaben stehen schließlich für die missionsorientierte, staatlich getriebene Innovation. Dass Verteidigung ein wirksamer Innovationskanal sein kann, zeigt das Beispiel der USA, wo zentrale Basistechnologien wie das Internet oder die Satellitennavigation aus staatlich finanzierter Verteidigungsforschung, etwa der Agentur DARPA, hervorgegangen sind. Mit der Zeitenwende und stark steigenden Verteidigungsbudgets gewinnt dieser Kanal auch für Deutschland an Bedeutung.

- Venture-Capital-Investitionen stehen für das private, marktbasierte Risikokapital, das vor allem junge und radikal innovative Unternehmen finanziert, also für jene Dimension, in der Deutschland hinter führenden Innovationsstandorten zurückbleibt.

Die folgenden Abschnitte betrachten diese drei Indikatoren jeweils im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung und im Zeitverlauf, um den Status quo Deutschlands im Vergleich zu Südkorea zu bestimmen.

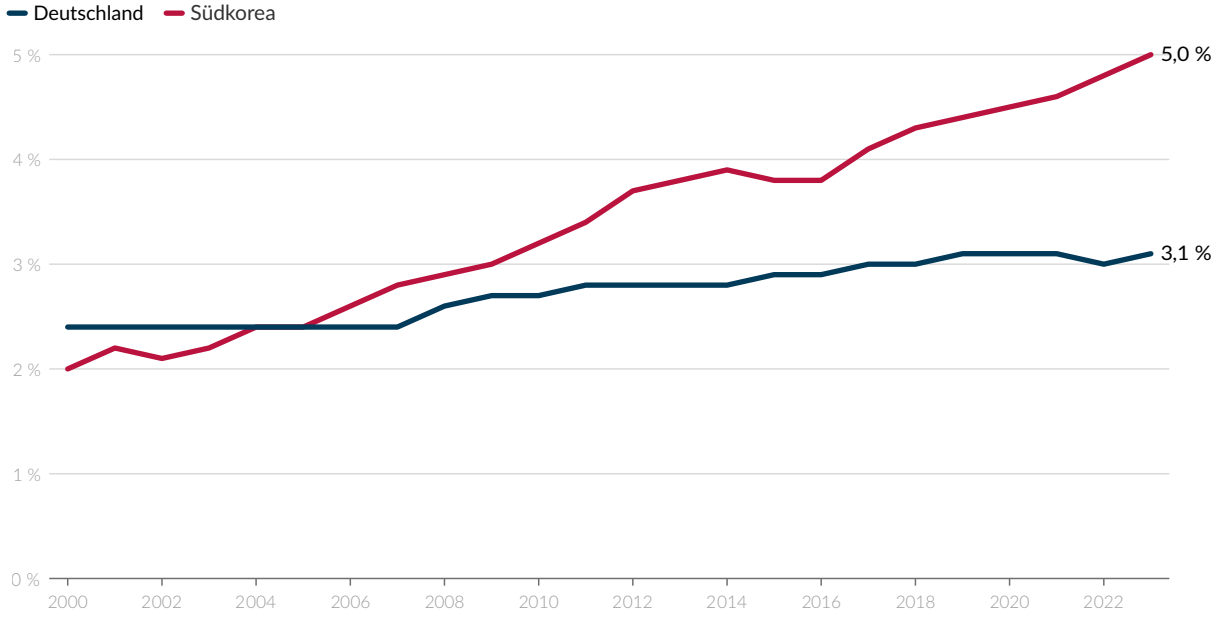
Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Wie Abbildung 3-1 zu entnehmen ist, haben sowohl Deutschland als auch Südkorea ihre FuE-Intensität über den Betrachtungszeitraum gesteigert, allerdings in sehr unterschiedlichem Tempo. Deutschland verzeichnet einen stetigen, aber moderaten Anstieg: von rund 2,1 Prozent des BIP Mitte der 1990er Jahre auf knapp 3,1 Prozent am aktuellen Rand. Die politisch bedeutsame Schwelle von 3 Prozent, die die EU als Zielmarke ausgegeben hat (Rat der Europäischen Union 2021), überschritt Deutschland erstmals im Jahr 2017. Seither bewegt sich der Wert aber weitgehend seitwärts. Die Entwicklung Südkoreas verläuft dagegen deutlich dynamischer: Nach einem krisenbedingten Rückgang infolge der Asienkrise 1997/98 setzte ab den 2000er Jahren ein staatlich forcierter Aufholprozess ein. Lag Südkorea zunächst noch unter dem deutschen Niveau, zog es Mitte der 2000er Jahre gleich und entfernte sich anschließend kontinuierlich nach oben. Bis 2023 stieg die Forschungsintensität auf rund 5,0 Prozent und zählt damit zu den höchsten weltweit.

ABBILDUNG 3-1

Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung

Dargestellt: Entwicklung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben (GERD) der Gesamtwirtschaft relativ zur Wirt-schaftsleistung (BIP) in %.



Quelle: OECD (2026e)

BertelsmannStiftung

Auch der Anteil der staatlichen FuE-Mittel, der auf den Verteidigungsbereich entfällt, unterscheidet sich zwischen den beiden Ländern erheblich und bildet damit sehr verschiedene innovationspolitische Prioritäten ab (Abbildung 3-2). Deutschland liegt auch hier hinter Südkorea. Nach dem Ende des Kalten Krieges sank der Anteil im Sinne einer Friedensdividende kontinuierlich, von knapp 13,5 Prozent im Jahr 1990 auf einen Tiefpunkt von 2,7 Prozent im Jahr 2016. Seither kehrt sich der Trend um, und mit der Zeitenwende beschleunigt sich der Anstieg deutlich: von 5,3 Prozent im Jahr 2022 auf 7,6 Prozent im Jahr 2024. Der Wert hat sich damit gegenüber dem Tiefpunkt nahezu verdreifacht.

Südkorea weist seit 2007 einen weitgehend stabilen Anteil von etwa 13 bis 16 Prozent auf. Damit liegt das Land durchgängig über Deutschland, was eine anhaltend sicherheitsgetriebene und staatlich koordinierte Forschungsförderung erkennen lässt.

Wo die Herausforderung in Deutschland liegt – Einordnung der Expertinnen und Experten

Aus der Perspektive von Expertinnen und Experten werden die Forschungsgelder in Deutschland nicht optimal eingesetzt. Viele Gelder fließen in Deutschland in die Spezialisierung auf mitteltechnologische Industrien wie den Automobilbau und den klassischen Maschinenbau. Jedoch gibt es wenig Dynamik in neuen Hightech-Feldern, wie grünen Technologien, Digitalisierung und KI oder beim autonomen Fahren. Damit gibt es zu wenige inkrementelle Innovationen, die zu Technologie- und damit zu Produktivitätssprünge führen.

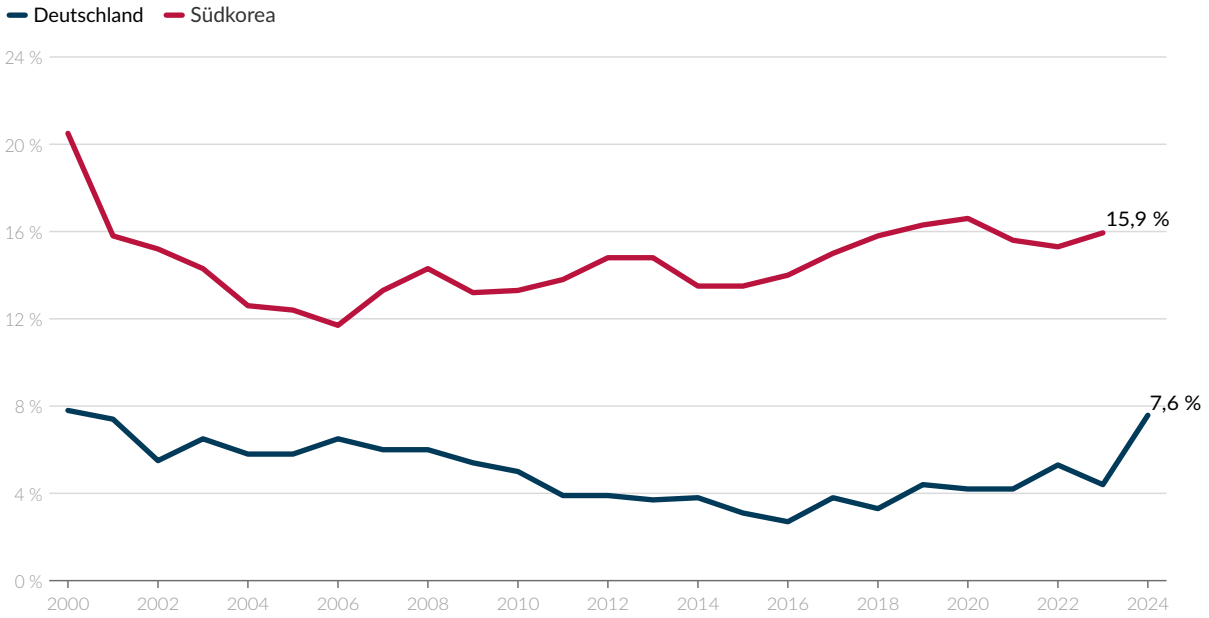
Dabei seien mit der Hightech Agenda der Bundesregierung und den darin definierten Schlüsseltechnologien die richtigen Felder für die Zukunft bereits benannt. Insbesondere künstliche Intelligenz als Querschnittstechnologie, die Digitalisierung mit Produktion und Engineering verknüpft, bietet aus Sicht der Expertinnen und Experten Chancen.

Das zweite zentrale Hemmnis ist der mangelnde Transfer von Forschung in Anwendung. In der Forschung ist Deutschland nach wie vor Spitze, im Transfer hingegen mangelhaft. Ein Grund aus Sicht der Expertinnen und Experten: Wissenschaftler werden in Deutschland kaum am Technologietransfer gemessen, weil die Leistungsindikatoren stark auf Publikationen ausgerichtet sind. Die Transferpotenziale sind hoch, werden aber zu oft im Ausland verwertet, sei es über Ausgründungen oder über Lizenzen. Es fehlen standardisierte Vertragswerke für geistiges Eigentum,

ABBILDUNG 3-2

Öffentliche FuE-Ausgaben für den Bereich Defense

Dargestellt: Entwicklung des Anteils verteidigungsbezogener FuE an den staatlichen FuE-Budgetzuweisungen (GBARD) in %.



Quelle: OECD (2026d)

BertelsmannStiftung

ausreichend ausgestattete Transferstellen und strukturelle Anreize wie ein Transfersemester als Pendant zum Forschungssemester.

Die steigenden Verteidigungsbudgets bewerten sie hier als große Chance: Technologien wie erweiterte Realität, Lasertechnik und Drohnen können Spillover-Effekte in zivile Anwendungen erzeugen. Entscheidend sei dabei, dass der Staat als verlässlicher Ankerkunde auftritt und die Beschaffung für Start-ups öffnet, um neue innovative Akteure in den Markt zu holen.

Was Südkorea besser macht – Einordnung der Expertinnen und Experten

Die Expertinnen und Experten erklären den Anstieg der Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Südkorea mit einer konsequenten industriepolitischen Rahmung: Förderprogramme sind regelmäßig mit einer Anwendungs- und Produktlogik verknüpft, teilweise bis hin zur Erwartung, dass die Ergebnisse exportfähig sind. Das erzeugt hohen privaten FuE-Druck und erleichtert den Übergang von der Forschung in die Anwendung.

Zudem ist der Innovationswettbewerb nach Einschätzung der Expertinnen und Experten intensiver als in Deutschland und stärker marktwirtschaftlich getrieben. Ein hoher Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben stammt aus der Privatwirtschaft, der ausgeprägte Marktdrang erzeugt Innovationsdruck und erleichtert den Übergang von der Forschung in die Anwendung.

Die Expertinnen und Experten verweisen allerdings auf eine Schwäche: Die Verteidigungsforschung und Beschaffung konzentriert sich stark auf etablierte Großunternehmen. Start-ups und mittelständische Unternehmen haben dadurch erschwerten Zugang. Die koreanische Regierung wirkt deshalb inzwischen selbst darauf hin, die Beschaffung für Start-ups und mittelständische Anbieter zu öffnen. Auf diese Weise sollen neue technologische Kompetenzen in die Verteidigungsforschung einbezogen werden, auch durch Ausgründungen aus Universitäten.

Venture-Capital-Investitionen

Bei den Venture-Capital-Investitionen gibt es nur geringe Unterschiede zwischen Deutschland und Südkorea. Bis weit in die 2010er Jahre bewegte sich das Venture-Capital-Volumen in Deutschland nahe null und stieg erst gegen Ende des Jahrzehnts auf rund 0,07 Prozent des BIP. Damit liegt Deutschland lediglich auf Platz 15 unter den OECD-Ländern. Südkorea liegt durchgängig leicht über Deutschland beim Venture Capital, aber auch auf einem niedrigen Niveau mit 0,14 Prozent. Deutlich wird dies mit Blick auf den Spitzenreiter: Israel hat einen Anteil von 1,28 Prozent Venture-Capital-Investitionen, gemessen am BIP.

Wo die Herausforderung in Deutschland liegt – Einordnung der Expertinnen und Experten

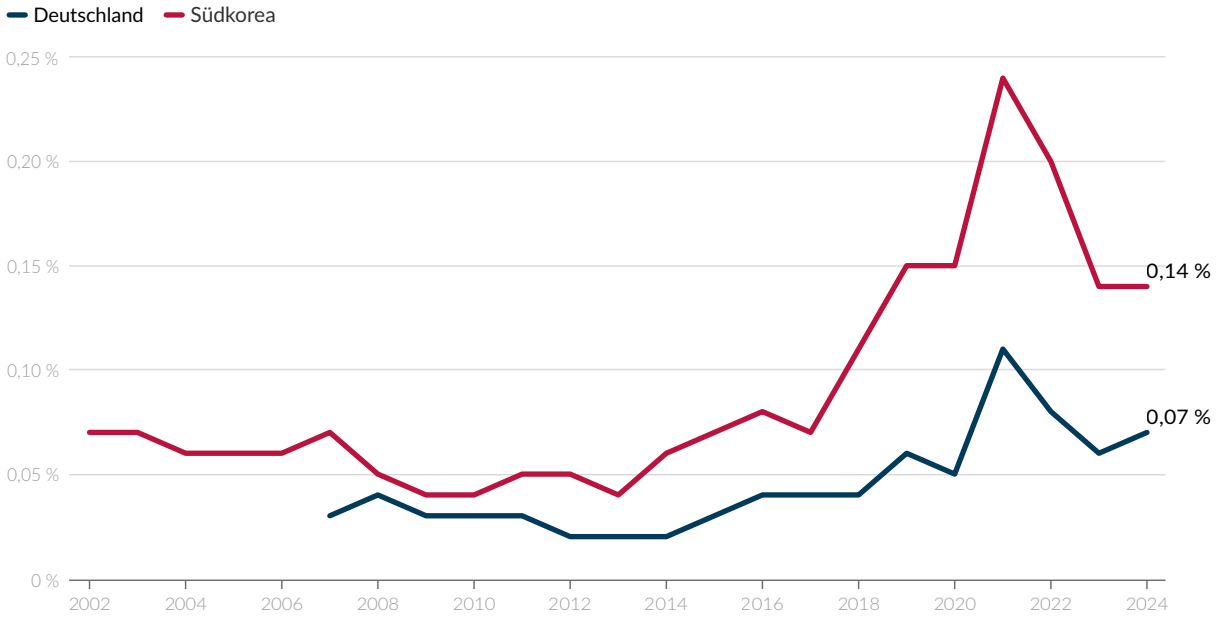
Auch hier sorgt die Midtech-Falle aus Sicht der Expertinnen und Experten für Herausforderungen. Das deutsche Innovationssystem ist historisch ingenieurgetrieben und vor allem auf inkrementelle Verbesserung ausgelegt. Getragen wird es von einem breiten industriellen Mittelstand, darunter zahlreiche Hidden Champions, also mittelständische Weltmarktführer in eng definierten Nischen. Eine enge Verzahnung von industrieller Anwendung und angewandter Forschung, etwa über die Fraunhofer-Institute, sichert die Stärke in etablierten Technologiefeldern wie Automobilbau, Maschinenbau und Chemie. Diese Struktur erklärt zugleich die zentrale Schwäche. Bei radikalen, sprunghaften Innovationen und bei der Finanzierung junger, technologieführender Unternehmen ist Deutschland oftmals langsamer als andere entwickelte Volkswirtschaften. Damit einher geht ein kleiner Wagniskapitalmarkt in Deutschland.

Das fehlende Wagniskapital verstärkt auch das Problem der Transferschwäche. Es führt aus Sicht der Expertinnen und Experten dazu, dass Forschungsergebnisse häufig im Ausland in die Anwendung gebracht werden, statt in Deutschland. Start-ups wandern irgendwann ab, weil sie nicht das notwendige Wachstumskapital finden. Insbesondere in der Expansionsphase fehlt häufig das notwendige Kapital. Damit geht viel Potenzial für neue Geschäftsmodelle und Innovationen verloren. Es fehlen staatliche Anreize und Sicherheiten, um im großen Stil Geld von privaten Akteuren zu mobilisieren. Ein weiterer Baustein zur Mobilisierung privater Gelder ist, die in der Hightech Agenda angelegten Hebel wie das Forschungsdatengesetz und das Reallabore-Gesetz konsequent umzusetzen, um die Standortbedingungen für neue Technologien und Start-ups zu verbessern.

Was Südkorea besser macht – Einordnung der Expertinnen und Experten

Auch in Südkorea gibt es einen eher kleinen Wagniskapitalmarkt. Auf der einen Seite führt der hohe Innovationsdruck und die stärkere Koppelung der

ABBILDUNG 3-3
Venture-Capital-Investitionen
Dargestellt: Entwicklung der Venture-Capital-Investments relativ zur Wirtschaftsleistung (BIP) in %.



Quelle: OECD (2026n)

BertelsmannStiftung

Forschungsförderung an die Anwendung dazu, dass ein besserer Transfer gelingt und mehr neue Geschäftsmodelle entstehen. Auch die in Südkorea ebenfalls vorhandene Hightech Agenda trägt aus Sicht der Expertinnen und Experten dazu bei, dass Prioritäten in neuen Technologiefeldern vorhanden sind und damit Sicherheit für Investoren entsteht.

Negativ wirkt sich auf der anderen Seite hingegen die Fokussierung auf wenige große Unternehmen, diversifizierte Mischkonzerne, die sogenannten Chaebols wie Samsung, SK, LG und Hyundai aus. Dies führt zu einer geringen Dynamik im Innovationsökosystem und damit auch im Venture Capital Markt, so die Expertinnen und Experten.

Deutschland liegt über alle drei untersuchten Indikatoren hinter Südkorea. Bei den FuE-Gesamtausgaben und der Verteidigungsforschung ist der Abstand deutlich, beim Venture Capital geringfügig. Deutschland forscht viel, aber transferiert wenig. Die Innovationsstärke im Mittelstand mit vielen Hidden Champions und in etablierten Technologiefeldern ist nach wie vor vorhanden. Es gibt jedoch einen Rückstand in den Zukunftstechnologien.

Im Folgenden wird gezeigt, welches wirtschaftliche Wachstumspotenzial entsteht, würde Deutschland wieder zu den Technologie- und Innovationsführern gehören, wie viel wirtschaftliches Wachstum möglich ist, wenn die Transferlücke geschlossen wird, wenn Wagniskapital mobilisiert wird und wenn Verteidigungsinvestitionen gezielt Spillovers in zivile Anwendungen erzeugen. Sie quantifizieren, was es bedeutet, wenn es ein neues deutsches Wachstumsmodell gibt, dass Innovation, mehr Produktivität und Technologieführerschaft braucht, wie Lars Klingbeil in seiner Rede bei der Bertelsmann Stiftung ausgedrückt hat (Bundesministerium der Finanzen 2026).

3.2 Der Potenzialraum durch mehr Innovation

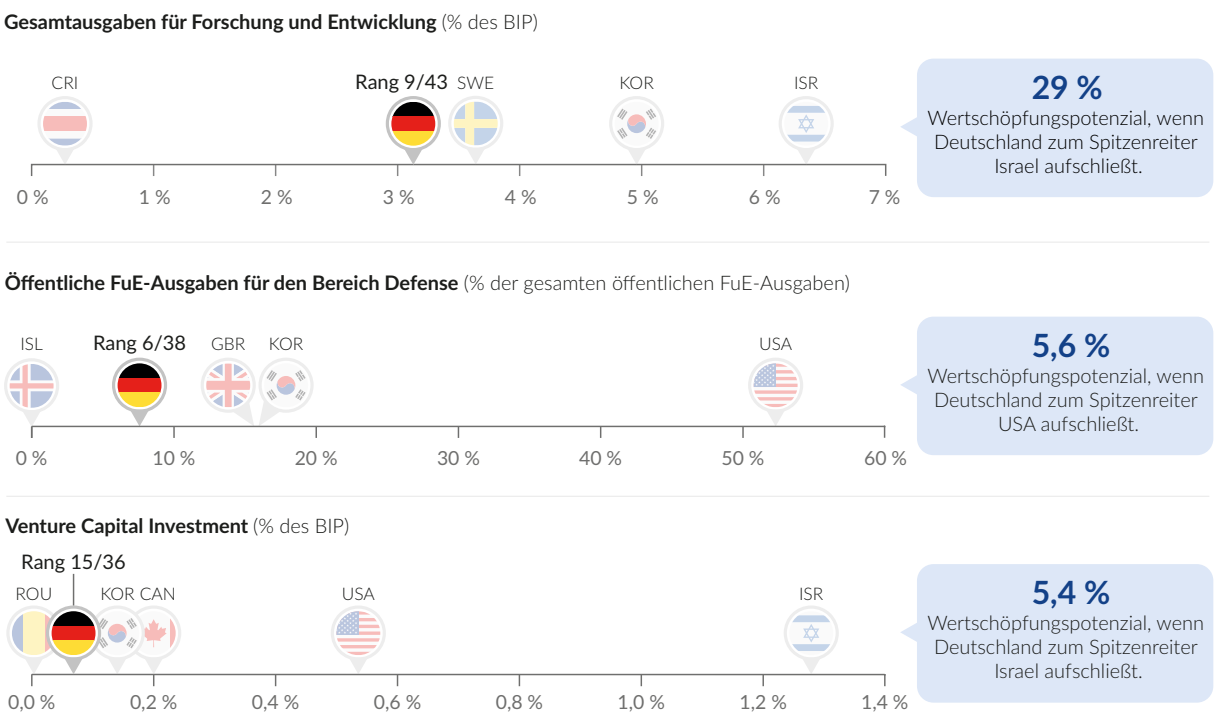
Um den Potenzialraum zu bestimmen, wird in zwei Schritten vorgegangen.

- Im ersten Schritt wird geschätzt, wie stark jeder der drei Indikatoren mit dem Wirtschaftswachstum zusammenhängt. Grundlage ist ein Panelmodell, das die Entwicklung vieler Länder über mehrere Jahre gemeinsam auswertet und dabei sowohl dauerhafte Unterschiede zwischen den Ländern als auch allgemeine, alle Länder gleichermaßen betreffende

ABBILDUNG 3-4

Innovationskraft – Potenzialräume für Deutschland

Dargestellt sind die betrachteten Indikatoren sowie die Position Deutschlands im Ländervergleich (inkl. Top-3-Länder) und das Best-Practice-Land Südkorea. Der Potenzialraum weist das mögliche Wertschöpfungswachstum aus, das sich ergäbe, wenn Deutschland in jedem Indikator zum jeweiligen Spitzenreiter aufschließt.



Quelle: eigene Darstellung und Schätzung auf Basis von OECD-Daten. Flaggen: © Porcupen – stock.adobe.com | BertelsmannStiftung

Entwicklungen herausrechnet. Auf diese Weise lässt sich näherungsweise abbilden, welcher zusätzliche Wachstumsbeitrag mit einer höheren Ausprägung eines Indikators einhergeht. Die technischen Details des Modells finden sich im methodischen Anhang (Kapitel 9).

- Im zweiten Schritt wird für jeden Indikator ermittelt, wie groß der Abstand zwischen Deutschland und dem führenden Land in diesem Indikator ist. Südkorea dient im qualitativen Vergleich als Best-Practice-Land für das Innovationssystem insgesamt. Für die Berechnung der Potenzialräume wird dagegen je Indikator das Land mit der höchsten Ausprägung als Benchmark herangezogen. Der Potenzialraum stellt dar, welches zusätzliche Wachstum rechnerisch möglich wäre, wenn Deutschland aufschließen würde. Er ist nicht als Prognose zu verstehen, sondern als Größenordnung dafür, wie viel Wachstumspotenzial in den betrachteten Innovationsindikatoren liegt.

Die Berechnung des Potenzialraums folgt dabei einer Logik, die zwei Größen aus der Panelregression miteinander verbindet. Die erste Größe ist der geschätzte Effekt eines Indikators auf die Wirtschaftsleistung, also der zuvor beschriebene Koeffizient. Er gibt an, wie stark sich eine höhere Ausprägung des Indikators im Mittel in einem höheren Bruttoinlandsprodukt (BIP) niederschlägt. Die zweite Größe ist der Abstand zwischen Deutschland und dem führenden Land, das sogenannte Delta. Es misst, wie weit Deutschland bei dem jeweiligen Indikator zurückliegt. Der Potenzialraum ergibt sich, indem dieser Abstand mit dem geschätzten Effekt multipliziert wird.5 Damit beschreibt er das zusätzliche Wirtschaftswachstum, das rechnerisch möglich wäre, wenn Deutschland bei dem betrachteten Indikator zum Vergleichsland aufschließen würde.

5 Hinweis: Da sowohl die Wirtschaftsleistung als auch die Indikatoren logarithmiert in die Schätzung eingehen, wird der Abstand als Differenz der logarithmierten Werte gemessen (Δ = ln(x_Vergleichsland) − ln(x_Deutschland)) und das Produkt aus Abstand und Koeffizient abschließend über exp(Δ Koeffizient) − 1 in einen Prozentwert zurückübersetzt. Für kleine Abstände entspricht dieser Prozentwert näherungsweise dem Produkt selbst.

INFOBOX

Methodik

In dieser Studie schätzen wir die wirtschaftlichen Auswirkungen verschiedener Indikatoren, wobei wir aktuelle Paneldaten zu diesen Indikatoren und zum Pro-Kopf-BIP verwenden. In der gesamten Studie wird das Pro-Kopf-BIP in konstanten US-Dollars des Jahres 2015 gemessen (World Bank 2024) um für Inflation zu bereinigen. Die Daten decken bis zu 48 Ländern und 27 Jahren ab. Die genaue Anzahl der Länder und Jahre, die in jeder Schätzung enthalten sind, variiert aufgrund der unterschiedlichen Datenverfügbarkeit. Aus Gründen der Vergleichbarkeit beschränkt sich die Analyse auf Schwellen- und Industrieländer und umfasst die OECD-Länder sowie ihre wichtigsten Partner (Brasilien, China, Indien, Indonesien, Südafrika) und die Beitrittskandidaten (Peru, Argentinien, Bulgarien, Kroatien, Rumänien). Alle verfügbaren Jahre werden in die Schätzung einbezogen.

Wir schätzen Two-way-fixed-effects-Modelle (feste Zeit- und Ländereffekte). Dieser Ansatz ermöglicht es uns, die Auswirkungen der Indikatoren auf das Pro-Kopf-BIP von den allgemeinen Entwicklungen der Wirtschaftsleistung im Zeitverlauf in den einzelnen Ländern und den zeitlich unveränderlichen Unterschieden zwischen den Ländern zu isolieren. Die Methode erlaubt einen Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung im Laufe der Zeit in Ländern, die bei den Indikatoren besser abschneiden, mit der Entwicklung in Ländern, die schlechter abschneiden. Die Unterschiede im Pro-Kopf-BIP werden auf die Unterschiede in den Indikatoren zurückgeführt. Wir verwenden log-log und log-level Spezifikationen. Dies impliziert die Schätzung von Elastizitäten (auf log-Ebene: Semi-Elastizitäten). Der sich ergebende Koeffizient gibt die prozentuale Veränderung der Antwortvariable an, wenn sich die Prädiktorvariable um ein Prozent erhöht (log-level: eine Einheit). Wir geben nur Ergebnisse an, die einen p-Wert von weniger als 0,05 aufweisen (statistisch signifikante Ergebnisse). Bei p-Werten unter 0,01 bezeichnen wir die jeweilige Elastizität als „hoch" signifikant.

In Bezug auf die geschätzten Elastizitäten und Semi-Elastizitäten sind drei methodische Punkte zu beachten: Erstens können sie nicht addiert werden, da es Überschneidungen und Beziehungen zwischen den Indikatoren gibt. Zweitens können sie nicht als kausale Effekte interpretiert werden, da sie statistische Zusammenhänge darstellen. Die Schätzungen stellen eine Näherung an einen kausalen Effekt dar. Die Ergebnisse können durch nicht beobachtete zeit- und ländervariierende Einflussfaktoren verzerrt sein, wie beispielsweise sich ändernde länderspezifische institutionelle Rahmenbedingungen. Das verwendete Modell reduziert wesentlichen Verzerrungen (nämlich zeit- oder länderinvariante wie globale konjunkturelle Entwicklungen oder fixe länderspezifische institutionelle Rahmenbedingungen), kann aber nicht jede Verzerrung vollständig ausschließen. Die Elastizitäten geben daher eine rechnerische Größenordnung unter den Annahmen des Modells an. Drittens modellieren sie nicht explizit die Entwicklung innerhalb eines Landes im Laufe der Zeit: Wenn sich ein Indikator ändert, ist nicht zu erwarten, dass sich das Pro-Kopf-BIP sofort ändert. Stattdessen kann die Veränderung eines Indikators ein Land auf einen anderen Wachstumspfad bringen, was sich im Laufe der Zeit auf das Pro-Kopf-BIP auswirkt.

Die Methode wird im Detail im Kapitel 9 ausgeführt.

Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung: Der Koeffizient von 0,3603 ist der mit Abstand größte der drei Innovationsindikatoren. Inhaltlich bedeutet der Koeffizient, dass eine um ein Prozent höhere Ausprägung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben als Anteil am BIP im Mittel mit einer um 0,36 Prozent höheren Wirtschaftsleistung einhergeht. Unter den drei Indikatoren ist die gesamtwirtschaftliche Forschungs- und Entwicklungsanstrengung damit der wirksamste Hebel. Für die Höhe des Potenzialraums ist neben den Koeffizienten der Abstand Deutschlands zum Vergleichsland maßgeblich. Ein Aufschließen zum relativen Spitzenreiter Israel, das bei FuE-Ausgaben in Höhe von 6,3 Prozent des BIP liegt, ginge einher mit einem Wirtschaftswachstum von bis zu 29,0 Prozent bzw. 1.300 Milliarden Euro.[6] Der Aufschluss zu Südkorea als Best-Practice-Land eröffnet einen Potenzialraum von bis zu 18,1 Prozent.

Öffentliche FuE-Ausgaben für den Bereich Defense: Der Koeffizient von 0,0283 für die öffentlichen FuE-Ausgaben im Bereich Defense ist klein, der Abstand zu den USA mit einem Anteil von 52,3 Prozent gegenüber 7,6 Prozent in Deutschland jedoch sehr groß. Aus diesem Zusammenspiel ergibt sich ein Potenzialraum von rund 5,6 Prozent bzw. 251 Milliarden Euro Wirtschaftsleistung.

6 Die Ergebnisse dieser Studie sind mit denen der im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen erstellten Studie „Fünf Hebel für mehr Produktivität" nicht unmittelbar vergleichbar. Während die vorliegende Studie den Zusammenhang zwischen den gesamten FuE-Ausgaben und dem Pro-Kopf-BIP auf Basis eines internationalen Länderpanels selbst schätzt, verwendet die Vergleichsstudie eine aus der Forschungsliteratur abgeleitete Elastizität zur Abschätzung des Produktivitätseffekts höherer privater FuE-Ausgaben in Deutschland. Damit unterscheiden sich sowohl die empirische Grundlage als auch die betrachtete Zielgröße: Hier geht es um das gesamtwirtschaftliche Potenzial eines internationalen Aufschließens bei der FuE-Intensität, dort um den möglichen Produktivitätsbeitrag zusätzlicher privater FuE-Investitionen. Die Ergebnisse sind daher nicht addierbar, ergänzen sich aber, weil sie unterschiedliche Perspektiven auf die Wachstumswirkungen von Forschung und Entwicklung eröffnen.

Venture- Capital-Investitionen:
Der Koeffizient von 0,0178 ist der kleinste der drei Innovationsindikatoren und liegt weit unter dem der Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Eine um ein Prozent höhere Ausprägung des Risikokapitals geht mit einem um 0,0178 Prozent höheren BIP pro Kopf einher. Beim Abstand zeigt sich ein anderes Bild als bei den Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Deutschland liegt mit rund 0,07 Prozent des BIP deutlich hinter dem Spitzenreiter Israel mit rund 1,3 Prozent. In der Kombination ergibt sich ein Potenzialraum von rund 5,4 Prozent oder 239 Milliarden Euro. Das Best-Practice-Land Südkorea liegt mit einem Anteil von 0,14 Prozent ebenfalls leicht vor Deutschland. Ein Aufschließen auf dieses Niveau eröffnet einen Potenzialraum von bis zu 1,3 Prozent.

Die Ausschöpfung dieses Potenzialraums hängt vom politischen Prozess und vom Umsetzungswillen ab. Bei größeren Abständen zu führenden Ländern ist daher meist keine kurzfristige Angleichung zu erwarten. Die Entwicklung Südkoreas zeigt jedoch, dass solche Abstände über mehrere Jahre verringert werden können: Beim Venture Capital lag Südkorea 2008, bei der FuE-Intensität 2010 etwa auf dem heutigen deutschen Niveau. Bei anhaltender Dynamik könnte Deutschland insbesondere bei den FuE-Ausgaben schrittweise aufschließen. Auch die wirtschaftliche Wirkung einmal umgesetzter Maßnahmen tritt in der Regel nicht sofort ein. Die Veränderung kann Deutschland vielmehr auf einen anderen Wachstumspfad bringen, auf dem sich die Effekte im Laufe der Jahre zunehmend im Pro-Kopf-BIP zeigen.

Die berechneten Potenzialräume spiegeln eine Debatte wider, die Mario Draghi mit seinem Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit der EU auf die Agenda gebracht hat. Der Rückstand im Bereich Innovation gegenüber den USA und China und damit einhergehende schwächere Produktivitätsentwicklungen kosten Wettbewerbsfähigkeit und damit Wirtschaftskraft (Draghi 2024). Die Schätzungen zeigen, welches Potenzial in Verbesserungen in diesen Bereichen liegt. Wenn Deutschland bei Forschung, Risikokapital und Verteidigungsinnovation zu den führenden Volkswirtschaften aufschließt, sind rechnerisch bis zu 251 Milliarden Euro an zusätzlicher Wirtschaftsleistung möglich. Dies lässt sich nicht ohne Weiteres herstellen. Im Folgenden werden Maßnahmen dargestellt, die dazu beitragen können, dieses Potenzial auszuschöpfen.

3.3 Ableitung von Maßnahmen

Aufbauend auf der Analyse des Status quo und den Expertengesprächen werden konkrete Handlungsmaßnahmen für Deutschland formuliert. Diese Maßnahmen greifen die Einschätzungen der Fachleute auf und ergänzen sie um Hintergrundinformationen zum südkoreanischen Innovationssystem. Damit wird nachvollziehbar, an welchen institutionellen Stellschrauben Südkorea angesetzt hat und welche dieser Ansätze für Deutschland übertragbar sind.

3.3.1 Förderung fokussieren

Die sechs Schlüsseltechnologien der Hightech Agenda Deutschland bewerten die Expertinnen und Experten überwiegend positiv. Ihre Kritik richtet sich weniger auf die Auswahl der Technologiefelder als auf deren Umsetzung, denn die in der Agenda angelegten Hebel (etwa das Forschungsdatengesetz oder die Regelungen zu Reallaboren) entfalten ihre Wirkung erst dann, wenn sie konsequent in Kraft gesetzt und anschließend auch tatsächlich genutzt werden. Erst unter dieser Voraussetzung lassen sich private Investitionen in nennenswertem Umfang mobilisieren. Hinzu kommt, dass sich die gesetzten Prioritäten im wichtigsten Förderinstrument nicht wiederfinden. Die steuerliche Forschungszulage ist technologieoffen ausgestaltet und beträgt einheitlich 25 Prozent der förderfähigen Aufwendungen, für kleine und mittlere Unternehmen 35 Prozent, unabhängig davon, ob ein Unternehmen an Halbleitern oder an Verpackungsmaschinen forscht. Wer strategische Schwerpunkte setzen will, ist deshalb auf zusätzliche Programme angewiesen, in denen wiederum jeder Antrag einzeln geprüft werden muss. Auf diese Weise wächst mit jeder neuen Priorität auch die Zahl der Instrumente, bei gleichzeitig steigendem administrativem Aufwand für die antragstellenden Unternehmen.

Die südkoreanische Forschungsförderung ist demgegenüber industriepolitisch gerahmt. Förderprogramme und öffentliche Ausschreibungen sind dort regelmäßig mit einer Anwendungs- und Produktlogik verknüpft, die bis zu der Erwartung reicht, dass die geförderten Ergebnisse exportfähig sein müssen. Die Regierung bestimmt in einem nationalen Plan, welche Technologien als strategisch gelten, und knüpft daran eine nach der Bedeutung des jeweiligen Feldes gestaffelte steuerliche Forschungsförderung. Über das einzelne Vorhaben wird anschließend nicht mehr entschieden, denn wer in einem der ausgewiesenen Felder forscht,

profitiert unmittelbar. Die inhaltliche Auswahl erfolgt somit auf der Ebene der Technologiefelder und nicht auf jener des einzelnen Förderantrags.

Für die deutsche Innovationspolitik ergeben sich daraus zwei Empfehlungen. Die verfügbaren Mittel sollten stärker auf die sechs Schlüsseltechnologien der Hightech Agenda konzentriert werden. Parallele Förderprogramme sind spürbar zu reduzieren. Jedes neue Instrument erhöht den administrativen Aufwand für Unternehmen und reduziert die Wirkung der eingesetzten Mittel. Zudem sollte die steuerliche Forschungszulage nach Technologiefeldern differenziert werden. Wer in einem der strategisch ausgewiesenen Felder forscht, erhält einen höheren Fördersatz ohne Antrag und ohne Einzelfallprüfung. Die Hightech Agenda gibt die Felder bereits vor.

3.3.2 Anreize für Technologietransfer setzen

Als zentrale Schwäche des deutschen Innovationssystems benennen die Expertinnen und Experten die Überführung von Forschungsergebnissen in wirtschaftliche Anwendung. Weil die Leistungsindikatoren des Wissenschaftssystems stark auf Publikationen ausgerichtet sind, werden Wissenschaftler kaum an ihren Transferleistungen gemessen. Die Potenziale seien hoch, würden jedoch zu häufig im Ausland verwertet, sei es über Ausgründungen oder über Lizenzen. Es fehlt zudem an standardisierten Vertragswerken für geistiges Eigentum, an hinreichend ausgestatteten Transferstellen sowie an strukturellen Anreizen wie einem Transfersemester als Pendant zum Forschungssemester.

Südkorea steht vor einer ähnlichen Herausforderung, da auch dort die Hochschulen der betrieblichen Praxis vergleichsweise fernstehen. Die koreanischen Antworten setzen jedoch an zwei Stellen an, die im deutschen System bislang wenig genutzt werden. Zum einen ist der Anteil der Lizenzeinnahmen, der den erfindenden Forschenden zusteht, gesetzlich deutlich höher angesetzt als hierzulande, sodass der wirtschaftliche Erfolg einer Verwertung unmittelbarer auf die individuelle Vergütung durchschlägt (Republik Korea 2013). Zum anderen fördert das Land die Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen über ein eigenes Programm, dessen Auswertung nahelegt, dass die Verwertungsleistung vor allem mit der organisatorischen Kapazität der Einrichtungen zusammenhängt, also mit den dafür zuständigen Professuren, dem Umfang der Projekte und der finanziellen Ausstattung.

Für Deutschland heißt das zunächst, den Transfer als eigenständige Leistungsdimension in Evaluationen und Förderlogiken zu verankern. Evaluationen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollten Transferleistungen gleichwertig neben Publikationen berücksichtigen. Das betrifft Berufungsverfahren, Zielvereinbarungen und die Mittelvergabe durch Drittmittelgeber. Außerdem sollte der gesetzliche Anteil der Lizenzeinnahmen, der den erfindenden Forschenden zusteht, angehoben werden, um den direkten persönlichen Anreiz, Forschungsergebnisse in die Anwendung zu bringen zu erhöhen.

Darüber hinaus sollte mehr Zeit für Transfer durch die Einführung eines Transfersemesters als Pendant zum Forschungssemester eingeräumt werden. Ausgründungen und die Entwicklung von Schutzrechten benötigen Zeit und Freiraum, die dadurch ermöglicht wird.

3.3.3 Staat als Ankerkunde für Verteidigungsinnovation etablieren

Die Expertinnen und Experten bewerten die Verteidigungsforschung als wichtigen Innovationsmotor mit Spillover-Effekten in zivile Anwendungen. Technologien wie erweiterte Realität, Laser und Drohnen sollten stärker verfolgt werden, und der Kreis der beteiligten Unternehmen und Forschungseinrichtungen sollte über die etablierten Anbieter hinaus erweitert werden. Als Vorbild dient hier weniger Südkorea als die USA, wo Basistechnologien wie das Internet und die Satellitennavigation aus staatlich finanzierter Verteidigungsforschung hervorgegangen sind. Entscheidend war dabei nicht allein die Höhe der Mittel, sondern die Rolle des Staates als verlässlicher erster Abnehmer. Eine gesicherte öffentliche Nachfrage erlaubt es Unternehmen, in Technologien zu investieren, für die noch kein ziviler Markt existiert. In Südkorea sichert die Beschaffungsbehörde Entwicklungsaufträge zwar langfristig ab, doch bleibt die Verteidigungsforschung so stark zentralisiert und vom übrigen Wissenschaftssystem getrennt, dass die Regierung inzwischen selbst darauf hinwirkt, die Beschaffung für Start-ups und mittelständische Anbieter zu öffnen.

Deutschland sollte Förderprogramme im Verteidigungsbereich von Beginn an auf zivile Anschlussverwendung auslegen, um Spillover zu erhöhen. Konkrete Felder sind Sensorik, künstliche Intelligenz,

Drohnen- und Lasertechnik sowie Robotik. Diese Technologien haben sowohl militärische als auch zivile Anwendungsfelder.

Um Planungssicherheit für Unternehmen zu schaffen, sollte der Staat als verlässlicher Ankerkunde auftreten mit langfristigen Entwicklungsaufträgen, die Unternehmen Planungssicherheit geben. Gleichzeitig ist die Beschaffung für Start-ups, mittelständische Unternehmen und Forschungskonsortien zu öffnen. Heute dominieren etablierte Rüstungsanbieter den Zugang zu Verteidigungsaufträgen. Das schließt genau jene Akteure aus, die technologisch am dynamischsten sind. Eine breitere Anbieterbasis erhöht den Innovationsdruck und verbreitert die Basis für zivile Spillovers.

Um das ganze institutionell zu verankern, sollte die Gründung einer eigenständigen militärischen Innovationsagentur nach dem Vorbild SPRIND angestrebt werden. Die Agentur sollte dabei eng mit der Bundeswehr, Sicherheitsbehörden und europäischen Militärs zusammenarbeiten, um transformative Technologien frühzeitig zu identifizieren. Aus einem eigenen Budget könnten Pilotprojekte, Feldtests und Pilotserien finanziert werden, um die langen Beschaffungszyklen der Bundeswehr zu überbrücken. Die Bundesagentur für Sprunginnovation, SPRIND beziffert das benötigte Budget für eine solche Agentur auf rund 1 Mrd. Euro über fünf Jahre, um einen nachhaltigen Effekt auf die militärische Innovationslandschaft zu erzielen (SPRIND 2025).

4. Demografie und Fachkräfte: Mehr Stunden durch höhere Flexibilität

Gut qualifizierte Fachkräfte sind die Grundlage für Wirtschaftskraft. Besonders in Deutschland ist das vorhandene Engineering-Know-how und daraus entstehende, innovative Produkte „Made in Germany" ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Hinzu kommt die Höhe des Arbeitsvolumens als Faktor für höhere Wirtschaftsleistung. Beide stehen in Deutschland unter Druck: Die aktuellen PISA-Ergebnisse sind die schlechtesten, die Deutschland bislang erreicht hat (OECD 2026f). Der Anteil der 15- bis 24-Jährigen ohne Job, Bildungs- oder Ausbildungsplatz ist seit 2019 von 5,6 Prozent auf 7,6 Prozent angestiegen (nternational Labour Organization 2026). Der demografische Wandel senkt die verfügbaren Arbeitskräfte: Bis 2035 verlässt die Babyboomer-Generation den Arbeitsmarkt. Ohne Gegenmaßnahmen schrumpft das Erwerbspersonenpotenzial um rund 4,5 Millionen Menschen (Hellwagner et al. 2023).

Sowohl das Thema Bildung als auch das verfügbare Arbeitsvolumen stehen im Zentrum politischer Debatten. Bundeskanzler Friedrich Merz hat die Arbeitszeit-Debatte bereits in seiner ersten Regierungserklärung im Mai 2025 angestoßen. Er forderte eine „gewaltige Kraftanstrengung" von den Menschen, um das Land wieder wettbewerbsfähiger zu machen, und sprach sich für mehr Flexibilität durch eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit aus (Bundesregierung 2025b).

In der Bildungsdebatte weist Bundesbildungsministerin Karin Prien darauf hin, dass die Bildungschancen in Deutschland sehr ungleich verteilt sind: „Die Bildungsschere tut sich ab der Geburt auf. Das entsteht nicht erst in der Schule – in Wahrheit ist es genau andersrum: Die Schere ist zu, wenn ein Kind auf die Welt kommt, und sie öffnet sich dann bis zur Einschulung" (tagesschau 2026). Der nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2026" zeigt: Wenn ein Kind in Deutschland eingeschult wird, ist über seine Bildungschancen meist schon entschieden, weil die Bildungschancen stark vom Elternhaus abhängig sind (Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren Frauen und Jugend (BMBFSFJ) 2026).

Dabei braucht Deutschland gut ausgebildete Fachkräfte zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und für Wachstumsimpulse. Die ökonomische Forschung belegt diesen Zusammenhang klar: Höhere Bildungsleistungen gehen mit höherem Wirtschaftswachstum einher. Werkmeister und Wößmann (2025) zeigen, dass eine Verbesserung der Schülerleistungen um 25 PISA-Punkte langfristig mit einem um rund 4 Prozent höheren BIP pro Kopf verbunden ist. Wichtig ist zudem, dass junge Menschen nach der Schule in Ausbildung oder Beschäftigung gelangen, was beispielsweise über den NEET-Indikator, der den Anteil der 15- bis 24-Jährigen erfasst, die weder erwerbstätig sind noch sich in Bildung oder Ausbildung befinden. Ein hoher NEET-Anteil weist auf ungenutzte Arbeitskräfte- und Qualifizierungspotenziale hin und kann die Fachkräftesicherung schwächen. Hinzu kommt die Höhe des Arbeitsvolumens als Faktor für höhere Wirtschaftsleistung. Fitzenberger et al. (2024) zeigen, dass Deutschland trotz hoher Beschäftigungsquote beim Arbeitsvolumen pro Kopf weit hinter anderen OECD-Ländern zurückbleibt.

4.1 Deutschland im Vergleich mit Estland

Arbeitsmarkt und Bildung sind in Deutschland und Estland auf den ersten Blick ähnlich aufgestellt. Beide Länder haben hohe Beschäftigungsquoten und eine gut ausgebildete Bevölkerung. Der Vergleich mit Estland ist aufschlussreich, weil das kleine baltische Land trotz seiner geringen Größe in beiden Bereichen Maßstäbe setzt. Mit rund 1,3 Millionen Einwohnern hat Estland seit der Unabhängigkeit 1991 ein Bildungssystem aufgebaut, das in internationalen Vergleichen regelmäßig zu den besten Europas zählt, wie die guten PISA-Ergebnisse zeigen (OECD 2026f). Gleichzeitig weist Estland ein Arbeitsvolumen pro Kopf auf, das über dem deutschen liegt.

Im folgenden wird der deutsche Arbeitsmarkt und das deutsche Bildungssystem mit Estland als Best-Practice-Land anhand von drei zentralen Indikatoren untersucht:

- **Das Arbeitsvolumen pro Person im erwerbsfähigen Alter** erfasst die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden der gesamten Bevölkerung im Erwerbsalter. Der Indikator berücksichtigt damit nicht nur die Arbeitszeit der Beschäftigten, sondern auch Nichterwerbstätigkeit und Teilzeit. Er zeigt, in welchem Umfang Deutschland sein vorhandenes Arbeitskräftepotenzial tatsächlich ausschöpft.

- **Der PISA-Score in Naturwissenschaften** misst die naturwissenschaftlichen Grundkompetenzen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern. Er steht damit für die Qualität des Bildungssystems und für die langfristige Qualifikation der Erwerbsbevölkerung. Naturwissenschaftliche Kompetenzen sind besonders relevant, weil sie eine Grundlage für technische Berufe, MINT-Ausbildungen und wissensintensive Tätigkeiten bilden.

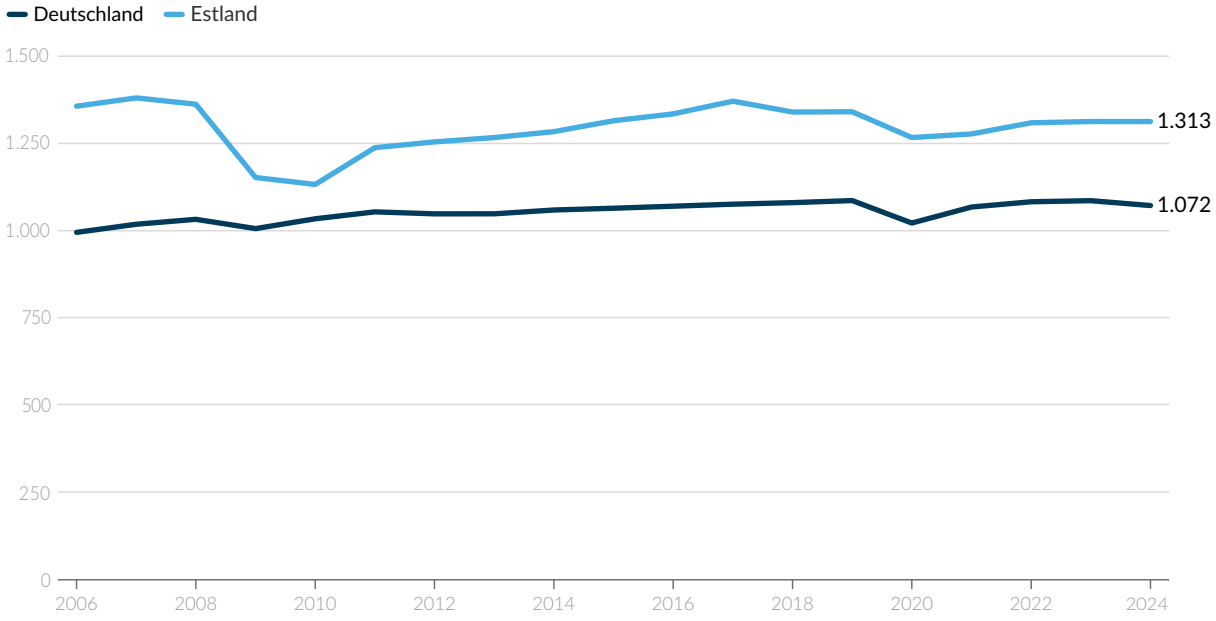
- **Die NEET-Quote** bezeichnet den Anteil der 15- bis 24-Jährigen, die weder beschäftigt sind noch eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren. Sie ist ein Frühindikator für ungenutztes Humankapital. Eine hohe Quote weist darauf hin, dass der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung nicht für alle Jugendlichen gelingt. Dadurch können langfristige Nachteile für die Erwerbsbiografie und die gesamtwirtschaftliche Produktivität entstehen.

Arbeitsmarkt:
Viel Beschäftigung, wenig Stunden

Deutschland steht beim Arbeitsmarkt auf den ersten Blick gut da. Die Beschäftigungsquote liegt im ersten Quartal 2026 bei rund 77 Prozent und damit deutlich über dem OECDDurchschnitt von rund 70 Prozent. Estland liegt mit 75 Prozent nur leicht hinter Deutschland (OECD 2026a). Wo Deutschland hingegen deutlich hinter Estland zurückfällt, ist beim Arbeitsvolumen in Form des Durchschnitts der geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbsbevölkerung. Dies kann als Indikator für den Grad der Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials gesehen werden (Schäfer 2024). Deutschland liegt hier mit rund 1.072 Arbeitsstunden im Jahr pro Person im erwerbsfähigen Alter lediglich auf Platz 34 unter den OECD-Ländern (Abbildung 4-1). In Estland liegt der Durchschnitt bei 1.313 Stunden, Spitzenreiter ist Südkorea mit 1.520 durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden im Jahr.

In den letzten Jahren ist das Arbeitsvolumen relativ zur Erwerbsbevölkerung zwar gestiegen. Der Zuwachs kommt aber vor allem über mehr Erwerbstätige, nicht über mehr Arbeitsstunden je Person. Zwischen 2015 und 2025 stieg die Zahl der Beschäftigten um 11 Prozent, das Arbeitsvolumen jedoch nur um 7 Prozent (Fitzenberger 2026). Hauptursache ist die hohe Teilzeitquote. Die Teilzeitquote stieg im gleichen Zeitraum von 26,8 Prozent auf 29,5 Prozent an (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2026a).

ABBILDUNG 4-1
Durchschnittliche Arbeitszeit relativ zur Erwerbsbevölkerung
Dargestellt sind die Arbeitsstunden pro erwerbsfähige Person und Jahr.



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis von OECD (2026f) und OECD (2026j)

BertelsmannStiftung

Wo die Herausforderung in Deutschland liegt – Einordnung der Expertinnen und Experten

Überproportional häufig in Teilzeit sind Frauen mit einem Anteil von 48,7 Prozent. Die Expertinnen und Experten, die für diese Studie befragt wurden, betonen, dass zwei Faktoren dieses Muster begünstigen:

Erstens setzt das Ehegattensplitting steuerliche Fehlanreize: Verheiratete Personen sehen sich bei der Erhöhung der Arbeitszeit unmittelbar dem höheren Steuersatz gegenüber. Fitzenberger et al. (2024) und Jäger und Weber (2024) bestätigen dies: Institutionelle Regelungen wie das Ehegattensplitting oder die kostenlose Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung tragen dazu bei, dass sich Mehrarbeit in Paarhaushalten finanziell oft nicht lohnt.

Als zweiten Grund nennen die Expertinnen und Experten die fehlende, verlässliche Kinderbetreuung. Knapp ein Viertel aller Teilzeitbeschäftigten gab im Rahmen der Befragung zum Mikrozensus Betreuungsverpflichtungen als Hauptgrund für die Teilzeitbeschäftigung an, bei Frauen sind es fast 30 Prozent (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2026a). Eine Analyse von Geis-Thöne (2025) zeigt, dass in Deutschland rund 300.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige fehlen. Diese Kombination aus Fehlanreizen und Infrastrukturlücken hat Folgen, die über die individuelle Erwerbsbiografie hinausgehen. Längere Teilzeitphasen, insbesondere nach der Geburt eines Kindes, gehen häufig mit dauerhaften Karriereeinbußen einher. Oft findet später, wenn die Kinder älter sind, keine Rückkehr in Vollzeit statt. Die Forschung bezeichnet dieses Muster als „Teilzeitfalle“ (Fitzenberger 2026).

Was Estland besser macht – Einordnung der Expertinnen und Experten

Estland zeigt, dass hohe Erwerbsbeteiligung und ein höheres Arbeitsvolumen zusammengehen können. Estland hat eine deutlich geringere Teilzeitquote als Deutschland. Diese liegt bei lediglich 15,5 Prozent, trotz der hohen Erwerbsbeteiligungsquote. Die Expertinnen und Experten betonen, dass dies eine Folge der gut ausgebauten Betreuungsinfrastruktur ist. Das ermöglicht estnischen Eltern, schnell in Vollzeit zurückzukehren. 95 Prozent der Kinder ab drei Jahren besuchen in Estland einen Kindergarten, drei von vier mehr als 30 Stunden pro Woche (Eurostat 2026). Dies spiegelt sich in der niedrigen Teilzeitquote und der hohen durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen wider, so die Expertinnen und Experten. In Deutschland liegen die Anteile bei 75 Prozent bzw. 38 Prozent.

Darüber hinaus ist Estlands Arbeitsmarkt geprägt durch eine höhere Flexibilität. Beispielsweise schafft das estnische Arbeitsvertragsgesetz einen flexiblen Rahmen: Kündigungsfristen sind moderat und nach Betriebszugehörigkeit gestaffelt: von 15 Tagen bei unter einem Jahr bis zu 90 Tagen bei über zehn Jahren Betriebszugehörigkeit (Labour Inspectorate 2026). Die Expertinnen und Experten verweisen in diesem Zusammenhang auf FlexicurityAnsätze als Best Practice: mehr Flexibilität bei gleichzeitig hoher sozialer Absicherung und aktiver Weiterbildungspolitik, wie es Dänemark macht. Das erleichtert Betrieben Transformation und Beschäftigten den Wechsel in produktivere Tätigkeiten. Eine Studie von BCG zeigt, dass Produktivitätseffekte durch Automatisierung durch eine solche Flexibilisierung ermöglicht werden (BCG 2026).

Bildung: Estland Spitze in Europa, Lücken in Deutschland

Eine Stärke Deutschlands liegt in gut ausgebildeten Fachkräften. Dieses Fundament gerät aber unter Druck. Die deutschen PISA-Ergebnisse 2025 sind die schlechtesten, die PISA je für Deutschland gemessen hat (OECD 2026f). Im Vergleich zu 2015 ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler unterhalb des Basisniveaus in Mathematik um 17 Prozentpunkte gestiegen, in Lesen um 15 Prozentpunkte und in Naturwissenschaften um 10 Prozentpunkte. Deutschland liegt in allen drei Bereichen nahe am OECD-Durchschnitt: 464 Punkte in Mathematik (OECD-Durchschnitt: 463 Punkte), 465 in Lesen (OECD-Durchschnitt: 461), 486 in Naturwissenschaften (OECD-Durchschnitt: 482). Damit liegt Deutschland nur auf Platz 18 im Bereich der Naturwissenschaften unter den OECD-Ländern. Der INSM-Bildungsmonitor 2025 bestätigt diesen Befund: PISA zeigt sinkende Schülerkompetenzen und wachsende Unterschiede nach sozioökonomischer Herkunft (Anger et al. 2025).

Die Schwächen spiegeln sich auch im Übergang von Schule in Ausbildung und Arbeit wider. Ein zentraler Frühindikator dafür ist die NEETQuote: der Anteil junger Menschen, die weder in Bildung noch in Beschäftigung oder Ausbildung sind. Eine dauerhaft erhöhte NEETQuote bedeutet verlorenes Humankapital. Sie erhöht das Risiko, dass junge Menschen den Anschluss an Qualifikation und Arbeitsmarkt verlieren und später dauerhaft geringere Erwerbschancen haben. In Deutschland liegt der Anteil der Jugendlichen, die sich nicht in Bildung, Beschäftigung oder Ausbildung befinden, bei rund 7,6 Prozent (Abbildung 4-3). Damit liegt Deutschland auf Platz 11 unter den

OECD-Ländern. In Deutschland ist der Anteil nur geringfügig besser als Anfang des Jahrtausends, als der Anteil bei rund 8,1 Prozent lag.

Estland hingegen ist das beste europäische Land im aktuellen PISA-Ranking 2025. In Mathematik erreichen estnische Schülerinnen und Schüler 508 Punkte, in Lesekompetenz 499 Punkte und in Naturwissenschaften 527 Punkte (Abbildung 4-2). Diese Werte liegen jeweils deutlich über dem OECD-Durchschnitt. 83 Prozent der estnischen Schülerinnen und Schüler erreichen in Mathematik mindestens das Basisniveau (Level 2), gegenüber 65 Prozent im OECD-Durchschnitt (OECD 2026f). Bei der NEET-Quote liegt der Estland mit einem Anteil von rund 10,2 Prozent zwar hinter Deutschland. Seit Anfang des Jahrtausends haben sich hier aber deutliche Verbesserungen gezeigt: In der Spitze lag die NEET-Quote im Jahr 2001 bei 18,8 Prozent (Abbildung 4-3).

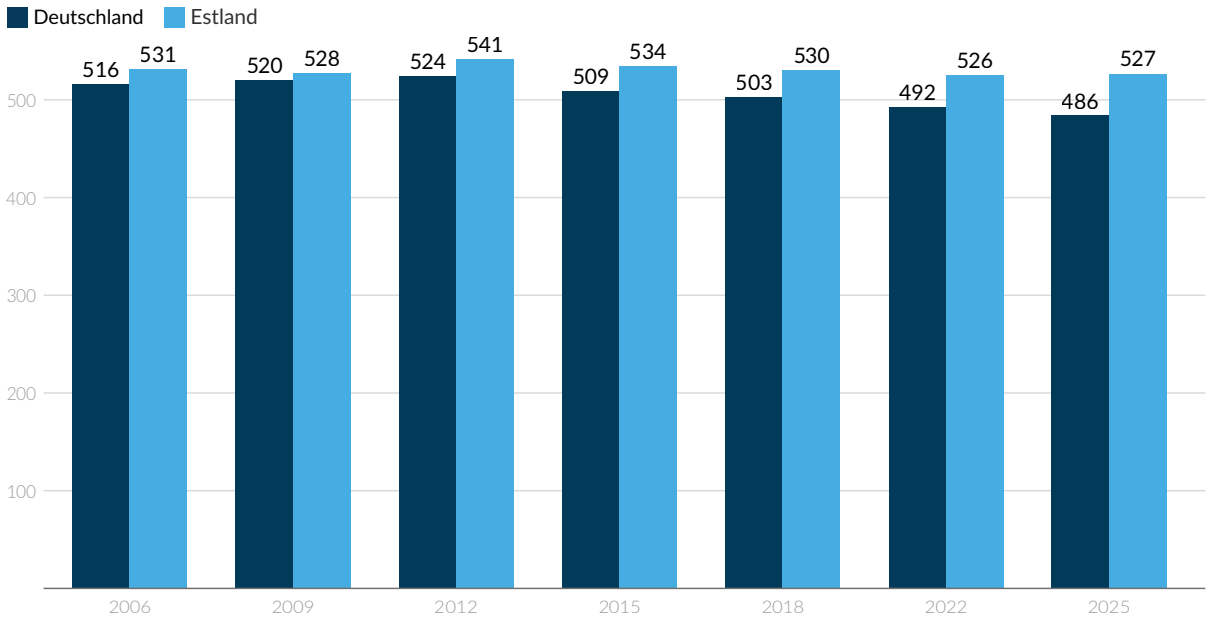
Wo die Herausforderung in Deutschland liegt – Einordnung der Expertinnen und Experten

In Deutschland werden Kinder in den meisten Bundesländern früh auf Schulformen verteilt. Diese frühe Stratifizierung wird in der Bildungsforschung kritisch bewertet, weil sie soziale Ungleichheiten verfestigen kann: Bildungsentscheidungen hängen stark vom kulturellen und finanziellen Kapital des Elternhauses ab. Das zeigt auch der aktuelle Bildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren Frauen und Jugend (BMBFSFJ) 2026). Hinzu kommt: Frühkindliche Bildung ist in Deutschland nicht national als gemeinsamer Qualitätsstandard organisiert. Die Länder erarbeiten Bildungspläne, aber ohne den Charakter strukturierter Curricula und ohne systematische Überprüfung der Zielerreichung. Expertinnen und Experten leiten daraus einen klaren Schwerpunkt ab: Investitionen sollten dort ansetzen, wo Kompetenzunterschiede entstehen. Das bedeutet früh in der Kindheit und flankiert durch gezielte Fördermaßnahmen, Sprachförderung und Ganztagsangebote (Anger et al. 2025).

ABBILDUNG 4-2

PISA-Ergebnisse Naturwissenschaften

Dargestellt ist der PISA-Index im Bereich Naturwissenschaften.



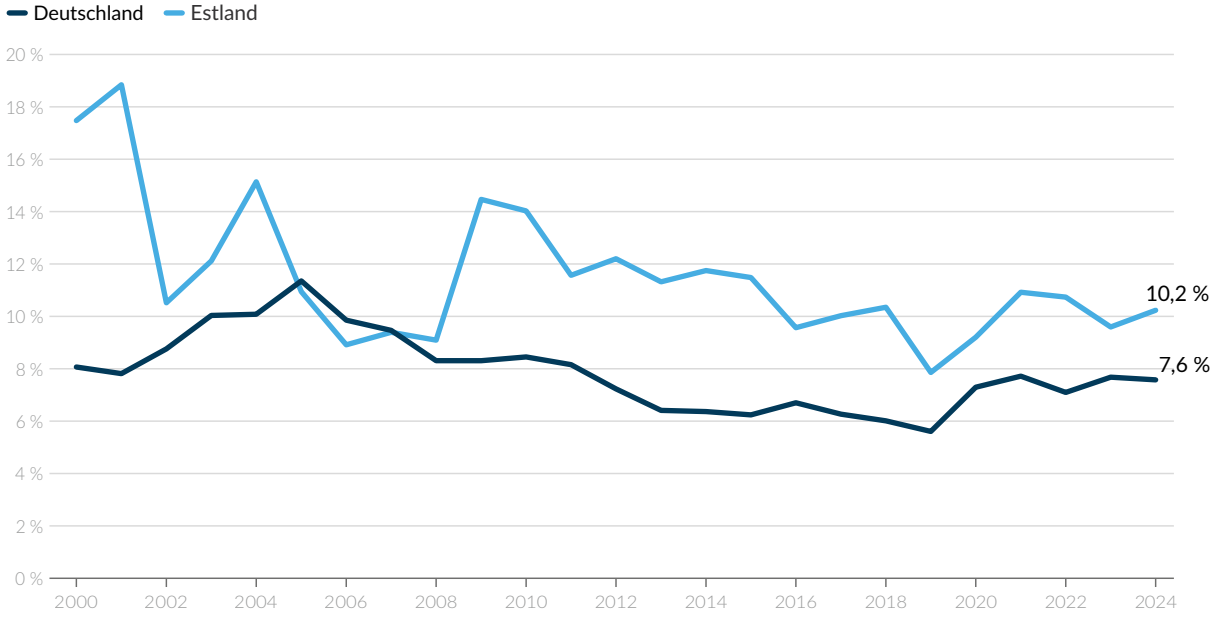
Quelle: OECD (2026i)

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 4-3

Jugendliche, die sich nicht in Bildung, Beschäftigung oder Ausbildung befinden

Dargestellt in Prozent der Bevölkerung zwischen 15 und 24 Jahren.



Quelle: International Labour Organization (2026)

BertelsmannStiftung

Was Estland besser macht –
Einordnung der Expertinnen und Experten

Die Expertinnen und Experten betonen, dass Bildung in Estland eine zentralere Rolle als in Deutschland spielt: sie wird in Medien intensiv diskutiert, Lehrkräfte gelten als Vorbilder und werden mit Preisen ausgezeichnet. Dadurch wird viel Wert auf eine hohe Qualität des Bildungssystems gelegt, insbesondere bei der frühkindlichen Bildung. Insbesondere drei Aspekte werden hervorgehoben:

Zum einen eine längere gemeinsame Schulzeit. Das Bildungssystem basiert auf der Einheitsschule. Alle Schülerinnen und Schüler lernen gemeinsam bis zur 9. Klasse. Noten gibt es erst ab der 6. Klasse. Das kann die soziale Durchlässigkeit erhöhen.

Zudem wird ein großer Schwerpunkt auf frühkindliche Bildung gelegt. Seit September 2025 gilt ein neues nationales Curriculum für frühkindliche Bildung (1,5 bis 7 Jahre). Es integriert Betreuung und Vorschule in ein einheitliches System und definiert Entwicklungsziele nun auch für 3-Jährige (Eurydice 2026). Eine Studie der OECD evaluiert das Vorgänger-Curriculum und zeigt, dass Kinder in Estland vergleichsweise ausgeprägtere Fähigkeiten zur Selbstregulierung sowie sozial-emotionale Kompetenzen als Kinder in England und den Vereinigten Staaten besitzen, den beiden Vergleichsländern in der Studie. Außerdem erzielten sie deutlich höhere Werte als Kinder in den Vereinigten Staaten in den Bereichen Lese- und Rechenanfänge, Arbeitsgedächtnis und geistige Flexibilität sowie deutlich höhere Werte als Kinder in England hinsichtlich ihrer Fähigkeit, Impulsreaktionen zu hemmen (OECD 2020a).

Außerdem haben Schulen höhere Freiheitsgrade. Sie entwickeln auf Basis eines nationalen, Output orientierten Curriculums eigene Schulcurricula. Lehrkräfte haben Freiheiten bei Methoden und Lehrmitteln. Durch externe Evaluation wird die Qualität sichergestellt. Rankings und Formate wie „School of the Year“ erhöhen Sichtbarkeit und Leistungsorientierung. Aus Sicht der Expertinnen und Experten trägt diese Kombination zu besseren Kompetenzen bei und dazu, dass der Übergang in Ausbildung und Arbeit insgesamt stabiler organisiert werden kann.

Das Berufsbildungssystem in Estland ist schulisch geprägt. Der Staat betreibt fast alle Berufsschulen direkt: 30 von 35 Einrichtungen gehören dem Bildungsministerium. Trotz dieser staatlichen Trägerschaft besitzen die Schulen auch hier weitgehende Freiheit bei Unterrichtsmethoden und beim Einsatz ihrer Mittel. Seit der Reform von 2013 folgt das System einem outputorientierten Curriculum, das die Ergebnisse der Ausbildung in den Vordergrund stellt und nicht die Vorgabe einzelner Lerninhalte.

Praxisnähe ist ein zentrales Merkmal der estnischen Berufsausbildung. Der Anteil der Auszubildenden mit Praxiserfahrung während der Ausbildung liegt bei knapp 80 Prozent und damit rund 15 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. Das Land hat diesen Wert in den letzten Jahren gezielt gesteigert, unter anderem durch das Förderprogramm PRÕM+, das die praktische Ausbildung junger Lernender stärkt. Ergänzt wird dies durch ein Prognosesystem für Fachkräftebedarfe (OSKA), das laufend abgleicht, welche Qualifikationen der Arbeitsmarkt benötigt (Cedefop 2025).

Die StatusquoAnalyse zeigt das im internationalen Vergleich geringe Arbeitsvolumen in Deutschland. Die Lücke entsteht vor allem über Teilzeitmuster. Zudem zeigt sie sinkende Leistungen bei der PISA-Erhebung und eine steigende NEET-Quote. Deutschland lebt von Qualifikation, verliert aber bei Kompetenzen an Boden.

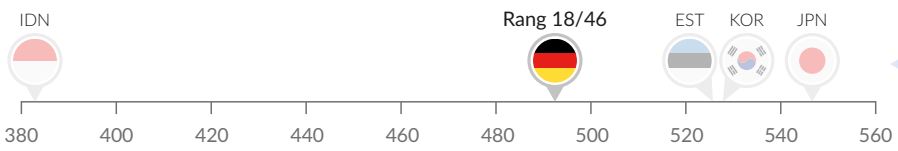
Beide Dimensionen greifen ineinander. Höhere Kompetenzen erhöhen langfristig Produktivität und Beschäftigungsfähigkeit. Mehr Arbeitsvolumen erhöht kurzfristig das gesamtwirtschaftliche Angebot an Arbeitsstunden. Im folgenden Kapitel werden die Potenzialräume berechnet: Wie groß wäre die zusätzliche Wirtschaftsleistung, wenn Deutschland beim Arbeitsvolumen, bei Bildungsleistungen (PISA) und beim Übergang junger Menschen in Bildung und Beschäftigung (NEET) zu den Spitzenreitern aufschließt? Sie quantifizieren damit die öffentliche Debatte um Mehrarbeit und einem guten Bildungssystem.

ABBILDUNG 4-4

Demografie und Fachkräfte – Potenzialräume für Deutschland

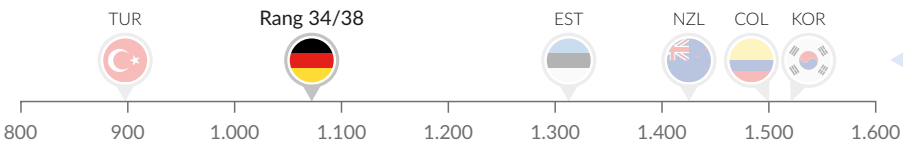
Dargestellt sind die betrachteten Indikatoren sowie die Position Deutschlands im Ländervergleich (inkl. Top-3-Länder) und das Best-Practice-Land Estland. Der Potenzialraum weist das mögliche Wertschöpfungswachstum aus, das sich ergäbe, wenn Deutschland in jedem Indikator zum jeweiligen Spitzenreiter aufschließt.

PISA Ergebnisse Naturwissenschaften (Index-Wert)



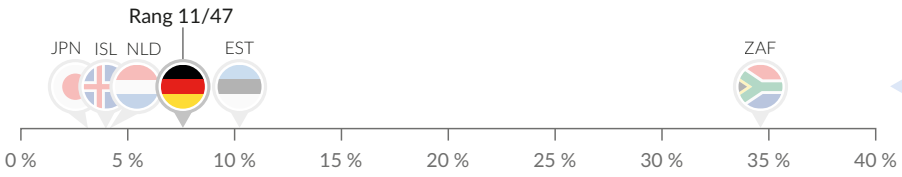
9,7 %
Wertschöpfungspotenzial, wenn Deutschland zum Spitzenreiter Japan aufschließt.

Durchschnittliche Arbeitszeit relativ zur Erwerbsbevölkerung (Arbeitsstunden pro erwerbsfähige Person und Jahr)



36,7 %
Wertschöpfungspotenzial, wenn Deutschland zum Spitzenreiter Südkorea aufschließt.

Jugendliche, die sich nicht in Bildung, Beschäftigung oder Ausbildung befinden (% der Jugendbevölkerung)



6,0 %
Wertschöpfungspotenzial, wenn Deutschland zum Spitzenreiter Japan aufschließt.

Quelle: eigene Darstellung und Schätzung auf Basis von OECD- und Ilostat-Daten. Flaggen: © Porcupen – stock.adobe.com

BertelsmannStiftung

4.2 Der Potenzialraum durch mehr Arbeitsvolumen und Bildung

Für drei Indikatoren aus dem Bereich Demografie und Fachkräfte wird der Potenzialraum quantifiziert: der PISA-Score in Naturwissenschaften, das durchschnittliche Arbeitsvolumen pro Person im erwerbsfähigen Alter sowie der Anteil junger Menschen zwischen 15 und 24 Jahren, die weder in Ausbildung noch in Beschäftigung oder Training sind. Estland dient im qualitativen Vergleich als Best-Practice-Land für den Bereich Demografie und Fachkräfte. Für die Berechnung der Potenzialräume wird im Folgenden je Indikator zudem das Land mit der höchsten Ausprägung als Benchmark herangezogen.

Arbeitsvolumen pro Person im erwerbsfähigen Alter
Das Arbeitsvolumen pro Person im erwerbsfähigen Alter erfasst, wie viele Stunden im Durchschnitt pro Jahr gearbeitet werden bezogen auf die gesamte Bevölkerung im Erwerbsalter, nicht nur auf die Beschäftigten. Dieser Indikator ist damit breiter als die reine Jahresarbeitszeit pro Beschäftigtem und berücksichtigt auch Nichterwerbstätigkeit. Der geschätzte Koeffizient beträgt 0,894. Eine um ein Prozent höhere Ausprägung des Arbeitsvolumens geht im Mittel mit einer um 0,89 Prozent höheren Wirtschaftsleistung einher.

Daraus ergibt sich ein Potenzialraum von rund 36,7 Prozent oder insgesamt rund 1.641 Milliarden Euro an zusätzlicher Wirtschaftsleistung. Dafür wird angenommen, dass Deutschland zum Spitzenreiter in diesem Indikator Südkorea aufschließt, das mit 1.520 Stunden pro Person im erwerbsfähigen Alter ein deutlich höheres Arbeitsvolumen auf als Deutschland mit rund 1.072 Stunden aufweist. Sollte Deutschland zum Best-Practice-Land Estland aufschließen ginge das einher mit einem Wirtschaftswachstum rund 19,9 Prozent.

PISA-Score in Naturwissenschaften
Der PISA-Score in Naturwissenschaften misst die Qualität des Bildungssystems bei den naturwissenschaftlichen Grundkompetenz von 15-Jährigen. Diese Kompetenz ist ein belastbarer Indikator für die langfristige Qualifikation der Erwerbsbevölkerung. Der geschätzte Koeffizient beträgt 0,906. Das bedeutet: Eine um ein Prozent höhere Ausprägung des PISA-Scores geht im Mittel mit einer um 0,91 Prozent höheren Wirtschaftsleistung pro Kopf einher. Dieser Zusammenhang ist der stärkste der drei untersuchten Indikatoren.

Deutschland erzielte im PISA-Test 2025 einen Naturwissenschaftsscore von 486 Punkten. Das führende Land Japan erreicht einen Wert von 538 Punkten. Daraus ergibt sich ein Potenzialraum von rund 9,7 Prozent des BIP pro Kopf oder insgesamt rund 431 Milliarden Euro an zusätzlicher Wirtschaftsleistung. Der Aufschluss zum führenden Land in Europa, Estland, eröffnet einen Potenzialraum von rund 7,6 Prozent.

NEET-Quote
Die NEET-Quote misst den Anteil junger Menschen zwischen 15 und 24 Jahren, die weder in Ausbildung, Beschäftigung noch Training sind. Sie ist ein Frühindikator für verlorenes Humankapital: Wer in dieser Lebensphase keinen Anschluss findet, hat langfristig schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Der geschätzte Koeffizient beträgt −0,013. Das negative Vorzeichen zeigt: Eine höhere NEET-Quote geht mit niedrigerer Wirtschaftsleistung einher.

Deutschland weist eine NEET-Quote von 7,6 Prozent auf. Das führende Land Japan erreicht 3,1 Prozent. Das Delta beträgt dementsprechend −4,4 Prozentpunkte. Daraus ergibt sich ein Potenzialraum von rund 6,0 Prozent oder insgesamt rund 269 Milliarden Euro. Das Best-Practice-Beispielland Estland liegt in diesem Indikator hinter Deutschland, sodass hier kein Potenzialraum entsteht.

Die Ausschöpfung der Potenziale ist als langfristiger Prozess zu verstehen. Bei den PISA-Ergebnissen muss Deutschland zunächst den rückläufigen Trend umkehren. Zwischen 2006 und 2012 war es Deutschland gelungen immerhin um neun Index-Punkte zu wachsen. Bei der NEET-Quote zeigt Estland, dass ein Rückgang auch schnell möglich ist: 2010 lag das Land noch rund vier Prozentpunkte über seinem heutigen Niveau. Verbesserungen bei den Indikatoren können Deutschland auf einen anderen Entwicklungspfad bringen, auf dem sich die Effekte im Laufe der Jahre zunehmend in der Wirtschaftsleistung zeigen.

Die PotenzialraumAnalyse macht sichtbar, welche Größenordnungen im Bereich Demografie und Fachkräfte ökonomisch auf dem Spiel stehen. Sie zeigen auf, was es konkret bedeutet, wenn in Deutschland mehr Vollzeit gearbeitet wird und das Bildungssystem wieder zur internationalen Spitze aufschließt. Der nächste Schritt ist aus den Potenzialräumen umsetzbare Maßnahmen abzuleiten.

4.3 Ableitung von Maßnahmen

Die bisherige Analyse zeigt, wo und wie groß die Potenzialräume im Bereich Demografie und Fachkräfte sind. Sie beantwortet aber noch nicht, wie Deutschland diese Räume konkret erschließen kann. Grundlage für die folgenden Empfehlungen sind die Experteninterviews sowie Analyse zum Arbeitsmarkt und Bildungssystem in Deutschland und Estland. Der Blick auf Estland eröffnet dabei konkrete Lösungen, die sich auf den deutschen Kontext übertragen oder weiterentwickeln lassen.

4.3.1 Flexibilität des Arbeitsmarktes erhöhen und Fehlanreize abbauen

Deutschland hat einen der starrsten Arbeitsmärkte im OECD-Raum. Beschäftigte in den USA wechseln doppelt so häufig den Job, der Übergang in produktivere Bereiche ist dort viel dynamischer (Borowczyk-Martins 2025). Eine Analyse des IAB zeigt zwar, dass die berufliche Mobilität zugenommen hat, aber hauptsächlich in Phasen mit hoher Arbeitskräftenachfrage. In Krisenzeiten ist die Dynamik hingegen geringer (Buhmann und Fitzenberger 2026). Die Expertinnen und Experten im Rahmen dieser Studie empfehlen ein Flexicurity-Modell nach skandinavischem Vorbild (beispielsweise Dänemark), um die Mobilität des Arbeitsmarkts zu erhöhen.

Flexicurity ist ein Kofferwort aus „Flexibility“ und „Security“. Es beschreibt eine Kombination aus vergleichsweise geringem Kündigungsschutz und großzügiger Einkommenssicherung bei Arbeitslosigkeit, verbunden mit aktiver Arbeitsmarktpolitik. Das dänische Modell, welches von den Expertinnen und Experten immer wieder als Vorbild nennen, zeigt: Unternehmen gewinnen Anpassungsfähigkeit in Krisen und Boomphasen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten finanzielle Sicherheit und Weiterbildungsangebote. Gesamtwirtschaftlich entsteht ein dynamischerer Arbeitsmarkt mit effektiverer Allokation von Arbeitskraft. Darüber hinaus kann ein flexiblerer Arbeitsmarkt dazu beitragen, dass Betriebe auch in unsicheren Zeiten eher einstellen und Arbeitslose schneller eine neue Beschäftigung finden. Dadurch kann sich die Zahl der beschäftigten Personen erhöhen und das Arbeitsvolumen je Erwerbsbevölkerung steigen.

Deutschland sollte schrittweise Elemente des Flexicurity-Modells einführen und gleichzeitig die wichtigsten Fehlanreize zur Teilzeit abbauen. Für neue Arbeitsverhältnisse sollten moderatere Kündigungsschutzregelungen gelten, verbunden mit einer Stärkung der Einkommenssicherung bei Arbeitslosigkeit und einem Ausbau aktiver Arbeitsmarktpolitik. Ziel ist es, mehr Bewegung in das System zu bringen: Unternehmen stellen leichter ein, wenn sie wissen, dass sie sich auch anpassen können. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wechseln leichter den Job, wenn sie dabei finanziell abgesichert sind. Damit einher geht eine höhere Produktivität, wie die Forschung zeigt (Borowczyk-Martins 2025). Ein erster Schritt in diese Richtung ist im Reformpaket der Bundesregierung mit dem geringeren Kündigungsschutz für Spitzenverdiener bereits angelegt. Das damit angelegte System sollte auf Dauer ausgebaut werden, um die Flexibilität im Arbeitsmarkt zu erhöhen.

4.3.2 Individuelle Weiterbildungsplattformen aufbauen

Der Strukturwandel durch Digitalisierung und Dekarbonisierung verändert Berufsbilder. Fitzenberger et al. (2024) zeigen, dass die Transformationsprozesse mit veränderten Tätigkeits- und Qualifikationsanforderungen einher gehen. Damit wächst der Aus- und Weiterbildungsbedarf.

Estland hat auf diese Herausforderung eine Antwort entwickelt, indem das Land die Arbeitsagentur weiterentwickelt hat. Diese ist eine integrierte digitale Plattform für Berufsberatung, Kompetenzentwicklung und Vermittlung und zugänglich für Arbeitslose, Beschäftigte und Zugewanderte gleichermaßen. Die OECD-Studie zur Governance von Kompetenzsystemen benennt Estland explizit als eines von sechs Ländern, das bei der Steuerung von Kompetenzsystemen Maßstäbe setzt. Entscheidend ist dabei die Vernetzung von Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Industriepolitik in einem kohärenten System (OECD 2020b).

Deutschland sollte eine nationale digitale Weiterbildungsplattform aufbauen, die individuelle Kompetenzprofile, Berufsberatung und Kursangebote in einem System bündelt. Vorbild ist das estnische Modell der *Töötukassa*: eine Plattform, die nicht nur für Arbeitslose, sondern für alle Erwerbstätigen zugänglich ist und präventiv wirkt, bevor Qualifikationslücken entstehen.

Auf dieser Plattform sollte jede erwerbstätige Person ein digitales Kompetenzprofil erhalten, das vorhandene Qualifikationen, Berufserfahrungen und Weiterbildungen dokumentiert. Dieses Profil ist die Grundlage für personalisierte Kursempfehlungen und gezielte Beratung. Es gehört der Person und begleitet sie über Jobwechsel und Lebensphasen hinweg.

Zudem sollten Beratung, Vermittlung und Qualifizierung stärker verknüpft werden. Die Plattform sollte nicht nur Kurse anbieten, sondern aktiv beraten: Welche Qualifikationen sind in meiner Branche gefragt? Wo gibt es Engpässe? Welche Weiterbildung lohnt sich für meinen nächsten Schritt? Daran angeschlossen sollte auch die Bundesagentur für Arbeit weiterentwickelt werden, indem sie enger mit Unternehmen zusammenarbeitet, um Qualifikationsbedarfe frühzeitig zu identifizieren.

5. Investitionen: Unternehmerische Freiheit für mehr Wachstum

Investitionen sind der materielle Unterbau des Wachstums. Sie entscheiden darüber, ob eine Volkswirtschaft ihre Produktionskapazitäten erweitert, ihre Infrastruktur modernisiert, neue Technologien in die Breite bringt und neue Maschinen und Anlagen erwirbt. Im internationalen Wettbewerb um Investitionen verliert Deutschland jedoch in den letzten Jahren an Attraktivität. Unternehmensdaten zeigen eine wachsende Verlagerungstendenz. In einer DIHK-Sonderauswertung planen 2026 bereits 43 Prozent der Industriebetriebe Investitionen außerhalb Deutschlands. Die DIHK spricht von sinkender Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und einem Vertrauensverlust in die Rahmenbedingungen. Auch die ausländischen Investitionen in Form von FDI sind in den letzten Jahren rückläufig (s. Kapitel 7.1).

Die Bundesregierung verknüpft Investitionen dabei explizit mit Wettbewerbsfähigkeit. Sie betont, Deutschlands Wirtschaft müsse wieder zukunfts- und wettbewerbsfähig werden. Im Jahreswirtschaftsbericht 2026 verweist sie auf Belastungen wie hohe Energiekosten, einen Investitionsstau bei der Infrastruktur und bürokratische Hürden (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) 2026). Dies sind auch die Faktoren, die Unternehmen bei Investitionsentscheidungen in Deutschland als Hinderungsgrund nennen: In einer aktuellen Befragung nennen 77 Prozent hohe Arbeitskosten als Grund gegen Investitionen, 69 Prozent Regulierung und 65 Prozent Energiekosten (Bardt et al. 2026).

Dabei sind in Zeiten der Transformation Investitionen dringend notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu erhalten. Allein für die Transformation der Industrie sind 1,4 Billionen Euro Investitionen bis 2030 notwendig (BCG et al. 2024). Dabei wirken private und öffentliche Investitionen über unterschiedliche Kanäle. Private Investitionen – also Ausgaben von Unternehmen in Maschinen, Anlagen und digitale Infrastruktur – treiben Produktivität und damit die Wettbewerbsfähigkeit unmittelbar voran. Öffentliche Investitionen schaffen die Voraussetzungen, unter denen private Investitionen getätigt werden. Dazu zählen verlässliche Verkehrswege, eine stabile Energieversorgung, leistungsfähige digitale Netze oder Bildungsinfrastruktur.

Vor diesem Hintergrund gibt es bereits mehrere Initiativen der Bundesregierung, die den Investitionsstandort wieder wettbewerbsfähiger machen sollen. Dazu zählen unter anderem das Sondervermögen Infrastruktur und eine Unternehmenssteuerreform.

5.1 Deutschland im Vergleich mit der Schweiz

Im Folgenden wird der deutsche Investitionsstandort mit dem der Schweiz verglichen. Die Schweiz hat sowohl bei den privaten als auch bei den öffentlichen Investitionen eine höhere Quote gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Dabei wirtschaftet die Schweiz unter schwierigen Bedingungen. Der Schweizer Franken ist eine der stärksten Währungen der Welt. Er verteuert Exporte und erzeugt permanenten Kostendruck auf die Unternehmen. Dennoch oder gerade deshalb hat die Schweiz eine außergewöhnlich wettbewerbsfähige Wirtschaft aufgebaut. Im IMD Competitivness Ranking liegt die Schweiz auf Platz 3 während Deutschland lediglich auf Platz 23 liegt (IMD 2026). Auch bei der Industrieproduktion zeigt sich die höhere Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz: Während in Deutschland die Industrieproduktion seit 2015 um rund 7 Prozent zurückgegangen ist, ist sie in der Schweiz um rund 32 Prozent angestiegen, wie Zahlen der OECD zeigen (OECD 2026d).

Im folgenden werden die Investitionsbedingungen Deutschlands und der Schweiz anhand von drei zentralen Indikatoren untersucht:

- Die privaten Bruttoanlageinvestitionen erfassen die Investitionen von Unternehmen in Maschinen, Anlagen, Gebäude und digitale Infrastruktur. Sie zeigen, in welchem Umfang Unternehmen ihre Produktionskapazitäten erweitern, bestehende Anlagen modernisieren und neue Technologien in die betriebliche Praxis überführen.

- Die öffentlichen Bruttoanlageinvestitionen bilden die staatlichen Investitionen in Infrastruktur und öffentliche Einrichtungen ab. Dazu zählen unter anderem Verkehrswege, digitale Netze oder Schulen. Öffentliche Investitionen schaffen die

Voraussetzungen für private Wertschöpfung. Sie verbessern die Erreichbarkeit von Standorten und erhöhen die Leistungsfähigkeit von Netzen.

- Der Industriestrompreis steht für einen zentralen Bestandteil der Standortkosten. Er ist insbesondere für energieintensive Unternehmen von Bedeutung, bei denen Strom einen erheblichen Anteil der Produktionskosten ausmacht. Ein hoher Industriestrompreis kann die Wettbewerbsfähigkeit unmittelbar schwächen und Investitionen in neue Anlagen oder klimaneutrale Produktionsverfahren bremsen.

Investitionen in Deutschland: Rückstand auf breiter Front

Die Höhe der privaten Bruttoanlageinvestitionen, also Investitionen von Unternehmen in Maschinen, Anlagen, Gebäude und digitale Infrastruktur, sind ein zentraler Indikator für die Dynamik einer Volkswirtschaft und wie sie sich für die Zukunft aufstellt. Deutschland liegt hier im internationalen Vergleich klar zurück. Mit rund 11,4 Prozent des BIP erreicht Deutschland nur Rang 26 von 38. Spitzenreiter China liegt bei 24,7 Prozent, die Schweiz bei 19,2 Prozent (Abbildung 5-1).

Die Entwicklung zeigt einen leicht zurückgehenden Trend: Die Investitionen sind in den letzten Jahren durchgehend unter ihrem Niveau von 2019 geblieben.

Ein ähnliches Bild zeigt aber auch bei der Schweiz, aber auf einem höheren Niveau.

Auch die Perspektive deutet nicht auf eine baldige Verbesserung hin: Eine Befragung im Rahmen des Zukunftspanels aus dem Herbst 2025 zeigt, dass nur noch rund die Hälfte der Industrieunternehmen plant bis Ende 2026 Erhalt- oder Ersatzinvestitionen zu tätigen. Das ist ein Rückgang von rund 15 Prozentpunkte innerhalb eines Jahres (Bolwin et al. 2025). Nur noch ein Viertel der Unternehmen plant zudem Neuinvestitionen in Erweiterungen, Forschung und Entwicklung. Dabei ist der Bedarf an privaten Investitionen in Deutschland riesig. Die Unternehmen müssten bis 2030 rund 1,4 Billionen Euro investieren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und die Klimaziele zu erreichen (BCG et al. 2024).

Wo die Herausforderung in Deutschland liegt – Einordnung der Expertinnen und Experten

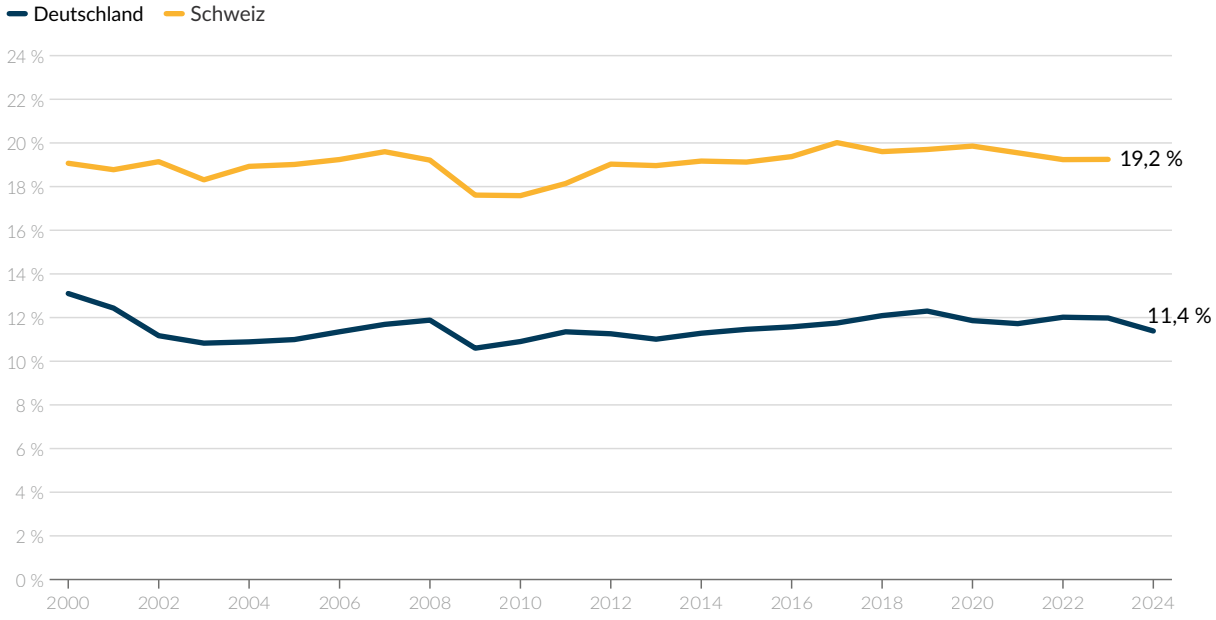
Die Expertinnen und Experten beschreiben eine wachsende Investitionszurückhaltung und sehen dies als Folge einer wahrgenommenen Unsicherheit über das Wirtschaftsmodell Deutschland und damit verbundene Investitionshemmnisse.

Hinzu kommen laut den Expertinnen und Experten hohe Standortkosten sowie regulatorische Risiken als

ABBILDUNG 5-1

Unternehmensinvestitionen

Dargestellt sind Bruttoinvestitionen von Unternehmen (in konstanten USD von 2015) in Prozent des BIP.



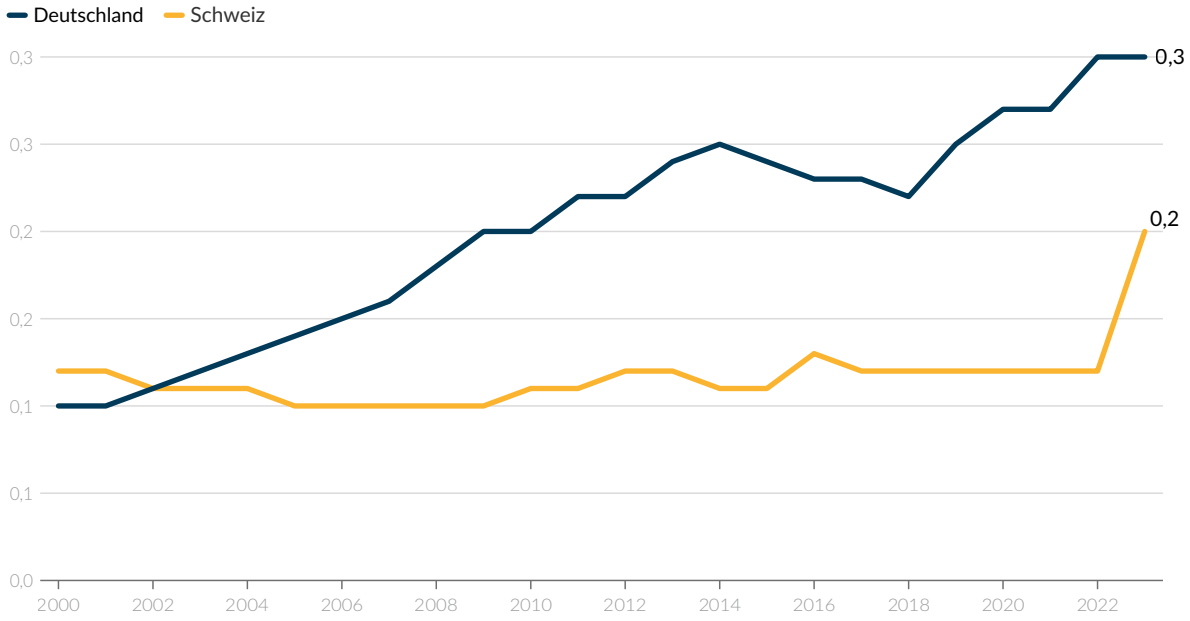
Quelle: eigene Berechnungen basierend auf OECD (2026i) und Weltbank (2026a)

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 5-2

Industriestrompreis

Dargestellt ist der Industriestrompreis in USD/kWh.



Quelle: OECD (2025b)

BertelsmannStiftung

Gründe für die Investitionszurückhaltung. Eine Befragung unter Unternehmen in Deutschland, in der die hohen Kosten, dazu zählen Arbeitskosten (77 Prozent der Unternehmen nennen dies als Grund), Energiekosten (65 Prozent) sowie Steuern (66 Prozent) als zentraler Grund gegen Investitionen in Deutschland genannt werden, bestätigt diese Einschätzung (Bardt et al. 2026).

Eine Facette dieser hohen Standortkosten ist der Industriestrompreis. Deutschland gehört zu den Ländern mit den höchsten Industriestrompreisen weltweit. Seit Beginn des Jahrtausends ist der Industriestrompreis von 0,1 US-Dollar auf 0,3 US-Dollar pro Kilowattstunde angestiegen (Abbildung 5-2). Die Expertinnen und Experten sehen in den hohen Strompreisen einen sichtbaren Ausdruck der hohen Standortkosten in Deutschland. Gerade für energieintensive Industrien werden Investitionen in Deutschland damit unattraktiv gemacht. Das zeigt sich auch in der Entwicklung der Wertschöpfung der Branche: In energieintensiven Branchen ist die Wertschöpfung seit 2015 um 25 Prozent zurückgegangen, während sie im sonstigen Verarbeitenden Gewerbe in der gleichen Zeit um 8 Prozent angestiegen ist (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2026b).

69 Prozent der Unternehmen nennen in der Unternehmensbefragung die Regulierung als Grund gegen Investitionen in Deutschland. Auch die Expertinnen und Experten sehen hier einen Grund für die Investitionszurückhaltung. Insbesondere kann überspezifische ex-ante-Regulierung, als Beispiel wird hier der Bereich Künstliche Intelligenz genannt, Investitionen bereits im Vorfeld abwürgen.

Was die Schweiz besser macht – Einordnung der Expertinnen und Experten

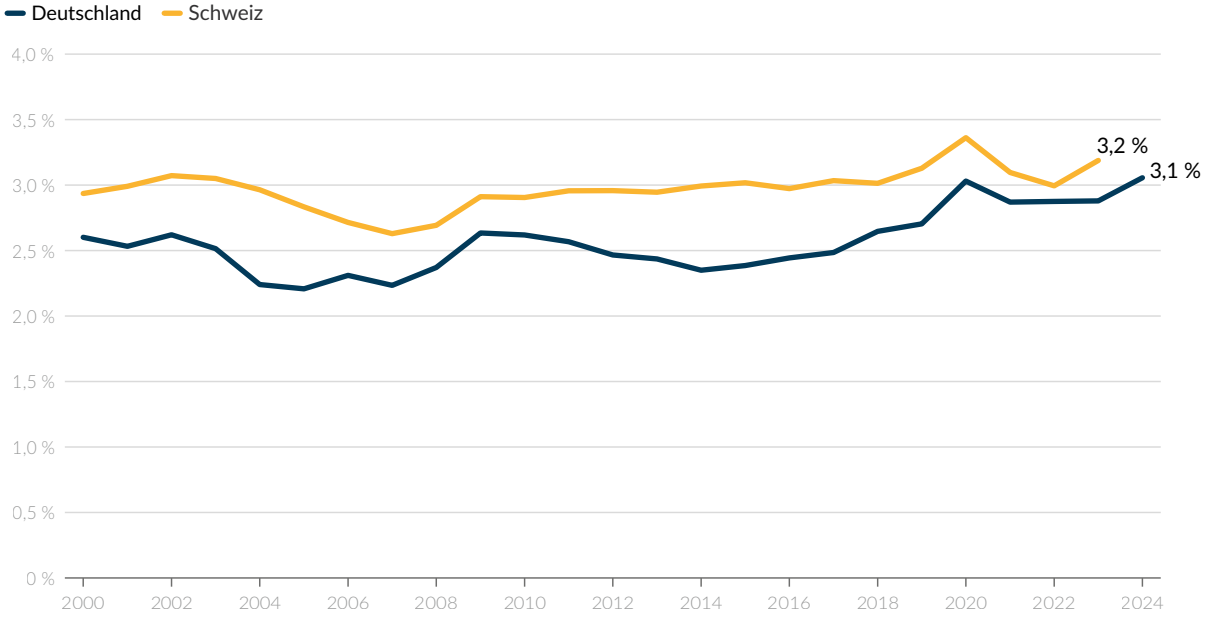
Deutlich positiver stellt sich das Bild im Nachbarland Schweiz dar. Die Attraktivität als Investitionsstandort beruht aus Sicht der Expertinnen und Experten auf einem Zusammenspiel von institutioneller Stabilität, fiskalischer Disziplin, einem weltweit führenden Innovationsökosystem und einer erstklassigen Infrastruktur.

Ähnlich wie in Deutschland sind viele Schweizer Unternehmen hoch spezialisierte „Hidden Champions», also Weltmarktführer in bestimmten Nischen. Die Expertinnen und Experten beschreiben eine Wirtschaft, die kontinuierlich in die Modernisierung investiert, weil der Wettbewerbsdruck, unter anderem durch die Währungsstärke, keine Alternative lässt. Wie die Expertinnen und Experten in den Interviews erläutern, nutzt die Schweiz den starken Franken als Innovationsdruck. Unternehmen werden bewusst dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt.

ABBILDUNG 5-3

Höhe der öffentlichen Investitionen

Dargestellt sind Bruttoinvestitionen des Staates (konstante USD-Preise von 2015) in Prozent des BIP.



Quelle: OECD (2026i)

BertelsmannStiftung

Ein zentraler Faktor für die hohe Attraktivität als Investitionsstandort ist die institutionelle und politische Stabilität. Das politische System der Schweiz bietet eine außergewöhnliche Vorhersehbarkeit, die als strategisches Gut für langfristige Kapitalanlagen geschätzt wird. Die direkte Demokratie, die in der Schweiz praktiziert wird, verleiht politischen Entscheidungen eine breite gesellschaftliche Legitimation und reduziert politische Volatilität. Das Vertrauen in die Regierung liegt in der Schweiz deutlich über dem OECD-Durchschnitt (OECD 2024).

Neben der hohen Planungssicherheit ist das regulatorische Umfeld in der Schweiz unternehmensfreundlich. Die Schweiz verfolgt einen prinzipienbasierten Regulierungsansatz: Statt starrer Vorschriften setzt die Gesetzgebung auf allgemeine Grundsätze, die Unternehmen den notwendigen Spielraum für Innovationen lassen (State Secretaruat for International Finance SIF 2026). Auch das Steuersystem macht das Land sowohl für Unternehmen als auch Fachkräfte attraktiv. So hat die Schweiz im Hinblick auf die Abgabe auf Löhne und Gehälter die fünftniedrigste Abgabenquote unter den OECD-Ländern, während Deutschland die zweihöchste besitzt (OECD 2026g). Zudem gibt es einen steuerlichen Wettbewerb zwischen den Kantonen um die Attraktivität als Standort für die Unternehmen. Im Kanton Zug liegt der effektive Steuersatz für Unternehmen bei rund 11,7 Prozent, während er in Bern bei 20,5 Prozent liegt. In Deutschland liegt der Wert bei 20, 3 Prozent (PwC 2026).

Höhe der öffentlichen Investitionen: Schweiz trotz Schuldenbremse vor Deutschland

Bei der Höhe der öffentlichen Investitionen liegt Deutschland mit einem Anteil von 3,1 Prozent am BIP lediglich auf Platz 30 von 39 unter den OECD-Ländern. Nach einem Rückgang in den 2010er Jahren ist der Anteil damit in den letzten Jahren wieder leicht angestiegen. Der Anteil liegt jedoch durchgehend unter dem Niveau der Schweiz. Die Schweiz liegt bei rund 3,2 Prozent am aktuellen Rand.

Wo die Herausforderung in Deutschland liegt – Einordnung der Expertinnen und Experten

Durch die angespannte Haushaltssituation sind Investitionen die „erste Kürzungsmasse“, wie die Expertinnen und Experten es formulieren. Besonders die Kommunen mit vielen Pflichtaufgaben und angespannten Haushalten kürzen zuerst dort, wo keine gesetzliche Verpflichtung besteht. Das ist häufig bei Investitionen in Schulen, Straßen und digitale Infrastruktur. Laut KfW-Kommunalpanel liegt der wahrgenommene Investitionsrückstand deutscher Kommunen auf dem Rekordwert von rund 231,2 Milliarden Euro (KfW Research 2026).

Hinzu kommt ein Investitionsstau von Seiten der öffentlichen Hand, der die Wirtschaft zunehmend belastet. Bis 2034 gibt es laut Schätzungen des IW und des IMK zusätzliche öffentliche Investitionsbedarfe von mehr als 600 Milliarden Euro (Dullien et al. 2024). Rund die Hälfte davon fehlt bei der Infrastruktur, sowohl auf kommunaler als auch auf überregionaler Ebene. Der durch diese Investitionslücke resultierende, schlechte Zustand der Infrastruktur belastet zunehmen die Wirtschaft. 84 Prozent der deutschen Unternehmen sehen in der schlechten Verkehrsinfrastruktur eine wirtschaftliche Belastung (Puls und Schmitz 2025).

Das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes in Höhe von 500 Milliarden Euro soll dazu beitragen, diese Lücke zu schließen. Positiv ist dabei der lange Zeithorizont bis 2036, der laut den Expertinnen und Experten Planungssicherheit schafft und damit den Kapazitätsaufbau bei ausführenden Unternehmen ermöglicht. Dennoch reicht es nach Einschätzung der Expertinnen und Experten nicht aus: Planungs- und Genehmigungsprozesse bleiben zentrale Engpässe.

Was die Schweiz besser macht – Einordnung der Expertinnen und Experten

In der Schweiz sind die öffentlichen Investitionen gemessen als Anteil am BIP zwar nur geringfügig höher als in Deutschland. Dennoch ist die öffentliche Infrastruktur ein weiterer wichtiger Standortfaktor, mit dem die Schweiz punkten kann. Hier hat das Land eine Antwort auf das Problem der Kurzfristigkeit gefunden. Öffentliche Mittel werden zunächst in zweckgebundenen Fonds aufgebaut, „vorreserviert", wie die Expertinnen und Experten es beschreiben, und dann planvoll verausgabt. Die beiden zentralen Säulen dieses Systems sind der Bahninfrastrukturfonds (BIF) und der Nationalstraßen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF). Beide Fonds sind rechtlich verselbstständigt und in der Bundesverfassung verankert. Der BIF deckt dabei nicht nur den Neu- und Ausbau, sondern auch den Betrieb und den Substanzerhalt des gesamten Schienennetzes ab. Der NAF sichert die Finanzierung der Nationalstraßen sowie der Bundesbeiträge an Verkehrsprojekte in Städten und Agglomerationen. Dieser Fonds ist vollständig nutzerfinanziert über Mineralölsteuer, Autobahnvignette und Automobilsteuer. Beide Fonds entkoppeln die Infrastrukturfinanzierung von kurzfristigen politischen Prioritäten und jährlichen Budgetverhandlungen. Dadurch entstehen kontinuierliche Geldflüsse in die Modernisierung der Infrastruktur und hohe Planungssicherheit für Bauunternehmen und Kommunen. Ergänzt wird dieses System durch das Strategische Entwicklungsprogramm (STEP) Nationalstraßen, das eine langfristige, koordinierte Netzentwicklung sicherstellt.

Seit 2003 gilt in der Schweiz zudem eine Schuldenbremse. Die Schuldenquote liegt bei rund 41 Prozent des BIP, im OECD-Durchschnitt liegt der Wert bei 108,9 Prozent (OECD 2026c). Auch die Staatsquote liegt gerade einmal bei 31,5 Prozent, während sie im EU-Durchschnitt bei 48,3 Prozent liegt. Aus Sicht der Expertinnen und Experten führt die Schuldenbremse zu überlegten Ausgaben. Einer der Experten führt aus, dass staatliche Interventionen in der Schweiz nur bei Erfüllung der „3T"erfolgen. Sie müssen *temporary* (befristet), *targeted* (zielgerichtet) und *timely* (rechtzeitig) sein. In Krisen wie der Pandemie hat sich die Schweiz als äußerst widerstandsfähig erwiesen, auch weil der fiskalische Spielraum für Unterstützungsmaßnahmen vorhanden war.

Die Analyse zeigt: Deutschland hat im internationalen Standortwettbewerb in den letzten Jahren an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Unternehmen investieren zu oft nur noch in Ersatz statt in Erneuerung. Hohe Standortkosten und regulatorische Komplexität bremsen Investitionsentscheidungen.

Der internationale Vergleich zeigt, dass ein investitionsfreundlicher Standort vor allem durch Stabilität und Verlässlichkeit entsteht. Die Schweiz ist hier ein praktischer Referenzpunkt. Welches Potenzial für Deutschland entsteht, wenn der Standort wieder an Attraktivität für Investitionen gewinnt und Unternehmen in moderne Anlagen und neue Produktionskapazitäten investieren, zeigt die folgende Potenzialraumschätzung.

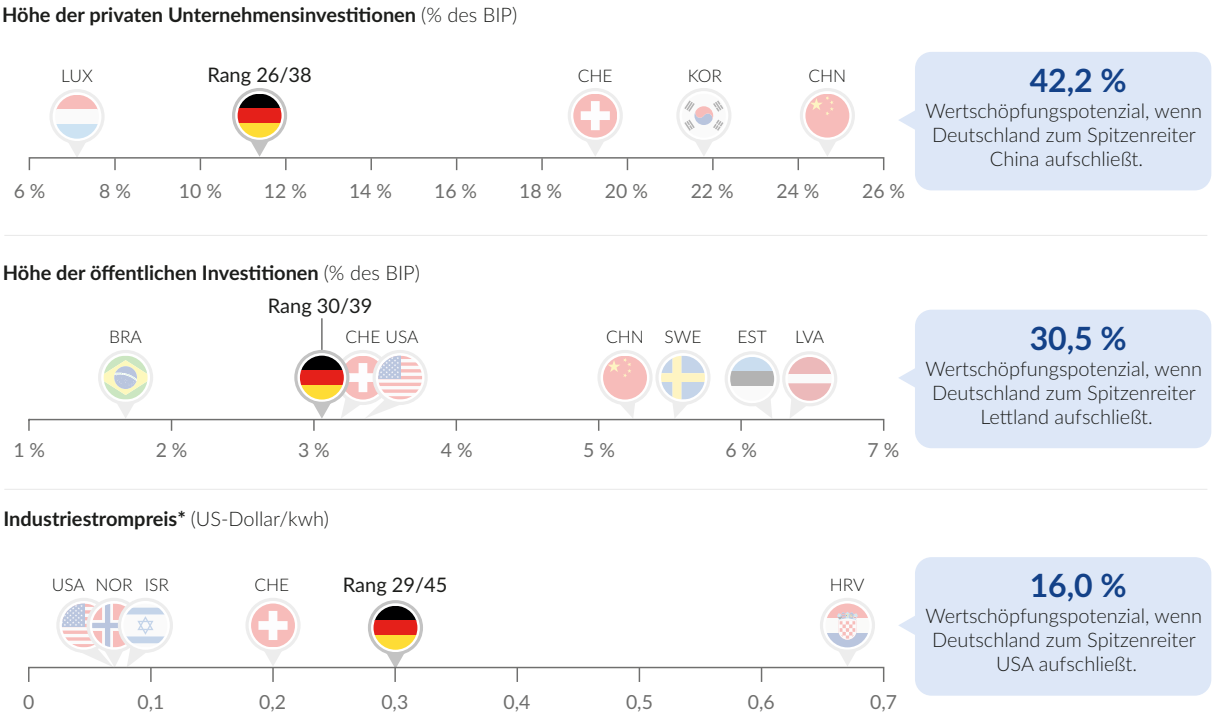
5.2 Der Potenzialraum durch höhere Investitionen

Die vorherigen Analysen zeigen, dass Deutschland im Bereich der Investitionen deutliches Aufholpotenzial zu anderen OECD-Ländern aufweist. Im Folgenden werden die Potenzialräume quantifiziert, die in den Bereichen private und öffentliche Investitionen sowie beim Industriestrompreis als ein Aspekt der Standortkosten liegen.

ABBILDUNG 5-4

Investitionen und moderne Infrastruktur – Potenzialräume für Deutschland

Dargestellt sind die betrachteten Indikatoren sowie die Position Deutschlands im Ländervergleich (inkl. Top-3-Länder) und das Best-Practice-Land Schweiz. Der Potenzialraum weist das mögliche Wertschöpfungswachstum aus, das sich ergäbe, wenn Deutschland in jedem Indikator zum jeweiligen Spitzenreiter aufschließt.



Quelle: eigene Darstellung und Schätzung auf Basis von OECD-Daten. * in 2020 USD-PPP. Flaggen: © Porcupen – stock.adobe.com | BertelsmannStiftung

Höhe der privaten Unternehmensinvestitionen

Der Koeffizient der privaten Unternehmensinvestitionen in der ökonometrischen Schätzung beträgt 0,455. Er ist der größte der drei Investitionsindikatoren. Inhaltlich bedeutet das: Eine um ein Prozent höhere Ausprägung der privaten Investitionen geht im Mittel mit einer um 0,455 Prozent höheren Wirtschaftsleistung einher. Private Investitionen sind damit der wirksamste Hebel unter den drei betrachteten Indikatoren.

Spitzenreiter bei den privaten Bruttoanlageinvestitionen ist China. Hier liegt Deutschland bei 11,4 Prozent des BIP, China bei 24,7 Prozent. Würde Deutschland diesen Abstand schließen, ergäbe sich ein Wachstum von rund 42,2 Prozent, was rund 1.887 Milliarden Euro entspricht.[7] Ein Aufschließen zum Best-Practice-Land Schweiz ist mit einem Potenzialraum von rund 27 Prozent verbunden.

Höhe der öffentlichen Investitionen

Der Koeffizient der öffentlichen Bruttoanlageinvestitionen beträgt 0,365. Er liegt unter dem der privaten Investitionen, ist aber weiterhin substanziell. Eine um ein Prozent höhere Ausprägung der staatlichen Investitionen geht im Mittel mit einer um 0,365 Prozent höheren Wirtschaftsleistung einher.

Auch hier ist China der absolute Spitzenreiter. Auf Basis der Investitionsquote liegt Deutschland bei 3,1 Prozent des BIP, China bei 5,2 Prozent. Würde Deutschland diesen Abstand schließen, ergäbe sich ein Potenzialraum von rund 24,6 Prozent und einem gesamtwirtschaftlichen Potenzial von rund 1.100 Milliarden Euro. Ein Aufschließen zum relativen Spitzenreiter Lettland eröffnet einen Potenzialraum von 30,5 Prozent bzw. 1.364 Milliarden Euro. Weniger groß ist der Abstand zum Best-Practice-Land Schweiz, das bei 3,2 Prozent des BIP bei den öffentlichen Investitionen

7 Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass das chinesische Niveau zum Teil durch starke staatliche Steuerung ermöglicht wird und in einzelnen Branchen zu erheblichen Überkapazitäten führt, die teilweise zu subventionierten Preisen auf den Weltmärkten angeboten werden. Eine entsprechend hohe Investitionsquote setzt zudem eine hohe gesamtwirtschaftliche Sparquote voraus, deren deutliche Steigerung in einer alternden Gesellschaft wie Deutschland nur schwer erreichbar erscheint. Jedoch zeigt auch eine Annäherung an Südkorea als zweitplatziertem Land einen ebenfalls ambitionierten Potenzialraum von rund 1,5 Billionen Euro.

liegt. Ein Aufschließen zur Schweiz ginge einher mit einem Wirtschaftswachstum von rund 1,6 Prozent.

Industriestrompreis
Der Koeffizient des Industriestrompreises beträgt –0,100. Das negative Vorzeichen ist erwartungsgemäß: Ein höherer Strompreis geht mit einer niedrigeren Wirtschaftsleistung einher. Eine um ein Prozent höhere Ausprägung des Industriestrompreises ist im Mittel mit einer um 0,10 Prozent niedrigeren Wirtschaftsleistung verbunden.

Spitzenreiter – also das Land mit dem niedrigsten Industriestrompreis – sind die USA. Deutschland liegt mit einem Preis von 0,3 USD/kWh über dem US-Wert von 0,07 USD/kWh.[8] In der Kombination ergibt sich ein Potenzialraum von rund 16 Prozent und ein gesamtwirtschaftliches Potenzial von rund 713 Milliarden Euro. Auch im Best-Practice-Land Schweiz liegt der Strompreis mit 0,2 USD/kWh unter dem Deutschlands. Würde Deutschlands Industriestrompreis auf dieses Niveau sinken, ginge das einher mit einem Anstieg der Wertschöpfung bis zu 4,2 Prozent.

Die Ausschöpfung der Potenziale im Bereich Investitionen und Infrastruktur ist ebenfalls als mehrjähriger Prozess zu verstehen. Das Sondervermögen wird in den kommenden Jahren zusätzliche öffentliche Investitionen ermöglichen und damit zunächst einen Wachstumsimpuls geben. Dies kann auch dazu beitragen, die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen, um mittel- und langfristig private Investitionen anzureizen. Gelingt dies, kann Deutschland schrittweise auf einen anderen Wachstumspfad gelangen. Die wirtschaftlichen Effekte werden sich dann im Laufe der Zeit zunehmend im Pro-Kopf-BIP zeigen.

Die Potenzialraumschätzung übersetzt die aktuelle Standortdiskussion in Größenordnungen. Sie zeigt, was passiert, wenn der Standort Deutschland so attraktiv wird, dass die privaten Investitionen wieder auf ein internationales Spitzenniveau kommen und das Sondervermögen Infrastruktur dazu beiträgt, die öffentliche Infrastruktur wieder zu verbessern, indem es für zusätzliche Investitionen eingesetzt wird.

Die Größenordnung zeigt, dass die Diskussion um den Investitionsstandort keine kleine Stellschraube ist. Es geht um die Frage, ob sich Investitionen wieder rechnen und ob sie schnell genug umgesetzt werden können. Sie zeigen, was Reformen in diesem Bereich anstoßen können.

5.3 Ableitung von Maßnahmen

Im Folgenden werden aus der Analyse und den Expertengesprächen abgeleitete Maßnahmen vorgestellt, die dazu beitragen können, die dargestellten Potenzialräume im Bereich Investitionen zu erschließen, indem die Attraktivität des Standorts Deutschland erhöht wird.

5.3.1 Klare Standortstory für Zukunftsbranchen entwickeln

Die Expertinnen und Experten betonen, dass Planungssicherheit entscheidend für Investitionen ist. Wer in Deutschland investieren will, möchte wissen, in welche Richtung sich das Land entwickelt, welche Branchen politisch gewollt sind und welche Rahmenbedingungen langfristig gelten. Diese Klarheit fehlt derzeit.

Es fehlt ein klares, nach innen wie außen kommunizierbares Bild, wofür Deutschland als Wirtschaftsstandort in 10–15 Jahren steht. Investoren und Partnerländer brauchen eine klare, glaubwürdige Vision, wohin sich Deutschland entwickeln möchte und die Überzeugung, dass Deutschland Transformation kann. Auf Basis der Hightech Agenda sollten das Forschungs- und Wirtschaftsministerium gemeinsam ein „Standort-Narrativ 2035“ entwickeln: ein kompaktes, faktenbasiertes Kommunikationsdokument, das für jede der Schlüsseltechnologien beantwortet:

- Was kann Deutschland/Europa besser als andere?
- Welche konkreten Angebote gibt es für Investoren (Flächen, Förderung, Talente)?
- Welche Leitmärkte entstehen hier?

Die Standortstory muss möglichst konkret sein und verschiedene Akteure und Verbände hinter sich versammeln, um Glaubwürdigkeit und langfristige Gültigkeit zu vermitteln. Dazu gehören auch verbindliche, langfristige Zusagen und institutionelle Verankerung von Maßnahmen und Förderprogrammen, wie beispielsweise eine langfristige Finanzierung von

8 Zur besseren Vergleichbarkeit wurden in der Analyse OECD-Daten verwendet, die international kaufkraftbereinigt (PPP) und in konstanten 2020 USD ausgewiesen sind. Das letzte verfügbare Datenjahr ist 2024.

Infrastruktur (s. Kapitel 5.3.2). Die Programme müssen über Legislaturperioden hinweg Bestand haben, damit Unternehmen ihre Investitionsentscheidungen auf eine belastbare Grundlage stellen können. Deutschland braucht eine vergleichbare Erzählung wie die Schweiz, die als unternehmensfreundlicher, stabiler und innovativer Standort gilt.

5.3.2 Langfristige Investitionsfonds für Infrastruktur aufbauen

Das zentrale Strukturproblem der deutschen Investitionspolitik ist die Kurzfristigkeit der Finanzierung. Investitionen konkurrieren jährlich mit Konsumausgaben um knappe Haushaltsmittel und verhindern so Planungssicherheit bei den ausführenden Gewerken. Das Schweizer Modell zeigt, wie dieser Mechanismus durchbrochen werden kann. Der Bahninfrastrukturfonds (BIF) und der Nationalstraßen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) sind rechtlich verselbstständigt und in der Bundesverfassung verankert. Sie speisen sich aus zweckgebundenen Einnahmen (Mineralölsteuern, Schwerverkehrsabgaben, Mehrwertsteueranteilen) und sind damit von jährlichen Budgetverhandlungen entkoppelt. Das Ergebnis sind kontinuierliche, planbare Mittelflüsse in die Infrastruktur.

Deutschland sollte Investitionsfonds für Infrastruktur nach Schweizer Vorbild aufbauen, die rechtlich verselbstständigt, mit zweckgebundenen Einnahmen und mehrjährigen Planungshorizonten sind. Das bedeutet, dass zunächst Mittel für Infrastrukturinvestitionen vorreserviert, rechtlich gesichert und von jährlichen Haushaltsentscheidungen entkoppelt werden sollten. Vorbild ist der Schweizer BIF: Er speist sich aus definierten Einnahmequellen und schüttet Mittel nach festgelegten Kriterien aus. Für Deutschland kämen zweckgebundene Anteile aus Energieabgaben, Mauteinnahmen oder CO2-Bepreisung als Finanzierungsquellen in Frage. Ein solcher Fonds schafft Planungssicherheit und macht Investitionen kalkulierbar über Legislaturperioden hinaus. Die Bodewig-Kommission hat einen ähnlichen Vorschlag bereits 2013 im Auftrag der Verkehrsministerkonferenz entwickelt (Verkehrsministerkonferenz 2013).

Gleichzeitig sollten Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter beschleunigt werden. Die Expertinnen und Experten bescheinigen hier erste Fortschritte. Beispiele wie der Bau von LNG-Terminals zeigen auch, dass schnelle Umsetzung möglich ist, wenn der politische Wille vorhanden ist. Diese Beispiele müssen zur Regel werden, indem Verfahren weiter standardisiert werden und es rechtliche Rückendeckung für Entscheidungsträger, die schnell handeln, gibt.

5.3.3 Unternehmerische Freiheit stärken

Die empirische Forschung zeigt, dass unternehmerische Freiheit mit mehr Investitionen einhergeht. Beispielsweise zeigen Gwartney und Lawson (2006) auf Basis des Fraser-Index der wirtschaftlichen Freiheit, dass Länder mit stärker ausgeprägter unternehmerischer Freiheit systematisch höhere Investitionsquoten und stärkeres Wachstum aufweisen. Nicoletti und Scarpetta (2003) kommen für OECD-Länder zu einem ähnlichen Befund: Produktmarktregulierung, die Markteintritt und unternehmerisches Handeln einschränkt, dämpft private Investitionen messbar.

Die Schweiz verkörpert dieses Prinzip institutionell. Der prinzipienbasierte Regulierungsansatz, das heißt allgemeine Grundsätze statt detaillierter Vorschriften, gibt Unternehmen den Spielraum, den sie für Investitionsentscheidungen brauchen. Hinzu kommt ein föderaler Wettbewerb der Kantone, der regulatorische Experimente ermöglicht.

Deutschland sollte zur Stärkung der privaten Investitionen ein verbindliches **Regulierungsmoratorium für Unternehmensinvestitionen** einführen. Das bedeutet: Für einen definierten Zeitraum von fünf Jahren dürfen für Investitionsvorhaben in festgelegten Zukunftsbranchen, etwa Energiewende, KI-Infrastruktur, Halbleiter und Biotechnologie, keine neuen ex-ante-Genehmigungspflichten eingeführt werden. Bestehende Genehmigungspflichten werden auf ihre Notwendigkeit geprüft und, wo möglich, durch nachgelagerte Kontrolle ersetzt: Statt Vorabgenehmigung gilt das Prinzip „Haftung rauf, Kontrolle runter“. Unternehmen handeln eigenverantwortlich, tragen aber auch die Konsequenzen bei Verstößen. Dieses Moratorium schafft Rechtssicherheit: Unternehmen wissen für fünf Jahre, unter welchen Bedingungen sie investieren.

6. Bürokratie und Steuersystem: Anreizlogik für staatliche Effizienz

Die Analyse des Investitionsstandorts Deutschland und der Rahmenbedingungen zeigt, wie stark eine Verbesserung zentraler Standortfaktoren für Deutschlands künftige Wettbewerbsfähigkeit ist. Wiederkehrende Punkte in dieser Diskussion sind die Bürokratiekosten und steuerlichen Rahmenbedingungen.

Rund 80 Prozent der Unternehmen in Deutschland beklagen wachsende Bürokratielasten (Diermeier und Bergmann 2026). Der im Herbst 2025 veröffentlichte Jahresbericht des Nationalen Normenkontrollrats beziffert die laufenden jährlichen Bürokratiekosten für die deutsche Wirtschaft auf circa 64 Milliarden Euro. Der durch Bundesgesetze und -verordnungen zusätzlich verursachte Erfüllungsaufwand ist seit 2011 um 16,8 Milliarden Euro angestiegen (Normenkontrollrat 2025). Das ifo Institut (2024) beziffert die entgangene Wirtschaftsleistung durch Bürokratie in Deutschland auf 146 Milliarden Euro pro Jahr.

Die Bundesregierung hat dem Thema mit dem Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung ein eigenes Ressort geschaffen. Der zuständige Bundesminister Karsten Wildberger beschreibt seinen Auftrag als „ein Motor für konkrete, sichtbare Fortschritte bei der Digitalisierung und eine moderne, handlungsfähige Verwaltung“ (Bundesregierung 2025a).

Das folgende Kapitel analysiert den Status quo in Deutschland und vergleicht ihn mit dem Best-Practice-Land Kanada. Anschließend wird der Potenzialraum abgeleitet, also wie viel zusätzliche wirtschaftliche Leistung möglich wäre, wenn Deutschland bei zentralen Indikatoren der Verwaltungseffizienz zu den Spitzenreitern aufholt. Abschließend folgen konkrete Handlungsempfehlungen.

6.1. Deutschland im Vergleich mit Kanada

In Deutschland vertrauen nur 35 Prozent der Bevölkerung der Bundesregierung und liegt damit unter dem OECD-Durchschnitt von 40 Prozent und ein weiterer Rückgang gegenüber 36 Prozent im Jahr 2023 (OECD 2026e). Nur noch 23 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass der Staat handlungsfähig ist und seine Aufgaben angemessen erfüllen kann, zeigt der dbb Monitor (dbb 2026). Die laufenden jährlichen Bürokratiekosten für die deutsche Wirtschaft aus Dokumentations- und Berichtspflichten der Bundesgesetzgebung allein belaufen sich auf rund 64 Milliarden Euro (Normenkontrollrat 2025). Vertrauen und Verwaltungseffizienz hängen direkt zusammen: Wer schlechte Erfahrungen mit Behörden macht, vertraut dem Staat weniger.

Das folgende Kapitel vergleicht Deutschland mit Kanada als Best-Practice-Land. Beide Länder sind föderale Staaten mit ähnlichen Herausforderungen bei der Koordinierung. Dabei schneidet Kanada bei staatlicher Effizienz und Bürgervertrauen deutlich besser ab. 50 Prozent der Kanadierinnen und Kanadier vertrauen ihrer Bundesregierung – 15 Prozentpunkte mehr als in Deutschland, 69 Prozent sind mit den öffentlichen Dienstleistungen zufrieden, gegenüber 53 Prozent in Deutschland (OECD 2026e).Auf dieser Grundlage werden die staatlichen Rahmenbedingungen Deutschlands und Kanadas anhand von drei zentralen Indikatoren untersucht:

- **Die staatliche Effizienz (Government Effectiveness)** erfasst die wahrgenommene Qualität öffentlicher Dienstleistungen und der staatlichen Verwaltung. Der Indikator bildet damit ab, wie zuverlässig und leistungsfähig staatliche Institutionen ihre Aufgaben erfüllen. Für Unternehmen wirkt sich staatliche Effizienz unter anderem auf die Dauer von Genehmigungsverfahren und die Nutzung öffentlicher Dienstleistungen aus.

- Die **Qualität der Regulatorik (Regulatory Quality)** beschreibt die Fähigkeit des Staates, markt- und handelsfreundliche Regeln zu entwickeln und umzusetzen. Der Indikator erfasst damit eine zentrale Dimension des Bürokratiestandorts: Regulierung kann wirtschaftliche Aktivitäten fördern, wenn sie klare und verlässliche Rahmenbedingungen schafft. Sie kann Unternehmen jedoch auch belasten, wenn Vorschriften überkomplex, widersprüchlich oder unnötig detailliert sind. Eine hohe Regulierungsqualität ist daher eine Voraussetzung für einen innovations- und investitionsfreundlichen Standort.

- Die **implizite steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)** steht für die staatlichen Anreize zur privaten Innovationstätigkeit. Der Indikator misst, in welchem Umfang das Steuersystem FuE-Ausgaben von KMU vergünstigt. KMU verfügen häufig über geringere interne Finanzierungsmöglichkeiten als Großunternehmen. Steuerliche FuE-Förderung kann deshalb dazu beitragen, Investitionsrisiken zu senken und zusätzliche Innovationsaktivitäten auszulösen. Zugleich zeigt der Indikator, ob das Steuersystem den Mittelstand im internationalen Vergleich ausreichend unterstützt.

Staatliche Effizienz in Deutschland und Kanada

Deutschland liegt beim World Bank Government Effectiveness Index mit 81,4 Punkten nur noch auf Rang 14 unter den OECD-Ländern (Abbildung 6-1). 2015 lag Deutschland noch auf Rang 2. Dieser Index misst die Wahrnehmung der Qualität öffentlicher Dienstleistungen, der staatlichen Verwaltung und ihrer Unabhängigkeit von politischem Druck. Kanada liegt mit 85,5 Punkten unter den Top 10 der OECD-Länder. In den letzten Jahren gab es zwar auch einen Rückgang, der sich jedoch seit 2021 wieder stabilisiert hat. In Deutschland ist der Index hingegen seit 2014 mit Ausnahme der Jahre 2019 und 2021 durchgehend zurückgegangen.

Auch bei der Qualität der Regulatorik, also der Fähigkeit des Staates, markt- und handelsfreundliche Gesetze zu formulieren und umzusetzen, stagniert Deutschland auf Rang 12 unter den OECD-Ländern mit einem Index-Wert von 78,5 (Abbildung 6-2). Auch hier fällt Deutschland in den letzten Jahren weiter zurück. Seit 2016 ist der Wert mit Ausnahme von 2021 durchgehend zurückgegangen. Kanada liegt mit Platz 14 auf einem ähnlichen Niveau wie Deutschland und ist im aktuellen Betrachtungsjahr um zwei Plätze zurückgefallen. In den letzten Jahren ist auch hier ein stetiger Rückgang zu beobachten.

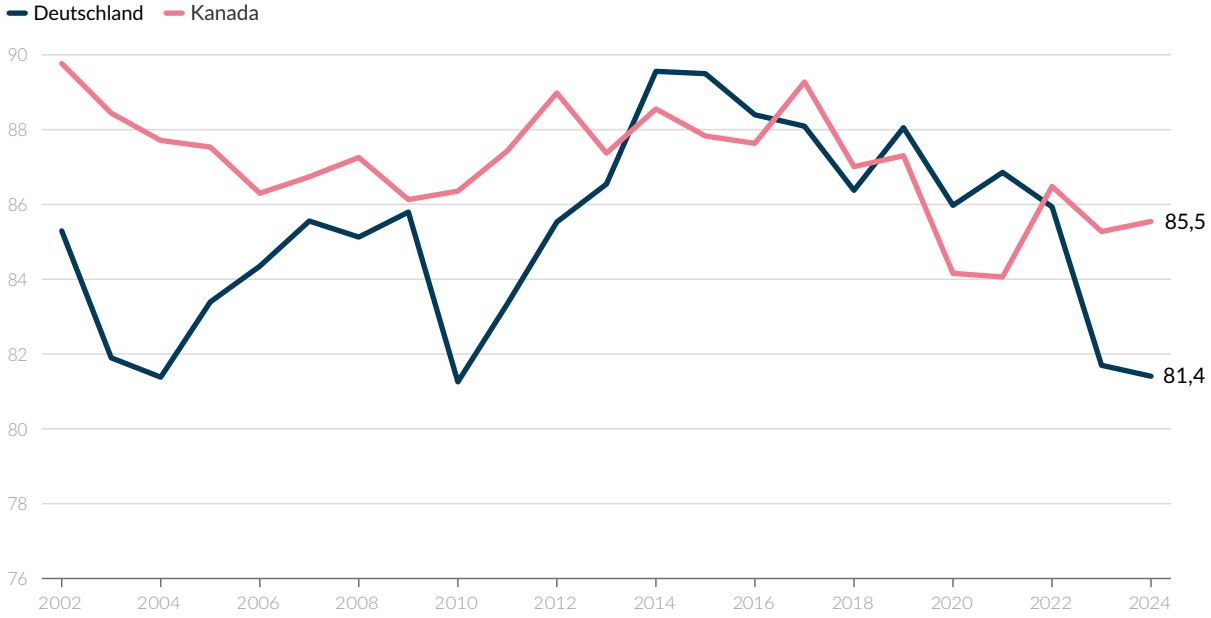
Wo die Herausforderung in Deutschland liegt – Einordnung der Expertinnen und Experten

Ein Grund für die sinkenden Index-Werte sind aus Sicht der Expertinnen und Experten die zunehmende Komplexität von Regulierungen und damit steigende Bürokratiebelastungen. Im IW-Zukunftspanel, einer repräsentativen Befragung von über 1.000 Unternehmen aus Industrie und unternehmensnahen Dienstleistungen, gaben im Herbst 2025 rund 80 Prozent der Unternehmen an, dass der Bürokratieaufwand in den zurückliegenden drei Jahren gestiegen ist. Fast ein Fünftel musste zur Bewältigung neue Stellen schaffen (Röhl und Scheufen 2026). Der Stellenbedarf in Unternehmen für die Bearbeitung staatlicher Bürokratie wuchs von 2022 bis 2025 um 325.000 Vollzeitäquivalente (Diegmann und Kubis 2025).

ABBILDUNG 6-1

Government Effectiveness

Dargestellt ist eine Teildimension der Governance-Indikatoren der Weltbank: Effektivität der Regierung.



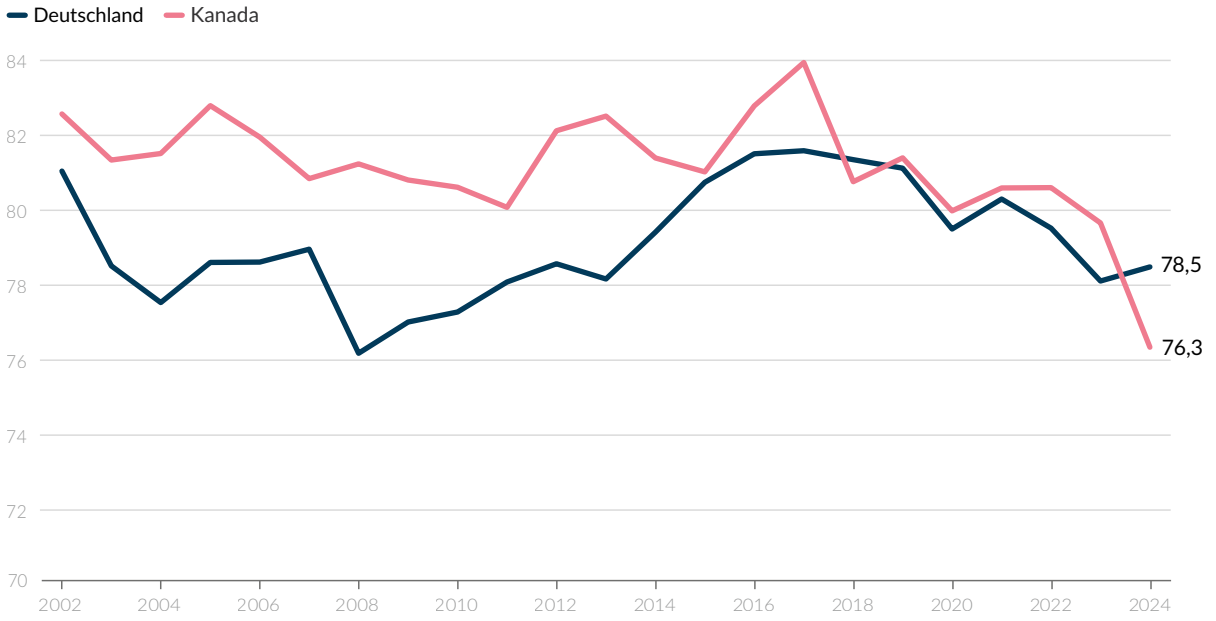
Quelle: Weltbank (2026c)

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 6-2

Regulatory Quality

Dargestellt ist eine Teildimension der Governance-Indikatoren der Weltbank: Regulatorische Qualität.



Quelle: Weltbank (2026c)

BertelsmannStiftung

Regulierung beeinflusst dabei auch die Standortentscheidung von Unternehmen direkt. Empirische Befunde zeigen, dass hohe Produktmarktregulierung und Bürokratie die Standortwahl international tätiger FuE-Investoren signifikant beeinflussen (Bouis et al. 2016).

Auch die Bundesregierung hat das Problem erkannt. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sind ambitionierte Ziele formuliert: eine Verringerung der Bürokratiekosten um 25 Prozent, ein Rückbau des Erfüllungsaufwands um 10 Milliarden Euro und die Weiterentwicklung der One-in-one-out-Regelung zu einer One-in-two-out-Regelung (CDU et al. 2025). Zur Umsetzung wurde mit dem Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) ein neues Ressort geschaffen. Anfang Juli 2026 hat der Koalitionsausschuss zudem ein umfangreicheres Reformpaket beschlossen. Es enthält ein Berichtsentlastungsgesetz, die Überprüfung von Dokumentationspflichten und eine Ausweitung von Genehmigungsfiktionen (Röhl und Scheufen 2026).

Die Expertinnen und Experten sind sich einig, dass Reformen notwendig sind, um die staatliche Effizienz zu verbessern. Das Kernproblem ist aus Sicht der Expertinnen und Experten jedoch ein anderes: Die fehlende Bereitschaft in der Verwaltung zu Veränderung. Selbst einfache Änderungen innerhalb des bestehenden Rechts scheitern, weil einzelne Akteure Machtverlust befürchten. Ressorts, das Bundesfinanzministerium und der Haushaltsausschuss blockieren Veränderungen, die ihre Einflusssphäre verkleinern würden. Ein konkretes Beispiel illustriert das Problem: Die Wertgrenze für Beschaffungsvorlagen im Verteidigungsbereich liegt heute bei 25 Millionen Euro. Dieser Grenzwert stammt aus dem Jahr 1981 – damals entsprach er 50 Millionen D-Mark. Inflationsbereinigt müsste er heute bei rund 250 Millionen Euro liegen. Stattdessen bleibt er unverändert, was dazu führt, dass Hunderte von Vorlagen den parlamentarischen Prozess durchlaufen, die eigentlich keine politische Steuerung erfordern. Das bindet Kapazitäten auf allen Ebenen, so die Expertenmeinung.

Hinzu komme eine juristisch geprägte Kultur, die eher problem- als lösungsorientiert ist. Bei Neuerungen steht laut Expertinnen und Experten häufig zuerst die Frage im Raum, wo Risiken entstehen könnten und nicht, wie man sie möglich macht.

Was Kanada besser macht –
Einordnung der Expertinnen und Experten

Kanada hingegen hat in den letzten Jahren einige Verbesserungen bei der Effizienz erreicht, insbesondere durch Vereinfachung und Digitalisierung. Ein Beispiel ist die Plattform „Sign In Canada". Sie ermöglicht es, sich mit bestehenden Online-Banking-Zugangsdaten bei Behörden zu authentifizieren. Der Staat delegiert damit einen großen Teil der Identitätsprüfung an den ohnehin stark regulierten Bankensektor. Im Jahr 2020 nutzten bereits 9,6 Millionen Kanadierinnen und Kanadier diese Möglichkeit.

Die Expertinnen und Experten nennen auch positiv die Bestrebungen, die Effizienz weiter zu steigern. Kanada möchte in Zukunft verstärkt auf Künstliche Intelligenz in der Verwaltung setzen. Im April 2024 kündigte die Regierung die erste umfassende KI-Strategie für den öffentlichen Dienst an (Government of Canada 2025). KI soll Routineaufgaben automatisieren und Beschäftigte für komplexere Tätigkeiten freisetzen, beispielsweise durch die automatische Erstellung von Dokumenten, Bearbeitung von E-Mail-Postfächern, Beantwortung häufiger Anfragen durch Chatbots oder die Übersetzungen in beide Amtssprachen.

Damit einher geht eine Effizienzagenda, die eine Einsparung von rund 60 Milliarden kanadischen Dollar über fünf Jahre durch Kürzungen bei Programm- und Verwaltungsausgaben erzielen soll (Morrison 2026). Reduziert werden soll dabei auch die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von 368.000 Beschäftigten im Jahr 2023/24 um rund 40.000 Stellen. Die Expertinnen und Experten betonen, dass dieses Ziel sehr ambitioniert ist und auch auf Kritik stößt, da unklar ist, ob der Einsatz von KI so schnell ausgerollt werden kann, wie der Stellenabbau geplant ist. Auf der anderen Seite liegt der Anteil der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung bei rund 20,2 Prozent im Jahr 2023 und damit deutlich über dem Wert in Deutschland (11,5 Prozent) (OECD 2025).

Ein weiterer zentraler Unterschied zu Deutschland, der zu mehr Effizienz führt liegt aus Sicht der Expertinnen und Experten in der Anreizstruktur im öffentlichen Dienst. Kanada hat ein formalisiertes Anreizsystem für Führungskräfte im öffentlichen Dienst eingeführt. Das Performance Management Program (PMP) für Executives koppelt einen Teil der Vergütung direkt an die Erreichung messbarer Ziele (Government of Canada 2026a). Im Haushaltsjahr 2024/25 erhielten 7.987 von 8.140 Führungskräften im Kernbereich des öffentlichen Dienstes eine leistungsabhängige Vergütung. Dadurch entstehen Anreize, Prozesse zu optimieren, Einsparungen zu erzielen und die Leistungsfähigkeit der Abteilung zu steigern.

Steuerliche Rahmenbedingungen im Vergleich

Neben der Verwaltungseffizienz prägen steuerliche Rahmenbedingungen die Standortattraktivität. Durch gezielte steuerliche Regelungen kann der Staat die Investitionsbereitschaft von Unternehmen erhöhen. Steuerliche Anreize senken die Kosten einer Investition oder verbessern die Liquidität in der Investitionsphase.

Deutschland weist im internationalen Vergleich eine hohe Belastung von Unternehmen auf. Die tarifliche Gesamtbelastung von Kapitalgesellschaften lag 2024 bei 30,1 Prozent. Deutschland belegte damit den dritten Rang unter den OECD-Ländern. Der OECD-Durchschnitt betrug 23,9 Prozent. Auch die effektive Steuerbelastung, die zusätzlich Abschreibungen und steuerliche Vergünstigungen berücksichtigt, lag mit 26,7 Prozent deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 22,1 Prozent. Deutschland wies damit den siebthöchsten effektiven Steuersatz in der OECD auf (Hentze und Kauder 2026).

Ein weiterer Indikator für die Standortqualität ist die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung. Sie kann Unternehmen dazu bewegen, auch solche FuE-Projekte umzusetzen, die ohne Förderung aufgrund unsicherer Erträge oder hoher Finanzierungskosten nicht begonnen würden. Dieser Zusammenhang ist bei kleinen und mittleren Unternehmen besonders relevant. KMU verfügen häufig über geringere interne Finanzierungsmöglichkeiten und tragen bei FuE-Projekten ein höheres Risiko, dass sich die Investition erst spät oder gar nicht amortisiert.

Die implizite steuerliche Förderung von FuE bei KMU beträgt in Deutschland 32 Prozent. Deutschland liegt damit auf Rang 7 unter den OECD-Ländern. Das ist ein solider Mittelplatz, zugleich besteht ein deutlicher Abstand zur Spitze. Das führende Land Peru erreicht eine implizite Steuersubvention von 54 Prozent. Die peruanische Regierung setzt steuerliche Anreize gezielt ein, um Investitionen und Innovationen im Land zu fördern (enterprise europe network 2026). Kanada weist eine ähnliche Förderung mit 31 Prozent auf.

Wo die Herausforderung in Deutschland liegt – Einordnung der Expertinnen und Experten

Die hohe steuerliche Belastung für Unternehmen in Deutschland ist auch das Ergebnis einer im internationalen Vergleich ungewöhnlichen Entwicklung. Deutschland hat die Unternehmensbesteuerung zuletzt im Jahr 2008 grundlegend reduziert. Damals sank der Körperschaftsteuersatz von 25 auf 15 Prozent. Gleichzeitig wurde die Gewerbesteuermesszahl gesenkt. Seitdem haben zahlreiche OECD-Länder ihre nominalen Unternehmenssteuersätze weiter reduziert. In Deutschland stieg die durchschnittliche Belastung dagegen leicht. Ein Grund dafür waren höhere Gewerbesteuerhebesätze der Kommunen. Zwischen 2008 und 2025 nahm der deutsche tarifliche Steuersatz um 0,7 Prozentpunkte zu, während er im OECD-Durchschnitt um 1,6 Prozentpunkte sank (Hentze und Kauder 2026).

Die deutsche FuE-Förderung ist grundsätzlich wettbewerbsfähig, schöpft den möglichen Anreiz für KMU aber nicht vollständig aus. Für die Bewertung ist zudem die Abgrenzung zwischen allgemeiner Unternehmensbesteuerung und gezielter FuE-Förderung wichtig. Ein hoher allgemeiner Steuersatz belastet alle Gewinne. Eine FuE-Förderung wirkt dagegen nur auf zusätzliche Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Sie kann deshalb einen gezielten Innovationsanreiz setzen, ohne die gesamte Steuerbasis zu reduzieren. Die Bundesregierung plant, die Forschungszulage auszuweiten. Diese Maßnahme ergänzt die geplante Senkung der Körperschaftsteuer und die verbesserten Abschreibungsbedingungen. Eine Ausweitung der Forschungszulage kann insbesondere für Unternehmen relevant sein, die keine ausreichenden Gewinne erzielen, um eine steuerliche Förderung unmittelbar über die Körperschaftsteuer zu nutzen. Damit lässt sich die Wirkung der Förderung auf innovative, aber noch wenig profitable Unternehmen ausweiten (Hentze und Kolev-Schaefer 2025).

Was Kanada besser macht – Einordnung der Expertinnen und Experten

Kanada setzt steuerliche FuE-Förderung ebenfalls gezielt als Standortinstrument ein. Das Scientific Research and Experimental Development Tax Incentive Program, kurz SR&ED, ist so gestaltet, dass kleine und mittlere Unternehmen höhere Fördersätze als Großunternehmen erhalten. Die Förderung richtet sich damit ausdrücklich an Unternehmen, die bei der Finanzierung von Forschung und Entwicklung besonderen Beschränkungen unterliegen (Government of Canada 2026b). Kanada verbindet eine gezielte Förderung von KMU mit einer allgemeinen Strategie zur Stärkung von Innovation und Investitionen. Deutschland verfügt dagegen über eine ähnlich starke FuE-Förderung, weist aber zugleich eine hohe allgemeine Unternehmenssteuerbelastung auf.

Bürokratie und Steuern wirken gemeinsam auf die wirtschaftliche Entwicklung. Hohe Regulierung erhöht den zeitlichen und finanziellen Aufwand von Investitionen. Eine hohe Steuerbelastung senkt zugleich die erwartete Rendite und begrenzt die Innenfinanzierung von Unternehmen. Der internationale Vergleich zeigt, dass Deutschland bei der staatlichen Effizienz und der Qualität der Regulatorik Nachholbedarf hat. Bei der steuerlichen FuE-Förderung für KMU verfügt Deutschland dagegen über eine vergleichsweise gute Ausgangsposition. Im Folgenden werden die Potenzialräume analysiert, die zeigen, wie viel wirtschaftliche Leistung sich erschließen ließen, wenn Deutschland bei zentralen Indikatoren der steuerlichen und bürokratischen Rahmenbedingungen aufholt.

6.2 Der Potenzialraum durch einen leistungsfähigeren Staat

Government Effectiveness

Der Indikator „Government Effectiveness“ der Weltbank misst, wie gut staatliche Institutionen Politik umsetzen und wie hoch die Qualität des öffentlichen Dienstes ist. Deutschland erreicht einen Wert von 81,4 Punkten. Japan als Führungsland kommt auf 91,9 Punkten. Würde Deutschland diesen Abstand schließen, entspräche das einem zusätzlichen BIP-Effekt von rund 703 Milliarden Euro. Das ist der größte Einzelhebel im Bereich Bürokratie und Steuersystem. Ein Aufschließen zum Best-Practice-Land Kanada, das 85,5 Index-Punkte erreicht, eröffnet einen Potenzialraum von bis zu 6,1 Prozent.

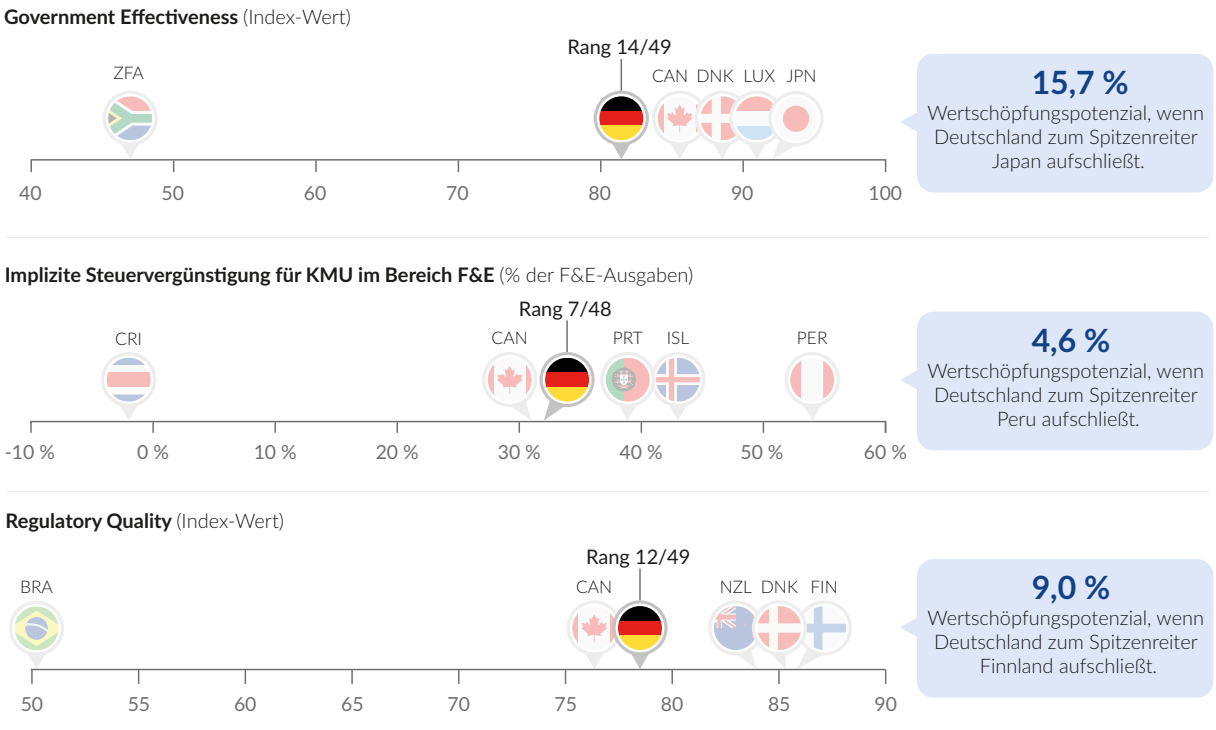
Regulatory Quality

Der Indikator „Regulatory Quality“ erfasst die Fähigkeit des Staates, Regulierung so zu gestalten, dass sie privates Wirtschaften fördert, statt hemmt. Deutschland liegt bei 78,5 Index-Punkten, Finnland als Führungsland bei 85,8 Punkten. Ein Aufschließen würde einem Potenzialraum von rund 401 Milliarden Euro entsprechen. Das Best-Practice-Land Kanada liegt bei diesem Indikator hinter Deutschland, sodass hier kein Potenzialraum entsteht.

ABBILDUNG 6-3

Bürokratie und Steuersystem – Potenzialräume für Deutschland

Dargestellt sind die betrachteten Indikatoren sowie die Position Deutschlands im Ländervergleich (inkl. Top-3-Länder) und das Best-Practice-Land Schweiz. Der Potenzialraum weist das mögliche Wertschöpfungswachstum aus, das sich ergäbe, wenn Deutschland in jedem Indikator zum jeweiligen Spitzenreiter aufschließt.



Quelle: eigene Darstellung und Schätzung auf Basis von Weltbank-Daten. Flaggen: © Porcupen – stock.adobe.com

BertelsmannStiftung

Dies zeigt, welche Wirkung eine höhere Verwaltungseffizienz erzielen kann. Dadurch, dass sie auf alle wirtschaftlichen Aktivitäten wirkt, beispielsweise durch schnellere Genehmigungen oder bessere Servicequalität erhöht sie Standortattraktivität und kann Ressourcen bei den Unternehmen freisetzen, die produktiv eingesetzt werden können.

Implizite Steuervergünstigung für KMU im Bereich FuE

Die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung für KMU ist ein direkter Hebel für Innovationsdynamik. Deutschland gewährt eine implizite Subvention von 32 Prozent. Peru kommt auf 54 Prozent. Die Lücke von 22 Prozentpunkten entspricht einem Potenzialraum von rund 205 Milliarden Euro. Kanada hat eine leicht geringere Steuervergünstigung als Deutschland, sodass hier kein Potenzialraum durch ein Aufschließen zum Best-Practice-Land entsteht.

Die Ausschöpfung der Potenziale in den Bereichen Bürokratie und Steuersystem ist als mittelfristiger Reformprozess zu verstehen. Die Potenzialräume in Government Effectiveness und Regulatory Quality zeigen, dass Deutschland seine staatlichen Prozesse und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern kann. Bürokratische Verfahren gehören zu den größten Hemmnissen für Investitionen und müssen daher konsequent und über mehrere Jahre angepasst werden. Die kleinteiligen Zuständigkeiten und Regelungsstrukturen in Deutschland sprechen dafür, dass es über einzelne Maßnahmen hinausgehende Reformen braucht. Gelingt dies, kann es die Investitionsbereitschaft erhöhen und Deutschland schrittweise auf einen anderen Wachstumspfad führen. Die wirtschaftlichen Effekte werden sich dabei erst im Laufe der Zeit zunehmend im Pro-Kopf-BIP zeigen.

6.3 Ableitung von Maßnahmen

Die Analyse des Status quo und die Experteninterviews liefern ein konsistentes Bild: Verwaltungsreform scheitert in Deutschland an Anreizen und Strukturen. Daraus leiten sich drei Maßnahmen ab, die die Effizienz des Staates erhöhen und somit die zuvor dargestellten Potenzialräume erschließen können.

6.3.1 „Junge-Kommission“ als Reformmotor

Deutschland leidet an regulatorischer Trägheit: Neue Regeln kommen hinzu, alte werden selten gestrichen. Um diese Trägheit zu überwinden, sollte eine „Junge Kommission“ für Verwaltungsreform eingesetzt werden. Beamte mit weniger als sieben Jahren Dienstzeit sollten ein „Greenfield“-Zielbild entwickeln: Wie würde man Verwaltung von Grund auf neu bauen ohne Rücksicht auf gewachsene Strukturen und Zuständigkeiten? Dieser Ansatz hat zwei Vorteile. Er bricht Beharrungskräfte auf, weil die Kommission keine institutionellen Eigeninteressen an bestehenden Strukturen hat. Und er stärkt die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für jüngere Generationen, indem er zeigt, dass Gestaltung möglich ist.

Die Kommission sollte mit echtem Mandat ausgestattet sein. Ihre Vorschläge sollten einer politisch hochrangig angesiedelten Stelle vorgelegt werden, die über Umsetzung oder begründete Ablehnung entscheidet. Dies erzeugt einen Reformdruck, der von innen kommt und deshalb glaubwürdiger ist als externe Gutachten. Kanada nutzt bereits interne Innovationslabore, in denen Beschäftigte Reformvorschläge entwickeln und testen. Langfristig sollte Deutschland diesen Ansatz als dauerhaftes Format einführen, das beispielsweise alle fünf Jahre einen neuen Zyklus startet.

Auch darüber hinaus sollten Mechanismen verstärkt eingesetzt werden, die Beharrungskräften entgegenwirken. Dazu können verstärkt Sunset-Klauseln gehören, die festlegen, dass Gesetze und Verordnungen nur befristet in Kraft treten und nach einer festgelegten Frist evaluiert werden. Zudem sollten Grenzwerte inflations- und wertindexiert angepasst werden, damit parlamentarische Kontrolle auf wirklich wesentliche Fälle fokussiert bleibt.

6.3.2 Leistungsabhängige Anreizsysteme im öffentlichen Dienst einführen

Das größte Reformhindernis in der deutschen Verwaltung ist die fehlende Anreizstruktur in der Verwaltung und die Neigung dazu, keine Fehler zu machen. Deutschland sollte die Anreizstrukturen in der öffentlichen Verwaltung grundlegend umbauen. Verbesserung muss sich lohnen, sowohl finanziell als auch karrieretechnisch. Wer Verwaltungsabläufe beschleunigt oder Kosten senkt sollte durch Prämien oder beschleunigte Aufstiegspfade davon profitieren. Kanada hat für Führungskräfte im Public Service Performance-Matrizen eingeführt. Deutschland sollte dieses Modell adaptieren: messbare Ziele für Prozessqualität, transparente Bewertung und eine direkte Verknüpfung zwischen Ergebnis und Karriereperspektive.

Darüber hinaus sollte Verantwortung nach unten getragen werden. Ein Schritt dabei sollte sein, von Stellenplänen auf Personalbudget zu wechseln. Solange Budgets an konkrete Stellenpläne gekoppelt sind, entsteht der Anreiz, freiwerdende Stellen sofort nachzubesetzen, auch wenn Aufgaben effizienter anders lösbar wären. Ressorts und Einheiten sollten stattdessen einen Budgetrahmen erhalten und selbst entscheiden, ob sie weniger, dafür hochspezialisierte Kräfte einsetzen. Als Anreiz zur Einsparung sollten teile der eingesparten Mittel in der Einheit verbleiben als Investitionsbudget für weitere Verbesserungen.

6.3.3 Personalstruktur flexibilisieren mit KI

Die Struktur des öffentlichen Dienstes in Deutschland ist auf Stabilität ausgelegt und nicht auf Anpassungsfähigkeit. Der Beamtenstatus sichert Beschäftigte gegen Kündigung ab, schafft aber gleichzeitig starre Strukturen, die Reorganisation erschweren. Insbesondere technologische Neuerungen und Potenziale können dadurch schlechter implementiert werden. Kanada zeigt, dass auch in föderalen Systemen mit starkem öffentlichen Dienst Flexibilisierung möglich ist.

Deutschland sollte den öffentlichen Dienst auf einen KI-gestützten, sozial abgefederten Stellenumbau ausrichten, wie er auch in Kanada geplant ist. Dazu sollte zunächst ein KI-Potenzialatlas eingeführt werden, der zeigt, welche Arbeitsvolumina automatisierbar, KI-unterstützbar oder menschlich zwingend sind. Diese Potenzialeinschätzungen werden in der wissenschaftlichen Literatur bereits zahlreich verwendet (bspw. Briggs. Darauf aufbauend sollte ein Einsparplan eingeführt werden, der über sozialverträgliche Instrumente den Abbau der Beschäftigung festlegt, um die Effizienzpotenziale von KI auch tatsächlich zu nutzen. Damit einhergehen sollte auch eine Überprüfung, an welchen Stellen ein Beamtenstatus zwingend erforderlich ist. Ziel sollte wie beim Arbeitsmarkt eine Flexibilisierung sein. Auch beim Staat gilt: Wenn Aufgaben stark im Wandel sind, braucht es Beschäftigungsformen, die Umsteuerung ermöglichen.

7. Außenwirtschaftliche Beziehungen: Exportstärke durch Technologie sichern

Die Exportstärke ist der Kern des Geschäftsmodells Deutschland. Deutschland ist nach China und den USA die drittgrößte Handelsnation der Welt. Im Jahr 2025 exportierte die deutsche Wirtschaft Waren und Dienstleistungen im Wert von knapp 1,5 Billionen Euro. Eine Analyse des ifo zeigt, dass mehr als 30 Prozent der gesamten deutschen Wertschöpfung am Exporthängen. In der Industrie liegt dieser Wert sogar bei rund 60 Prozent (Baur und Flach 2025).

Dieses Modell lebt davon, dass deutsche Unternehmen einen technologischen Vorsprung besitzen. Genau dieser Vorsprung ist in den letzten Jahren kleiner geworden. Der Wettbewerbsdruck steigt. In wichtigen Zukunftsfeldern entsteht neue technologische Stärke außerhalb Deutschlands. BDI-Präsident Leibinger fasst diese Verschiebung prägnant zusammen: „Wir sind oft nicht mehr so viel besser, wie wir teurer sind“ (BDI 2026).

Hinzu kommt, dass sich die globale Wirtschaftsordnung verändert hat. Asymmetrische Abhängigkeiten in globalen Lieferketten werden von staatlichen Akteuren gezielt als Druckmittel eingesetzt, ein Phänomen, das in der Forschung als „Weaponized Interdependence“ beschrieben wird (Farrell und Newman 2019). IW-Direktor Michael Hüther bringt die Lage auf den Punkt: „Ungewissheit ist das Kennzeichen unserer Zeit.“ Das lange vorherrschende Paradigma diskriminierungsfreier offener Märkte gilt nicht mehr uneingeschränkt.

Zwei Großmächte als Systemrisiko

Die geopolitische Lage wird von zwei Großmächten geprägt, die die regelbasierte Welthandelsordnung zunehmend untergraben (Matthes 2026b). Die USA setzen auf Zölle und Sicherheitsdrohungen, um einseitige Handels- und Investitionszugeständnisse zu erzwingen. Im Jahr 2025 sanken die deutschen Exporte in die USA um 6,4 Prozent. Besonders hart traf es die Automobilindustrie: Die deutschen Automobilexporte in die USA gingen um 18,9 Prozent zurück (Kolev-Schaefer und Sultan 2026).

China verfolgt eine Handelspolitik über Subventionen, regulierte Rohstoffzugänge und eine Unterbewertung der eigenen Währung, die gezielt asymmetrische Abhängigkeiten erzeugt. Das bilaterale Handelsdefizit der EU mit China ist auf zwei Prozent des BIP gestiegen (Hüther 2026). Chinas Importquote am deutschen BIP ist in den vergangenen zwanzig Jahren um fast die Hälfte gefallen – ein Zeichen dafür, dass China heimische Wertschöpfung systematisch ausbaut und westliche Lieferanten verdrängt. Zwischen den tatsächlichen und den auf Basis des Wirtschaftswachstums zu erwartenden deutschen Exporten nach China klafft eine Lücke von bis zu 30 Milliarden Euro (Stamer 2023). Gleichzeitig ist Deutschland stark von chinesischen Importen abhängig: 46 Prozent aller Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes gaben an, auf wichtige Vorleistungen aus China angewiesen zu sein (Baur und Flach 2022).

Diese Doppelabhängigkeit – von den USA als Sicherheitsgarant und Absatzmarkt, von China als Lieferant und Produktionsstandort – macht Deutschland besonders verwundbar. Simulationen des ifo-Instituts zeigen, was auf dem Spiel steht: Eine vollständige Rückverlagerung der Produktion nach Deutschland würde das reale BIP um 9,68 Prozent senken. Selbst eine einseitige Entkopplung der EU von China würde das deutsche BIP langfristig um 0,52 Prozent reduzieren. Das ist fast viermal so viel wie der Brexit. Ein Handelskrieg mit China käme Deutschland mit einem BIP-Rückgang von 0,81 Prozent teuer zu stehen. Besonders betroffen wären die Automobilindustrie (-8,5 Prozent Wertschöpfungsverlust), der Maschinenbau (-4,3 Prozent) und die Transportausrüstung (-5,1 Prozent)(Baur und Flach 2022).

Für Deutschland bedeutet das: Das bisherige Modell des offenen, regelbasierten Handels reicht nicht mehr aus. Wer im globalen Wettbewerb bestehen will, braucht eine aktive Außenwirtschaftsstrategie. Das schließt die Frage ein, wie Deutschland ausländische Direktinvestitionen anzieht, wie es technologisch komplexe Güter exportiert und wie es seine Position in globalen Wertschöpfungsketten stärkt. Das folgende Kapitel analysiert die außenwirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands entlang von drei Schritten. Zunächst wird der Status quo in Deutschland im Vergleich zum Best-Practice-Land Japan beschrieben. Es folgt die Analyse des sich daraus ableitbaren Potenzialraums, das heißt, wie viel mehr wirtschaftliche

Leistung in Form des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts (BIP) rechnerisch möglich wäre, würde Deutschland bei den untersuchten Außenwirtschaftsindikatoren zu den jeweiligen Spitzenreitern aufschließen. Das Kapitel schließt mit konkreten Maßnahmen zur Erschließung des identifizierten Potenzialraums.

7.1 Deutschland im Vergleich mit Japan

Auf dieser Grundlage wird die außenwirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands anhand von drei zentralen Indikatoren untersucht:

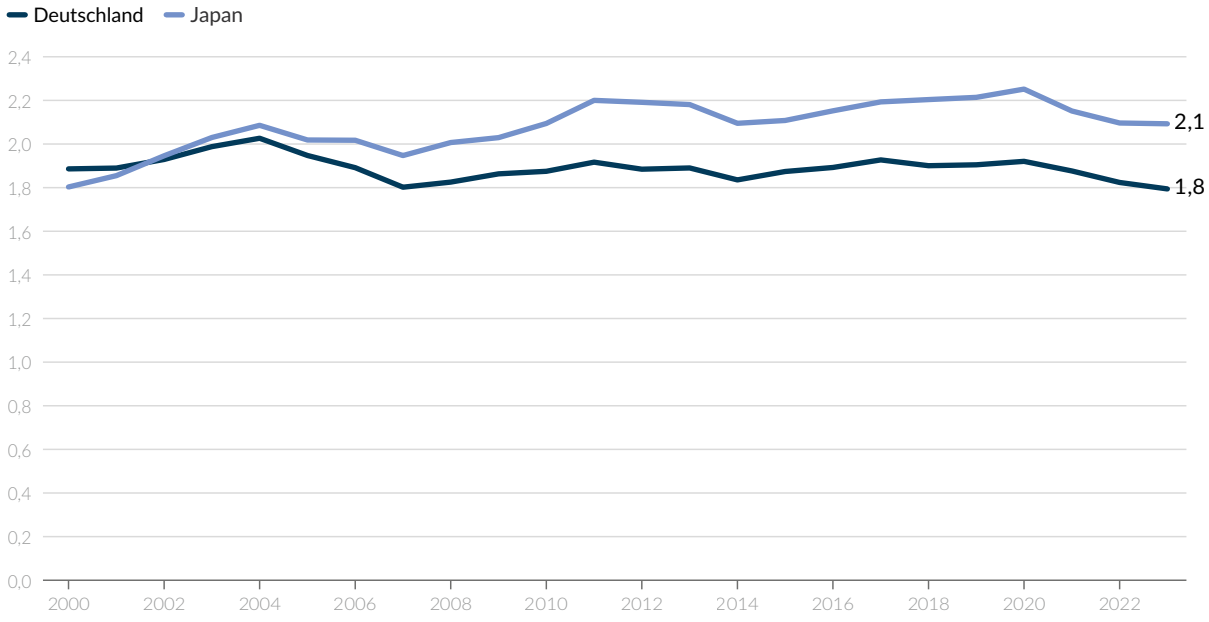
- Der **Economic Complexity Index (ECI)** erfasst die technologische und produktive Tiefe des Exportportfolios. Er berücksichtigt, wie vielfältig und wie anspruchsvoll die von einem Land exportierten Güter sind. Ein hoher Wert steht für umfangreiches produktives Wissen und die Fähigkeit, spezialisierte sowie schwer nachahmbare Produkte herzustellen. Der Indikator zeigt damit, wie stark die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes auf technologisch komplexen Exporten beruht.

- Der **Anteil von IKT-Gütern an den Industriegüterexporten** bildet schließlich die Bedeutung technologisch besonders dynamischer Exportfelder ab. Zu diesen Gütern zählen unter anderem Halbleiter, elektronische Komponenten und Kommunikationstechnik. Er ergänzt den ECI um eine stärker sektorspezifische Perspektive und macht sichtbar, ob eine Volkswirtschaft auch in zentralen Zukunftstechnologien international wettbewerbsfähig ist.

- Die **netto eingehende FDI-Position** misst den Bestand ausländischer Direktinvestitionen im Verhältnis zur Wirtschaftskraft eines Landes. Sie steht damit für eine andere Perspektive der Außenwirtschaft. Während der ECI die Fähigkeit zur Entwicklung und zum Export komplexer Güter abbildet, zeigt die FDI-Position, in welchem Umfang es einem Land gelingt, internationales Kapital, anzuziehen und dauerhaft im Land zu verankern. Der Indikator gibt somit Hinweise auf die Attraktivität eines Standorts für ausländische Unternehmen.

Außenwirtschaft:
Starke Exporte, schwindender Technologievorsprung
Die wirtschaftliche Komplexität des deutschen Exportportfolios ist hoch. Dies zeigt die gute Stellung Deutschlands beim Economic Complexity Index (ECI). Der ECI stuft Länder nach der Vielfalt und Komplexität ihrer Exporte ein. Länder, die viele verschiedene, spezialisierte und schwer nachzuahmende Produkte herstellen, erzielen höhere Werte, was die Tiefe des in

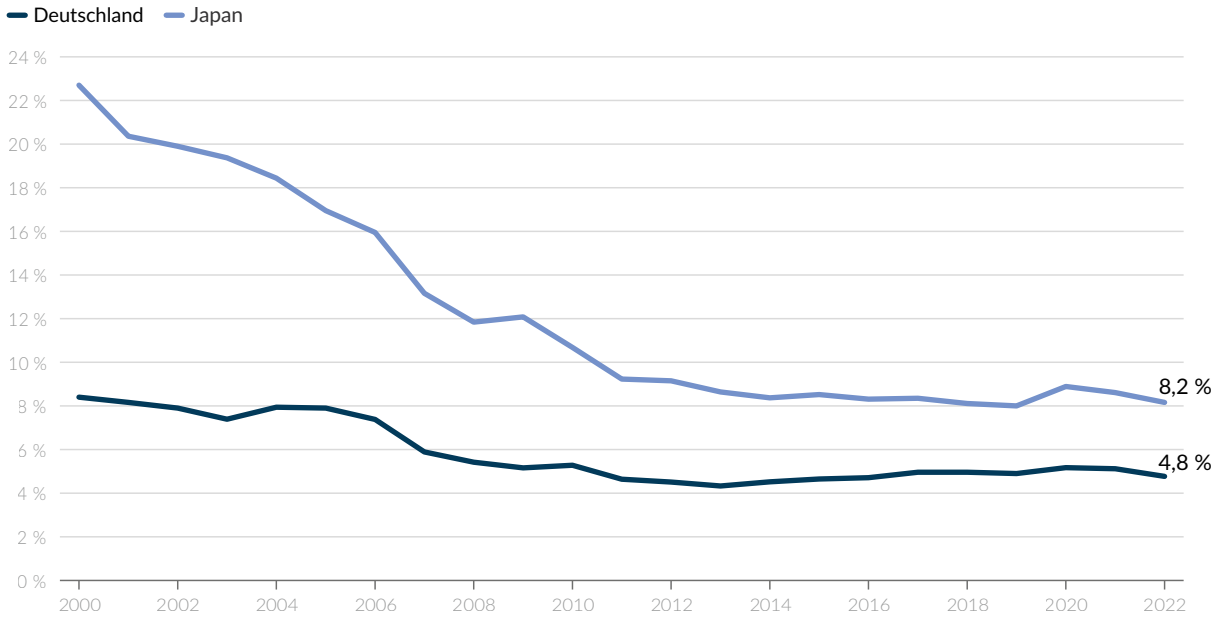
ABBILDUNG 7-1
Economic Complexity Index
Dargestellt ist der Economic Complexity Index berechnet auf der Grundlage der Exportwarenkategorien nach HS6/1992.



Quelle: Observatory of Economic Complexity (2026)

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 7-2
IKT-Exporte
Dargestellt ist der Anteil an den Industriegüter-Exporten in %.



Quelle: Weltbank (2026b)

BertelsmannStiftung

ihrer Wirtschaft verankerten produktiven Wissens widerspiegelt. Die Komplexität wird anhand von vier Dimensionen gemessen: Handelsströme (ECI Trade), Patente (ECI Technology), Forschungsveröffentlichungen (ECI Research) und Beschäftigung in der Softwarebranche (ECI Software). Mit einem ECI-Wert von 1,8 liegt Deutschland auf Platz vier unter den OECD-Ländern, aber mit Abstand hinter Spitzenreiter Japan (2,1) (Abbildung 7-1). Deutschland hat damit seit Beginn des Jahrtausends zwei Plätze im Ranking verloren.

Bei technologisch hochkomplexen Gütern aus dem Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) – Halbleitern, Elektronikkomponenten, Kommunikationstechnik – ist der Exportanteil gering. Deutschland exportiert IKT-Güter im Wert von 4,8 Prozent seiner Industriegüter, Platz 18 unter den OECD-Ländern. Das Führungsland Südkorea erreicht 27,6 Prozent (Abbildung 7-2).

Wo die Herausforderung in Deutschland liegt – Einordnung der Expertinnen und Experten

Die Expertinnen und Experten sehen einen Rückgang des technologischen Vorsprungs, der Deutschland lange auf dem Exportmarkt Wettbewerbsfähig gemacht hat. Das Festhalten an Mitteltechnologien und die geringen Investitionen in Hightech-Branchen haben dazu geführt, dass die Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren gesunken ist. Dies zeigt sich auch in der Außenhandelsstatistik. Seit 2010 hat sich die Zahl der Warengruppen mit dominanter Exportposition von 237 auf rund 178 verringert. China konnte seinen Weltmarktanteil bei 23 der 57 engsten deutschen Kernexportgüter im gleichen Zeitraum ausbauen (Sultan und Matthes 2025).

Auch die Patentstatistik bestätigt dieses Bild: Der Patentweltmarktanteil Deutschlands ist von 21,9 Prozent im Jahr 2000 auf 15,0 Prozent im Jahr 2022 gesunken (Graham et al. 2026). In sämtlichen Bereichen der Digitalisierungstechnologie – Halbleiter, Cybersecurity, Künstliche Intelligenz und Quantencomputing – schneidet Deutschland nur unterdurchschnittlich ab. Die Expertinnen und Experten beschreiben diese Schwäche: Die Spezialisierung auf bewährte Technologiefelder sichert kurzfristig Stabilität, bremst aber den Aufbau neuer Exportkomplexität.

Was Japan besser macht – Einordnung der Expertinnen und Experten

Positiver stellt sich das Bild in Japan dar. Japan verfolgt eine mehrstufige Außenwirtschaftsstrategie, die industriepolitische Steuerung, wirtschaftliche Sicherheit und globale Marktintegration miteinander verbindet. Ein zentraler Faktor ist die institutionelle Verankerung der Außenwirtschaftsförderung. JETRO (Japan

External Trade Organization) unterstützt Unternehmen gezielt beim Eintritt in Auslandsmärkte. Die Japan Bank for International Cooperation (JBIC) stellt Finanzierung und Absicherung für Auslandsinvestitionen bereit. Große Handelshäuser (Sōgō Shōsha) fungieren als Intermediäre für kleinere Unternehmen und bündeln Marktkenntnis, Risiko- und Vertragsmanagement.

Ein zweiter zentraler Faktor ist die Rohstoff- und Versorgungssicherheit. Über JOGMEC (Japan Organization for Metals and Energy Security) sichert Japan seit Jahrzehnten den Zugang zu kritischen Rohstoffen und Energieressourcen durch Kapitalbeteiligungen, Finanzgarantien und Risikoteilung. Als China im Jahr 2010 Exportrestriktionen für Seltene Erden verhängte und damit massiven Druck auf die japanische Elektronikindustrie ausübte, reagierte Japan mit einer systematischen Diversifizierungsstrategie. Die Abhängigkeit von China bei Seltenen Erden wurde seitdem deutlich reduziert.

Ein dritter Faktor ist die rechtliche Verankerung wirtschaftlicher Sicherheit. Mit dem Economic Security Promotion Act (Keizai Anpo) von 2022 hat Japan als eines der ersten westlichen Länder Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik rechtlich integriert. Das Gesetz zielt auf den Schutz kritischer Technologien und die Sicherstellung stabiler Versorgungsketten. Es kombiniert defensive Exportkontrollen zur Vermeidung von Technologieabfluss mit offensiven staatlichen Subventionen zur Diversifizierung globaler Lieferketten.

Hinzu kommt eine ausgeprägte Planungskontinuität. Alle fünf Jahre legt Japan einen neuen Wissenschafts- und Technologieplan vor. Seit 2025 umfasst dieser 17 strategische Schwerpunktbranchen mit klarer Priorisierung und Subventionen für Anlageinvestitionen. Diese Langfristorientierung schafft Verlässlichkeit für Unternehmen und Investoren.

Die Expertinnen und Experten weisen jedoch auch ausdrücklich darauf hin, dass Japans internationale Wettbewerbsfähigkeit in den vergangenen Jahren deutlich nachgelassen hat (IW_Todo.pdf). Die Struktur der wettbewerbsfähigen Industrien ist weitgehend erstarrt. Neue Exporteure entstehen kaum. Bei Innovationen – insbesondere bei internationaler Forschungskooperation – zeigt Japan Schwächen: Der Anteil internationaler Ko-Erfindungen an den gesamten Patentanmeldungen ist in Japan vergleichsweise gering.

Außenwirtschaft:
Fehlende Willkommenskultur für Investitionen

Während der ECI und die IKT-Exporte vor allem die technologische Tiefe und Wettbewerbsfähigkeit der Exporte abbildet, sind zugeflossenen Direktinvestitionen ein Indikator dafür, wie attraktiv ein Standort für ausländische Direktinvestitionen ist. Sie zeigt damit, in welchem Umfang internationale Unternehmen Kapital und Produktion ins Land bringen.

Bei der Attraktivität als Investitionsstandort für ausländisches Kapital liegt Deutschland gemessen am FDI-Inflow nur auf Platz 34 unter den OECD-Ländern. Deutschlands netto-eingehende FDI-Position beträgt 26,5 Prozent des BIP. Das Führungsland USA erreicht 56,2 Prozent. Damit zeigt sich auch hier, was sich auch schon bei den privaten Investitionen gezeigt hat (Kapitel 5.1). Deutschland ist als Investitionsstandort im internationalen Vergleich zurzeit nicht in der Spitzenposition. Zuletzt deutet sich jedoch für Deutschland eine positive Entwicklung an. Auf Basis vorläufiger Zahlen der Bundesbank zeigt sich, dass Direktinvestitionen in Deutschland 2025 mehr als verdoppelt haben und erstmals seit 2003, abgesehen vom Corona-Jahr, wieder mehr Kapital von ausländischen Unternehmen in Deutschland investiert wurde als von deutschen Unternehmen im Ausland (Matthes 2026a).

Japan liegt mit rund 5,1 Prozent des BIP an netto-eingehenden FDI-Positionen zwar deutlich hinter Deutschland, hat aber in den letzten Jahren diesen Anteil immerhin mehr als verdoppeln können (Abbildung 7-3). 2005 lag Japan noch bei 2,1 Prozent.

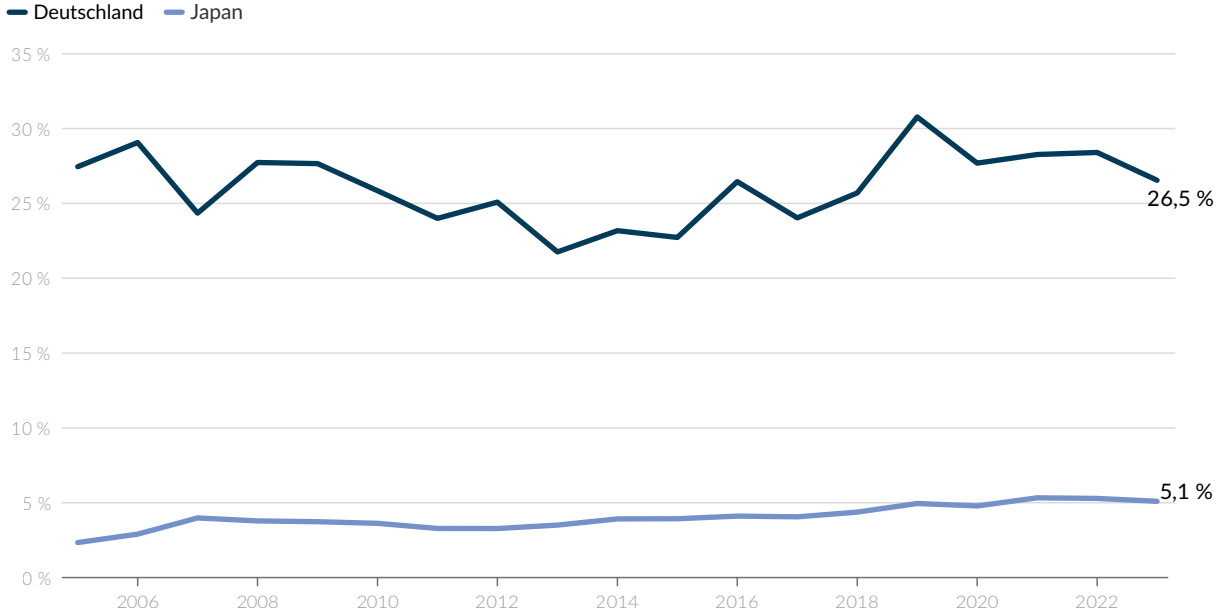
Wo die Herausforderung in Deutschland liegt – Einordnung der Expertinnen und Experten

Die Expertinnen und Experten betonen zum einen die hohen Standortkosten und Bürokratie als zentrales Hemmnis für Investitionen in Deutschland. Das Bild deckt sich hier mit der Analyse des Investitionsstandortes. Aktuelle Befragungsergebnisse bestätigen diese Einschätzung. Deutschland bleibt aus Sicht internationaler Investoren zwar ein wichtiger Standort. Als Stärken gelten vor allem die Größe und Kaufkraft des Marktes, die öffentliche Sicherheit, die politische Stabilität sowie die Forschungslandschaft und die Innovationskraft. Besonders kritisch bewerten internationale Investoren die regulatorischen Rahmenbedingungen. 70 Prozent der befragten Finanzchefs internationaler Unternehmen ordnen Deutschland bei der Regulierung den fünf schwächsten EU-Ländern zu.

ABBILDUNG 7-3

Zugeflossene Direktinvestitionen (FDI)

Dargestellt ist die Netto-Position bei ausländischen Direktinvestitionen in Prozent des BIP.



Quelle: OECD (2026)

BertelsmannStiftung

29 Prozent sehen Deutschland sogar als Schlusslicht. Gleichzeitig erwarten nur 19 Prozent der Befragten, dass sich die Bürokratie in den kommenden fünf Jahren verbessert. Ein weiteres zentrales Hemmnis sind die Energiekosten. 43 Prozent der Befragten sehen Deutschland bei der Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen als schwächsten Standort der EU. Weitere 26 Prozent zählen Deutschland zu den fünf schwächsten Ländern. Diese Einschätzung erschwert Investitionsentscheidungen, weil sie die Dauer, Kosten und Planbarkeit von Projekten beeinflusst (KPMG 2026).

Aus außenwirtschaftlicher Perspektive kommt hinzu, dass aus Sicht der Expertinnen und Experten eine klare „Willkommenssicht“ gegenüber ausländischen Investoren fehle. Investitionen von ausländischen Unternehmen in Deutschland werden oft kritisch gesehen. Dabei sehen die Expertinnen und Experten ausländische Direktinvestitionen nicht nur als Finanzfluss, sondern auch als Hebel, um Innovationen und Know-how nach Deutschland zu holen. Mit diesen Investitionen kann ein Upgrade von Produkten und der Aufbau von Dienstleistungskompetenz einhergehen, so die Expertinnen und Experten. Bislang fehle dafür die klare Willkommenssicht von Seiten der politischen Akteure und Stakeholdern, wie Wirtschaftsförderungen.

Was Japan besser macht – Einordnung der Expertinnen und Experten

Japan schafft für ausländische Investitionen Rahmenbedingungen, die aus Sicht der Expertinnen und Experten für Unternehmen vor allem eines liefern: Planbarkeit. Sie bewerten die japanische Politik als konstanter und berechenbarer als in Deutschland. Hinzu kommt eine Stärkere Industriepolitik Japans. Der Staat spielt eine aktive Rolle bei der Auswahl von Schlüsseltechnologien, insbesondere in Aufholphasen. FDI wird als Instrument für Technologieaufbau und Lieferkettensicherheit verstanden. Die Regierung hat das Ziel für den Bestand ausländischer Direktinvestitionen im Jahr 2030 von ursprünglich 100 auf 120 Billionen Yen angehoben. Bereits Anfang der 2030er-Jahre soll der Bestand auf 150 Billionen Yen steigen. Damit verbindet Japan die Förderung ausländischer Investitionen ausdrücklich mit seiner Wachstumsstrategie (JETRO 2025).

Diese Zielsetzung wird durch ein konkretes Maßnahmenprogramm unterlegt. Das 2025 beschlossene Program for Promotion of Foreign Direct Investment in Japan umfasst fünf Handlungsfelder und 32 Maßnahmen. Dazu gehören die Förderung neuer Investitionen und von Folgeinvestitionen, die Verbesserung des Investitionsumfelds, die Sicherung hoch qualifizierter Arbeitskräfte, die Zusammenarbeit zwischen

japanischen und ausländischen Unternehmen sowie eine stärkere internationale Ansprache von Investoren (JETRO 2025).

Ein sichtbares Ergebnis ist die massive, fokussierte Technologieförderung, mit der Japan gezielt große Ansiedlungs- und Erweiterungsinvestitionen ermöglicht. Dazu gehören auch Subventionen für Werke internationaler Unternehmen, beispielsweise für ein Werk von TSMC.

Japan versucht zudem, die wirtschaftlichen Wirkungen ausländischer Investitionen über Kooperationen mit heimischen Unternehmen zu verstärken. JETRO unterstützt das Matching zwischen japanischen und ausländischen Unternehmen. Im Rahmen des Förderprogramms wurden zahlreiche Pitch-Veranstaltungen und Partnerschaftsprojekte durchgeführt. Ziel ist es, ausländische Unternehmen stärker in regionale Innovationssysteme und bestehende Unternehmensnetzwerke einzubinden. Dadurch sollen ausländische Investitionen nicht nur Produktionskapazitäten schaffen, sondern auch Wissen, Managementkompetenz und internationale Netzwerke in die japanische Wirtschaft übertragen (JETRO 2025).

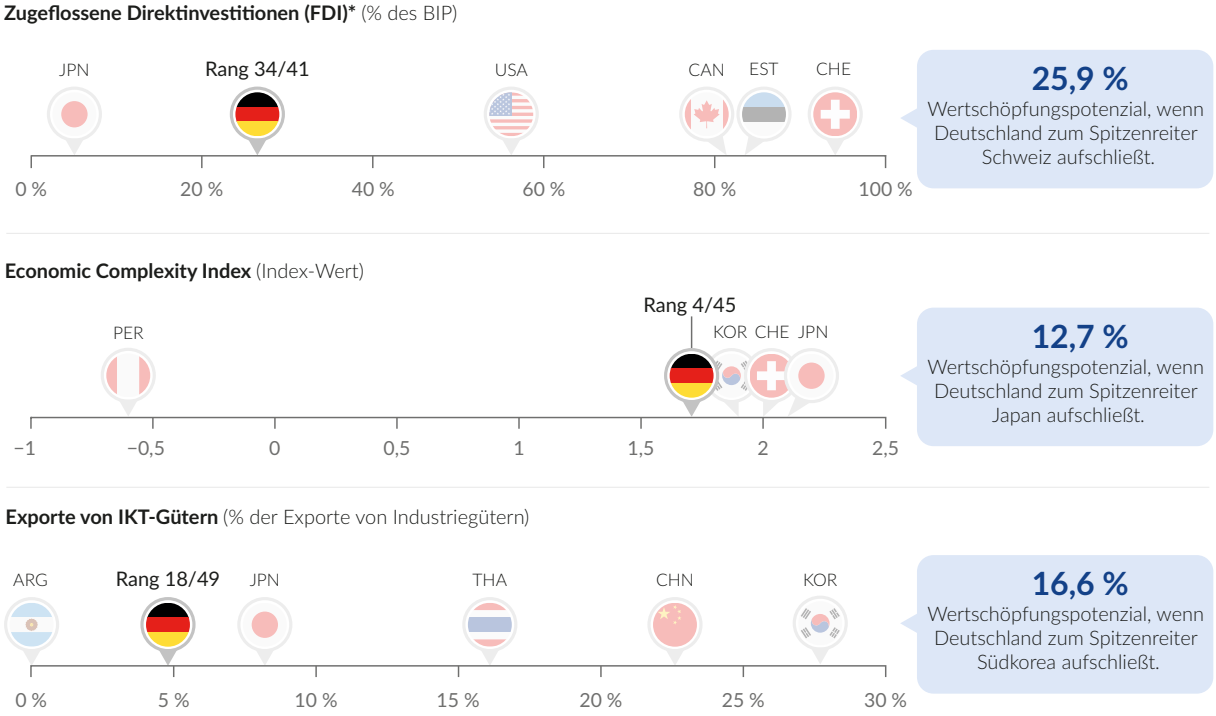
Die Analyse zeigt: Deutschland muss seinen Standort für Investitionen attraktiver machen und seine technologische Wettbewerbsfähigkeit sichern. Denn der technologische Vorsprung, der die deutsche Exportstärke lange getragen hat, wird in wichtigen Bereichen kleiner. Das zeigt sich am Rückgang der dominanten Exportpositionen, an der geringen Bedeutung von IKT-Gütern in den deutschen Industriegüterexporten und an der schwächeren Patentdynamik bei zentralen Zukunftstechnologien. Deutschland steht damit vor der Aufgabe, bestehende Standortnachteile zu verringern und neue technologische Fähigkeiten aufbauen, damit deutsche Unternehmen künftig wieder einen ausreichenden Qualitäts- und Produktivitätsvorsprung gegenüber ihren Wettbewerbern erreichen.

Im Mittelpunkt stehen deshalb die Aspekte, die sich bereits im Hinblick auf den Investitionsstandort

ABBILDUNG 7-4

Außenwirtschaftliche Beziehungen – Potenzialräume für Deutschland

Dargestellt sind die betrachteten Indikatoren sowie die Position Deutschlands im Ländervergleich (inkl. Top-3-Länder) und das Best-Practice-Land Japan. Der Potenzialraum weist das mögliche Wertschöpfungswachstum aus, das sich ergäbe, wenn Deutschland in jedem Indikator zum jeweiligen Spitzenreiter aufschließt.



Quelle: eigene Darstellung und Schätzung auf Basis von OECD-, OEC- und Weltbank-Daten. Flaggen: © Porcupen – stock.adobe.com | BertelsmannStiftung
*Ausschluss von LUX, NLD und IRL aufgrund von statistischen Artefakten

gezeigt haben. Gleichzeitig geht es darum, ausländische Direktinvestitionen gezielt für den Aufbau neuer Technologien zu nutzen.

Im nächsten Abschnitt wird quantifiziert, welche zusätzliche Wirtschaftsleistung rechnerisch möglich wäre, wenn Deutschland bei diesen Indikatoren zu den jeweiligen Spitzenreitern aufschließen würde. Die so bestimmten Potenzialräume zeigen, wie groß der wirtschaftliche Spielraum ist und an welchen Stellen Reformen besonders hohe Wirkungen entfalten könnten.

7.2 Der Potenzialraum durch Technologie und Direktinvestitionen

Die vorherigen Analysen zeigen, dass Deutschland im Bereich der Außenwirtschaft sowohl bei der Exportseite als auch bei der Zusammenarbeit Aufholpotenzial zu anderen Ländern aufweist. Im Folgenden werden die Potenzialräume quantifiziert, die in den Bereichen wirtschaftliche Komplexität, eingehende Direktinvestitionen und IKT-Güterexporte liegen.

Economic Complexity Index (ECI)
Der Koeffizient des ECI beträgt 0,400. Er ist der größte der drei Außenwirtschaftsindikatoren. Inhaltlich bedeutet das: Eine um ein Prozent höhere wirtschaftliche Komplexität des Exportportfolios geht im Mittel mit einer um 0,40 Prozent höheren Wirtschaftsleistung einher. Der ECI ist damit der wirksamste Hebel unter den drei betrachteten Indikatoren. Führendes Land beim ECI ist Japan. Deutschland liegt bei einem ECI-Wert von 1,8, Japan bei 2,1. Würde Deutschland diesen Abstand schließen, ergäbe sich ein Potenzialraum von rund 12,7 Prozent des Pro-Kopf-BIP, entsprechend ein gesamtwirtschaftliches Potenzial von rund 567 Milliarden Euro.

IKT-Güterexporte als Anteil an Manufakturexporten
Der Koeffizient der IKT-Güterexporte beträgt 0,007. Das ist der kleinste Wert der drei Indikatoren. Eine um ein Prozent höhere Ausprägung geht im Mittel mit einer um 0,007 Prozent höheren Wirtschaftsleistung einher. Der Zusammenhang ist statistisch signifikant, der direkte Hebel aber begrenzt. Führungsland bei den IKT-Güterexporten ist Südkorea. Deutschland liegt bei 4,8 Prozent der Exporte von Industriegütern, Südkorea bei 27,7 Prozent. Das Delta von 22,9 Prozentpunkten ist sehr groß. Würde Deutschland diesen Abstand schließen, ergäbe sich ein Potenzialraum von rund 16,6 Prozent oder rund 740 Milliarden Euro Wirtschaftsleistung. Japans Anteil von IKT-Gütern an den Exportgütern von Industriegütern liegt bei rund 8,2 Prozent. Ein Aufschluss auf dieses Niveau ginge einher mit einem Wertschöpfungspotenzial von rund 2,3 Prozent.

Zugeflossene Direktinvestitionen
Der Koeffizient der netto-eingehenden FDI-Position beträgt 0,182. Eine um ein Prozent höhere Inward-FDI-Position geht im Mittel mit einer um 0,18 Prozent höheren Wirtschaftsleistung einher. Der Zusammenhang ist statistisch signifikant, der Koeffizient liegt aber unter dem des ECI.

Führungsland bei der FDI-Position ist die Schweiz. Deutschland liegt bei 26,5 Prozent des BIP, die Schweiz bei 94,1 Prozent. Würde Deutschland diesen Abstand schließen, ergäbe sich ein Potenzialraum von rund 25,9 Prozent oder 1.159 Milliarden Euro Wirtschaftsleistung. Trotz des schwächeren Koeffizienten ist der Potenzialraum wegen des großen Abstands hoch. Das Best-Practice-Land Japan liegt bei diesem Indikator hinter Deutschland, sodass hier kein Potenzialraum entsteht.

Die Ausschöpfung der Potenziale im Bereich der außenwirtschaftlichen Beziehungen ist ebenfalls als langfristiger Prozess zu verstehen. Japan lag bei der Economic Complexity Anfang der 2000er Jahre noch etwa auf dem Niveau Deutschlands. Dies zeigt, dass eine Verbesserung der außenwirtschaftlichen Verflechtung Zeit benötigt. Bei den ausländischen Direktinvestitionen konnte Japan seinen Wert seit 2005 zwar etwa verdoppeln. Das Ausgangsniveau war jedoch niedrig, sodass auch der aktuelle Wert weiterhin vergleichsweise gering ist. Für Deutschland kommt es daher auf verlässliche Rahmenbedingungen, offene Märkte und eine langfristig ausgerichtete Ansiedlungs- und Außenwirtschaftspolitik an. Gelingt es, mehr ausländische Investitionen zu gewinnen und Unternehmen stärker in internationale Wertschöpfungsnetze einzubinden, kann dies Deutschland schrittweise auf einen anderen Wachstumspfad führen. Die wirtschaftlichen Effekte werden sich dabei erst im Laufe der Zeit zunehmend im Pro-Kopf-BIP zeigen.

7.3 Ableitung von Maßnahmen

Die Analyse der Potenzialräume zeigt, dass Deutschland in mehreren Bereichen außenwirtschaftliche Leistungsfähigkeit ungenutzt lässt. Die folgenden drei Maßnahmen leiten sich aus der vorangegangenen Bestandsaufnahme und den Einschätzungen der Expertinnen und Experten ab. Sie zeigen einen Weg auf, wie die quantifizierten Potenzialräume ausgeschöpft werden können, indem Deutschland wieder zur internationalen Spitze aufschließt.

7.3.1 Willkommenspolitik für strategische Direktinvestitionen etablieren

Deutschland braucht eine offene Haltung gegenüber ausländischen Direktinvestitionen: eine „Yes, we want you"-Haltung bei politisch unkritischen, strategisch sinnvollen Investitionen. Das schließt Joint Ventures im Dienstleistungsbereich ausdrücklich ein.

Bisher fehlt diese Haltung. Investitionskontrollverfahren sind notwendig und richtig. Deutschland hat sie im Außenwirtschaftsgesetz verankert und in den vergangenen Jahren verschärft (Hüther 2026). Aber Kontrolle und Willkommen schließen sich nicht aus. Wer strategisch sinnvolle Investitionen anzieht, gewinnt auch Technologie und Zugang zu globalen Netzwerken. Japan zeigt, wie eine solche Politik ausgestaltet werden kann. Die japanische Regierung verbindet die aktive Gewinnung ausländischer Investitionen mit klaren industrie- und technologiepolitischen Zielen.

Für Deutschland ist insbesondere die Verbindung von Investitionsförderung und strategischen Technologiefeldern relevant. Japan konzentriert staatliche Unterstützung auf Bereiche wie die digitale und grüne Transformation, die Halbleiterindustrie und die Biowissenschaften. Dabei werden neben einzelne Investitionsprojekte auch die notwendige Infrastruktur, die Ansiedlung in Industrieparks und die Zusammenarbeit zwischen nationalen und ausländischen Unternehmen von staatlicher Seite unterstützt. Ausländische Direktinvestitionen werden dadurch als Bestandteil einer umfassenderen Standort- und Technologiepolitik verstanden.

Konkret bedeutet das: Durch die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen und Campus-Modellen mit schneller Genehmigung, guter Infrastruktur und steuerlichen sowie administrativen Erleichterungen, sollen ausländische Investoren wieder stärker nach Deutschland geholt werden. Dafür braucht es Reallaborbedingungen, wie Erleichterungen, die in abgegrenzten Zonen erprobt werden, bevor sie breiter ausgerollt werden. Investitionsvorhaben in strategischen Branchen erhalten Vorrang bei Genehmigungsverfahren. Und die Bundesregierung tritt als aktiver Standortwerber gegenüber ausländischen Investoren auf. Damit kann es gelingen, neben Kapital auch neues technologisches Know-how nach Deutschland zu holen.

7.3.2 Dienstleistungskompetenz mit Maschinenbau verbinden

Deutschland ist stark in der Produktion komplexer Industriegüter. Eine weitere Stärke der deutschen Wirtschaft liegt auch in der engen Verbindung von Industrie und Dienstleistungen. Diese Verbundwirtschaft umfasst die vielfältigen Vorleistungen, die Dienstleistungsunternehmen für die Industrie erbringen. Diese Verbundwirtschaft ist ein wichtiger Wettbewerbsvorteil. Sie ermöglicht es deutschen Unternehmen, technische Produkte mit spezifischem Anwendungswissen und kundenbezogenen Dienstleistungen zu verbinden. Dadurch entstehen Lösungen, die schwerer nachzuahmen sind als einzelne Maschinen oder standardisierte Produkte. Gerade für den exportorientierten deutschen Mittelstand kann dieser Verbund dazu beitragen, Kunden langfristig zu binden und sich von preisgünstigeren Wettbewerbern abzugrenzen.

Die Wertschöpfung verlagert sich zunehmend in Dienstleistungen: Wartung, Softwareintegration, Datenanalyse, Plattformlösungen. Die Verbindung von Maschinenbaukompetenz und Dienstleistungskompetenz ist der Weg zu wettbewerbsfähigen Produkten der nächsten Generation. Das setzt voraus, dass Deutschland den EU-Binnenmarkt für Dienstleistungen und Kapitalmärkte konsequenter nutzt. Die Expertinnen und Experten beschreiben das Denken in nationalen Kategorien als zentrale Baustelle: Die Vollendung des Binnenmarkts für Dienstleistungen ist aus ihrer Sicht eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben der kommenden Jahre.

Deutschland sollte „Industrie + Dienstleistungen" zur Leitlinie der Außenwirtschafts- und Standortpolitik machen. Ziel ist, dass deutsche Industrieunternehmen systematisch mit nationalen, europäischen und internationalen Dienstleistungsunternehmen skalieren können. Deutschland braucht eine gezielte Ansiedlungspolitik für Dienstleistungsunternehmen aus dem

Ausland, die mit deutschen Industrieunternehmen kooperieren wollen. Wirtschaftsverbände, Kammern und Brancheninitiativen sollten die Bedarfe der Unternehmen bündeln, geeignete Partner benennen und Matchmaking-Formate organisieren. Die Unternehmen selbst entscheiden über die konkreten Kooperationen und Geschäftsmodelle. Solche Matchmaking-Programme sollten gezielt in Industriefeldern eingesetzt werden, in denen Dienstleistungen einen besonders großen Wertschöpfungshebel haben, etwa bei der industriellen Automatisierung. So können ausländische Dienstleistungsunternehmen leichter mit deutschen Industrieunternehmen zusammenfinden und gemeinsam skalierbare Lösungen entwickeln.

7.3.3 Hightech-Leitmärkte zur Exportfähigkeit aufbauen

Deutschland verliert bei der wirtschaftlichen Komplexität an Boden gegenüber Wettbewerbern. Wenn Deutschland seine internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern und ausbauen will, muss es HightechFörderung auf das Ziel ausrichten, die internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder zu steigern. Dafür müssen die Förderbudgets für strategische Technologiefelder steigen. Dabei sollte auch eine Rolle spielen, ob Deutschland in diesem Feld eine international wettbewerbsfähige Position erreichen kann und es realistische Chancen für neue Exportprodukte oder Dienstleistungen existieren.

Eine zentrale Rolle kann dabei die öffentliche Beschaffung spielen. Der Staat sollte dort, wo ein öffentliches Interesse besteht, als Erstkunde für neue Technologien auftreten. Über öffentliche Beschaffung und Defense-Aufträge sollte die Exportfähigkeit in hochkomplexen Gütern aufgebaut werden. Der von Matthes (2026) vorgeschlagene „Free and Fair Trade Club“ kann hierfür einen zusätzlichen Rahmen bieten. Deutschland sollte die europäische Ebene stärker nutzen. Gemeinsame Standards, abgestimmte Beschaffung und interoperable Infrastrukturen können einen größeren und stabileren Absatzmarkt schaffen. Das ist besonders wichtig bei Technologien, deren Entwicklung hohe Fixkosten verursacht.

Das Ziel der Maßnahme ist nicht, in möglichst vielen Technologiefeldern gleichzeitig führend zu werden. Deutschland sollte sich auf Felder konzentrieren, in denen bestehende industrielle Stärken mit neuen Technologien verbunden werden können. Dazu zählen beispielsweise industrielle Automatisierung, Maschinenbau und Robotik, klimaneutrale Produktion, Halbleiterausrüstung, industrielle Software sowie sicherheitsrelevante digitale Anwendungen.

Die Umsetzung sollte anhand klarer Indikatoren überprüft werden. Dazu gehören unter anderem die Entwicklung des deutschen Weltmarktanteils in strategischen Warengruppen, wie sie Sultan und Matthes (2025) in ihrer Analyse vornehmen oder der Anteil an Patenten in diesem Bereich. Eine solche Orientierung würde die Hightech-Förderung stärker mit dem Ziel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit verbinden.

8. Fazit: Was Deutschland gewinnen kann und was dafür nötig ist

Die ökonometrischen Schätzungen zeigen Potenzialräume von bis zu 1,9 Billionen Euro Bruttoinlandsprodukt (Abbildung 8-1). Das ist ein erheblicher Betrag, der Wachstum und Wohlstand in den nächsten Jahrzehnten massiv treiben würde. Diese Zahl soll die laufende Debatte über den Weg Deutschlands befeuern, und er stellt den Diskussionen über die Rente mit 70, über massive Fachkräfteengpässe ab 2028 oder über ausufernde Bürokratie eine konkrete Zahl gegenüber, deren Aussage lautet: Der Mut zu Neuem lohnt sich.

Die Potenzialräume machen sichtbar, was es konkret bedeutet, wenn in Deutschland das Arbeitsvolumen erhöht wird und Standortbedingungen wieder so ausgestaltet sind, dass Unternehmen in großem Stil investieren:

- Wenn Qualifikationen passen, Wechsel in produktivere Bereiche leichter möglich sind und Betreuungsengpässe sowie Fehlanreize Mehrarbeit nicht verhindern, können mehr produktive Arbeitsstunden geleistet werden.

- Wenn attraktive Standortbedingungen bestehen, investieren Unternehmen in moderne Anlagen, digitalisierte Prozesse und neue Produktionskapazitäten.

Dabei entscheidet sich auch, ob Deutschland die finanziellen Spielräume für große absehbare Belastungen erarbeiten kann: für eine höhere Verteidigungsfähigkeit, steigende Zinsausgaben durch Schuldenaufnahme und die Stabilisierung des Sozialstaates in einer alternden Gesellschaft. Um das Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen der letzten drei Dekaden zu erhalten, erfordert der demografische Wandel ein Produktivitätswachstum von 1,6 Prozent pro Jahr (Bardt und Grömling 2025). Zudem erfordern die Transformationsmaßnahmen hin zu einer dekarbonisierten Wirtschaft technologische und innovative Lösungen sowie Produktivitätsverbesserungen, um die damit einhergehenden Kosten zu erwirtschaften.

Die Potenzialräume zeigen, dass dieses Wachstum erreichbar ist. Sie zeigen aber auch die Lücke, die sich auftut, wenn keine beherzten Schritte zur Erneuerung gegangen werden.

Was jetzt gefragt ist

Diese Studie fokussiert bewusst auf Maßnahmen, die kurz- bis mittelfristig die Produktivität erhöhen und damit die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Die Maßnahmen sind dabei als Paket zu verstehen: Nicht alle Elemente sind für sich revolutionär, einige Maßnahmen fordern Expertinnen und Experten seit Jahren, und zentrale Bausteine sind in anderen Ländern erprobt.

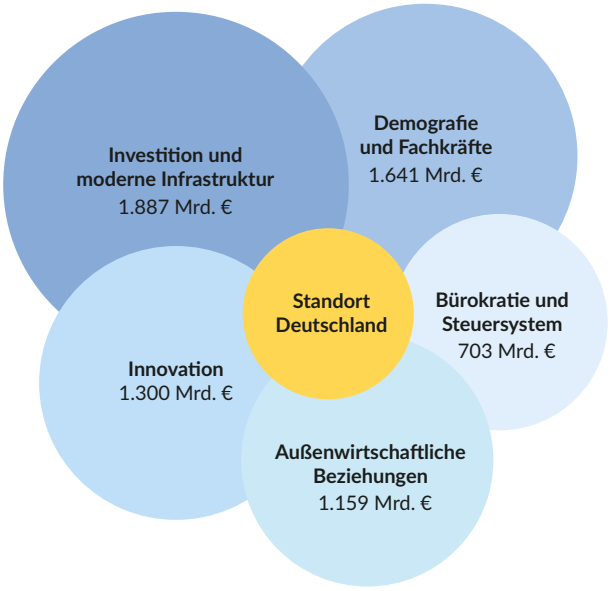
Entscheidend ist, dass ein Paket Wechselwirkungen nutzt: Mehr Arbeit wirkt nur, wenn die notwendige Qualifikation mitgedacht wird. Mehr Investitionen entstehen, wenn Genehmigungen beschleunigt werden und Standortklarheit besteht. Mehr Innovation wird durch klare Prioritäten gefördert. Die Kombination der Maßnahmen kann zu einem breiteren Konsens beitragen und bietet eine Roadmap für Deutschland zu mehr Produktivität und Wohlstand durch eine steigende internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Die internationalen Vergleiche vermitteln dabei auf den ersten Blick unterschiedliche Lehren. Die Schweiz zeigt, wie unternehmerische Freiheit und Wettbewerb Investitionen unterstützen. Südkorea und Japan verweisen dagegen auf den Nutzen einer fokussierten Industriepolitik, die technologische Schwerpunkte setzt und staatliche Förderung mit industriellen Zielen verbindet. Dieser Unterschied hängt auch mit der Größe und Wirtschaftsstruktur der Länder zusammen. Die Schweiz kann sich als kleiner, hoch spezialisierter Standort stärker auf ausgewählte Nischen konzentrieren. Deutschland ist dagegen eine große, exportorientierte Volkswirtschaft mit einer breiten industriellen Basis. Es kann sich nicht auf wenige Kompetenzfelder beschränken. Deutschland braucht deshalb gute allgemeine Standortbedingungen und eine gezielte Unterstützung strategischer Technologien.

ABBILDUNG 8-1

Potenzialräume für den Standort Deutschland

Die Abbildung zeigt den Potenzialraum des jeweiligen Leitindikators in den fünf Reformbereichen. Die Überschneidungen verdeutlichen, dass die Bereiche nicht trennscharf voneinander abgrenzbar sind. Verbesserungen in einem Bereich wirken oft in andere Bereiche hinein und erzeugen Synergien.



Quelle: eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

Daraus folgt eine Verbindung von horizontaler und vertikaler Industriepolitik. Die horizontale Ebene schafft unternehmerische Freiheit. Dazu gehören schnelle Genehmigungen, leistungsfähige Infrastruktur, Fachkräfte und ein verlässlicher Rechtsrahmen. Die vertikale Ebene setzt Prioritäten bei Technologien und Märkten, in denen Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit sichern muss. Sie kann Forschung, Anwendung, private Investitionen und staatliche Nachfrage gezielt miteinander verbinden. Beide Ebenen müssen zusammenwirken. Erforderlich ist ein handlungsfähiger Staat, der gute Rahmenbedingungen setzt, strategische Felder definiert und Unternehmen Raum für Wettbewerb und Innovation lässt.

Deutschland verfügt über starke Fundamente: eine breite industrielle Basis, exzellentes Ingenieurwissen, einen leistungsfähigen Mittelstand und eine hohe Exportqualität. Diese Stärken sind nicht verschwunden. Sie werden aber nicht mehr ausreichend genutzt, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Die Potenzialräume dieser Studie zeigen, was möglich ist, wenn Deutschland wieder funktioniert. Die Stärken sind nach wie vor vorhanden.

9. Methodik

Diese Studie untersucht den Einfluss verschiedener Facetten der Wettbewerbsfähigkeit auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf (in konstanten US$ 2015) (World Bank 2024). Die Analyse basiert auf Paneldaten, die einen Zeitraum von bis zu 35 Jahren (1990 bis 2025) abdecken und bis zu 48 Länder umfassen. Aus Gründen der Datenverfügbarkeit variiert die genaue Anzahl der Länder und Jahre, die in die einzelnen Schätzungen einbezogen werden. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, beschränkt sich die Analyse auf Schwellenländer und fortgeschrittene Volkswirtschaften. Die Ländergruppe besteht aus OECD-Ländern sowie deren Partnerländern (Brasilien, China, Indien, Indonesien, Südafrika) und Kandidatenländern (Peru, Argentinien, Bulgarien, Kroatien, Rumänien).

Ökonometrisches Modell: Zur Schätzung des Einflusses der Indikatoren auf das Pro-Kopf-BIP wurde ein Two-way-Fixed-Effects-Modell (Länder- und Zeiteffekte) verwendet. Diese Methode ermöglicht es, den spezifischen Einfluss der Indikatoren auf das Wirtschaftswachstum zu isolieren, indem allgemeine Entwicklungen der Wirtschaftsleistung im Zeitverlauf (erfasst durch feste Zeiteffekte) und zeitinvariante Unterschiede zwischen den Ländern (erfasst durch feste Ländereffekte) kontrolliert werden. Dies verringert die Wahrscheinlichkeit, dass eine statistische Korrelation nur auf einer gemeinsamen Entwicklung im Zeitverlauf oder auf länderspezifischer Heterogenität beruht, und reduziert somit den Schätzfehler des Modells. Das ökonometrische Modell kann formal wie folgt dargestellt werden:

$$Y_{it} = \beta x_{it} + \gamma_i + \delta_t + \epsilon_{it}$$

wobei Y_{it} das Pro-Kopf-BIP von Land *i* im Jahr *t*, x_{it} der Wert des Indikators *x* in Land *i* zum Zeitpunkt *t*, γ_i der feste Ländereffekt, δ_t der feste Zeiteffekt und ϵ_{it} der Fehlerterm (geclustert auf Länderebene) ist. Zur Überprüfung der Robustheit wurde die Schätzung mit Modellen durchgeführt, die auch den Einfluss von bis zu vier Vorjahren berücksichtigen. Die Korrelation mit der Wirtschaftsleistung wird nicht nur im gleichen Zeitraum, sondern für die meisten Indikatoren auch mit einer zeitlichen Verzögerung beobachtet.

Interpretation: Sowohl die abhängige Variable (BIP pro Kopf) als auch die unabhängige Variable wurden für die Schätzungen logarithmiert. Das bedeutet, dass die Koeffizienten als Elastizitäten zu interpretieren sind und den Prozentsatz angeben, um den sich die abhängige Variable ändert, wenn die unabhängige Variable um ein Prozent steigt. Bei einzelnen Schätzungen, bei denen Proportionen oder Indizes als Indikator verwendet werden, wird die unabhängige Variable nicht logarithmiert. Für diese Variablen sind die Koeffizienten als Semi-Elastizitäten zu interpretieren: Sie geben den Prozentsatz an, um den sich die abhängige Variable ändert, wenn sich die unabhängige Variable um eine Einheit erhöht.

Es sei darauf hingewiesen, dass einige der untersuchten Indikatoren stark miteinander korreliert sind. Hohe statistische Abhängigkeiten zwischen den unabhängigen Variablen eines Regressionsmodells führen zu verschiedenen Problemen. Zum einen besteht in der Regel ein großes Interesse an der Interpretation der marginalen Effekte der unabhängigen Variablen. Diese geben an, inwieweit sich die abhängige Variable (BIP pro Kopf) ändert, wenn sich eine (und nur eine) der unabhängigen Variablen ändert. Bei statistisch abhängigen Variablen ist es jedoch nicht möglich, die übrigen Variablen unverändert zu lassen. Wenn beispielsweise die privaten Investitionen steigen, steigen aufgrund der positiven Korrelation auch die FuE-Ausgaben. Solche Abhängigkeiten erschweren die Auswahl der signifikanten Variablen und führen zu instabilen Punktschätzungen der unabhängigen Variablen. Daher wurden einzelne Regressionen durchgeführt, bei denen jeweils ein Indikator analysiert wurde. Damit wird zwar das Problem der Multikollinearität gelöst, aber es entsteht das Problem der Verzerrung durch ausgelassene Variablen (omitted variable bias): Da in jeder Regression nur ein Indikator enthalten ist, umfasst der ausgewiesene Koeffizient nicht nur den direkten Effekt dieses Indikators, sondern auch indirekte Effekte auf den Wirtschaftsindikator, die durch korrelierte Indikatoren verursacht werden. Dies bedeutet, dass die Auswirkungen nicht additiv interpretiert werden können.

In Bezug auf die geschätzten Elastizitäten und Semi-Elastizitäten sind drei damit zusammenhängende methodische Punkte zu beachten: Erstens können sie, wie oben dargelegt, nicht addiert werden, da es Überschneidungen und Beziehungen zwischen ihnen gibt. So kann sich beispielsweise eine Veränderung des Indikators „private Investitionen“ auf den Indikator „Forschungs- und Entwicklungsausgaben“ auswirken; die kombinierte Elastizität ist wahrscheinlich kleiner als die Summe der Elastizitäten. Zweitens können sie nicht als kausale Effekte interpretiert werden, da sie statistische Assoziationen darstellen. Obwohl unser ökonometrischer Ansatz zeitinvariante Merkmale der Länder (z. B. Standort) und länderinvariante Merkmale der Jahre (z. B. geopolitische Lage) kontrolliert, sind wir vorsichtig, die Ergebnisse als kausale Zusammenhänge zu interpretieren, da es verbleibende Störvariablen geben kann, die sowohl über die Zeit als auch über die Länder hinweg variieren. Drittens modellieren sie nicht explizit die Entwicklung innerhalb eines Landes im Zeitverlauf: Wenn sich ein Indikator ändert, ist nicht zu erwarten, dass sich das Pro-Kopf-BIP sofort ändert. Stattdessen kann die Änderung eines Indikators ein Land auf einen anderen Wachstumspfad bringen, was sich im Laufe der Zeit auf das Pro-Kopf-BIP auswirkt.

Literaturverzeichnis

Aghion, Philippe; Howitt, Peter (1992): A Model of Growth Through Creative Destruction. In: Eco-no-metrica 60 (2), S. 323. DOI: 10.2307/2951599.

Anger, Christina; Betz, Julia; Plünnecke, Axel (2025): INSM-Bildungsmonitor 2025. Mehr Empirieori-entierung an den Schulen für mehr Qualität.

Bardt, Hubertus; Grömling, Michael (2025): Hemmnisse und Herausforderungen bei der Bewältigung der demografischen Produktivitätslücke in Deutschland. In: IW-Trends (2).

Bardt, Hubertus; Grömling, Michael; Schleiermacher, Thomas; Seyda, Susanne (2026): Warum inves-tieren Unternehmen in Deutschland? In: IW-Trends (2).

Baur, Andreas; Flach, Lisandra (2022): Deutsch-chinesische Handelsbeziehungen: Wie abhängig ist Deutschland vom Reich der Mitte? In: ifo-Schnelldienst 75 (4).

Baur, Andreas; Flach, Lisandra (2025): Globale Wertschöpfungsverflechtungen in der deutschen In-dustrie. In: ifo-Forschungsberichte (7).

BCG (2026): How the Factory of the Future Is Reshaping the Economics of Manufacturing Competi-tiveness.

BCG; IW; BDI (2024): Transformationspfade für Deutschland. Eckpunkte für eine neue industriepolitische Agenda.

BDI (2026): BDI-Präsident Peter Leibinger: Ein Zukunftsplan für ein resilientes und wettbewerbsfähi-ges Deutschland. Online verfügbar unter https://bdi.eu/de/articles/querschnitt/wirtschafts-und-industriepolitik/bdi-praesident-peter-leibinger-ein-zukunftsplan-fuer-ein-resilientes-und-wettbewerbsfaehiges-deutschland, zuletzt geprüft am 28.07.2026.

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2023): Innovative Milieus 2023. Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2026): Innovative Milieus 2026. Die Innovationsfähigkeit der deutschen Unternehmen in schwierigen Zeiten. Gütersloh.

Bolwin, Lennart; Kempermann, Hanno; Wortmann, Marcus; Meyer zu Schwabedissen, Otto (2025): Investitionen in Deutschland: Sonderauswertung aus dem IW-Zukunftspanel. Hg. v. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Borowczyk-Martins, Daniel (2025): Employer-to-Employer Mobility and Wages in Europe and the United States. In: IZA Discussion Paper Series (17719).

Bouis, Romain; Duval, Romain; Eugster, Johannes (2016): Product Market Deregulation and Growth. In: IMF Working Papers 2016 (114), S. 1. DOI: 10.5089/9781484385029.001.

Buhmann, Mara; Fitzenberger, Bernd (2026): Überraschender Anstieg der beruflichen Mobilität. In: IAB-Forum.

Bundesministerium der Finanzen (2026): „Reformen für ein starkes Land“: Rede von Lars Klingbeil bei der Bertelsmann Stiftung. Online verfügbar unter https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2026/2026-03-25-lars-klingbeil-bei-bertelsmann-stiftung.html, zuletzt geprüft am 29.07.2026.

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren Frauen und Jugend (BMBFSFJ) (2026): Bildung in Deutschland 2026. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildungsungleichheiten nach sozialer Herkunft.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) (2026): Jahreswirtschaftsbericht 2026. In-vestitionen und Reformen für Wachstum und Resilienz. Berlin.

Bundesregierung (2025a): Digitaler Fortschritt – weniger Bürokratie. Online verfügbar unter https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/neues-digitalministerium-2346852, zuletzt geprüft am 28.07.2026.

Bundesregierung (2025b): Regierungserklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz. Online verfügbar unter https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-friedrich-merz-2347888, zuletzt geprüft am 28.07.2026.

Bundesregierung (2026a): Ein Programm für Aufschwung und Beschäftigung.

Bundesregierung (2026b): Regierungserklärung der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Katherina Reiche, zum Jahreswirtschaftsbericht 2026 vor dem Deutschen Bundestag am 30. Januar 2026 in Berlin. Online verfügbar unter https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/bmwe-jahreswirtschaftsbericht-2405212, zuletzt geprüft am 29.07.2026.

CDU; CSU; SPD (2025): Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Online verfügbar unter https://www.koalitionsvertrag2025.de/, zuletzt geprüft am 26.07.2026.

Cedefop (2025): Vocational education and training policy briefs 2024 – Estonia. National VET policy developments 2023-24.

dbb (2026): Monitor öffentlicher Dienst 2026.

Diegmann, André; Kubis, Alexander (2025): Die Betriebe mussten in den letzten drei Jahren 325.000 Arbeitskräfte zusätzlich einstellen, um die gewachsene Bürokratie zu bewältigen.

Diermeier, Matthias; Bergmann, Knut (2026): Die Kettensäge hilft nicht. Unternehmen zwischen Bürokratie und Reformagenda. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 76 (11).

Draghi, Mario (2024): The Draghi report: A competitiveness strategy for Europe.

Dullien, Sebastian; Gerards Iglesias, Simon; Hüther, Michael; Rietzler, Katja (2024): Herausforderun-gen für die Schuldenbremse. In: IW-Policy Paper (2).

enterprise europe network (2026): Factsheet Förderung – Peru.

Eurostat (2026): Kinder in formale Kinderbetreuung oder Bildung nach Altersklassen und zeitlicher Nutzung – % der Population in der Altersklasse.

Eurydice (2026): Estonia – National reforms in early childhood education and care. Online verfügbar unter https://eurydice.eacea.ec.europa.eu/eurypedia/estonia/national-reforms-early-childhood-education-and-care, zuletzt geprüft am 26.07.2026.

Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) (2026): Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2026. Berlin.

Farrell, Henry; Newman, Abraham L. (2019): Weaponized Interdependence: How Global Economic Networks Shape State Coercion. In: International Security 44 (1), S. 42–79. DOI: 10.1162/ISEC_a_00351.

Fitzenberger, Bernd (2026): Wir müssen in Deutschland unterm Strich mehr arbeiten – die gesetzli-che Einschränkung des Teilzeitanspruchs ist dafür der falsche Weg.

Fitzenberger, Bernd; Holleitner, Julia; Kagerl, Christian (2024): Herausforderungen für die Arbeits-märkte der Zukunft am Beispiel Deutschland. In: Wirtschaftsdienst (104(8)).

Geis-Thöne, Wido (2025): 300.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige fehlen. Eine Betrachtung der Entwicklung von Bestand und Bedarf an Betreuungsplätzen. In: IW-Report (63).

Government of Canada (2025): AI Strategy for the Federal Public Service 2025-2027: Full-text.

Government of Canada (2026a): Performance Management Program (PMP) for Executives.

Government of Canada (2026b): Scientific Research and Experimental Development (SR&ED) tax incentives. Online verfügbar unter https://www.canada.ca/en/revenue-agency/services/scientific-research-experimental-development-tax-incentive-program.html, zuletzt geprüft am 26.07.2026.

Graham, Leonie; Haag, Maike; Koppel, Oliver (2026): Industrieposition in der Zukunft: Patentdyna-mik in zentralen Technologiebereichen. Hg. v. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Gwartney, James; Lawson, Robert (2006): Economic Freedom of the World 2006 Annual Report.

Hellwagner, Timon; Söhnlein, Doris; Weber, Enzo (2023): Modeling Migration Dynamics in Stochastic Labor Supply Forecasting.

Hentze, Tobias; Kauder, Björn (2026): Die Steuerbelastung der Unternehmen im internationalen Vergleich.

Hentze, Tobias; Kolev-Schaefer, Galina (2025): Wirtschaftliche Impulse durch das Steuerpaket der Bundesregierung. In: IW-Kurzbericht (60).

Hüther, Michael (2026): Außenwirtschaft als Machtinstrument. Gastbeitrag im Dossier Geoökono-mie der Süddeutschen Zeitung.

ifo Institut (2024): Entgangene Wirtschaftsleistung durch hohen Bürokratieaufwand.

IMD (2026): World Competitiveness Ranking 2026. Online verfügbar unter https://www.imd.org/centers/wcc/world-competitiveness-center/rankings/world-competitiveness-ranking/rankings/wcr-rankings/#_tab_Rank, zuletzt geprüft am 26.07.2026.

International Labour Organization (2026): ILOSTAT database: Youth NEET rate.

Jäger, Simon; Weber, Enzo (2024): Raus aus der Minijobfalle!

JETRO (2025): JETRO Invest Japan Report 2025.

KfW Research (2026): KfW-Kommunalpanel 2026. KfW Bankengruppe.

Kolev-Schaefer, Galina; Sultan, Samina (2026): Transatlantic trade at a crossroads.

KPMG (2026): Business Destination Germany 2026: Zwischen hohem Reformdruck und starkem Fundament.

Labour Inspectorate (2026): Termination of employment contract. Ministry of Economic Affairs and Communications. Online verfügbar unter https://www.eesti.ee/eraisik/en/artikkel/employment-and-volunteering/working-bases/termination-of-employment-contract, zuletzt geprüft am 26.07.2026.

Matthes, Jürgen (2026a): Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland 2025 mehr als verdop-pelt. Online verfügbar unter https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/juergen-matthes-auslaendische-direktinvestitionen-in-deutschland-2025-mehr-als-verdoppelt.html, zuletzt geprüft am 29.07.2026.

Matthes, Jürgen (2026b): Free and Fair Trade Club to build Middle Power Weight.

McKinsey (2026): Produktivität. Neu gedacht. Mit mutigen Entscheidungen Wachstum für Deutschland neu definieren.

Ministry of Education and Research Estonia (2024): Pre-school, basic and secondary education. Online verfügbar unter https://hm.ee/en/education-research-and-youth-affairs/general-education/general-education-estonia, zuletzt geprüft am 27.07.2026.

Morrison, Catherine (2026): Public service executives got more than $146 million in performance pay last year. Hg. v. The Canadian Press.

National Center on Education and the Economy (NCEE): Top-Performin Countries Estonia. Online verfügbar unter https://ncee.org/estonia/, zuletzt geprüft am 27.07.2026.

Nicoletti, Giuseppe; Scarpetta, Stefano (2003): Regulation, Productivity and Growth: OECD Evidence. Hg. v. OECD.

Normenkontrollrat (2025): Einfach, schnell, wirksam. Den Staat neu gestalten.

Observatory of Economic Complexity (2026): Countries (ECI) Rankings.

OECD (2020a): Early Learning and Child Well-being in Estonia. Paris.

OECD (2020b): Strengthening the Governance of Skills Systems: Lessons from Six OECD Countries. Paris.

OECD (2024): OECD Survey on Drivers of Trust in Public Institutions - 2024 Results Switzerland. Paris.

OECD (2025a): Employment in general government as a percentage of total employment.

OECD (2025b): OECD Green Transition Database.

OECD (2026a): Employment rate. Online verfügbar unter https://data-explorer.oecd.org/vis?fs[0]=Topic,0%7CEmployment%23JOB%23&pg=20&fc=Topic&bp=true&snb=68&df[ds]=dsDisseminateFinalDMZ&df[id]=DSD_LFS%40DF_IALFS_EMP_WAP_Q&df[ag]=OECD.SDD.TPS&df[vs]=1.0&dq=.EMP_WAP.._Z.Y._T.Y15T64..Q&lom=LASTNPERIODS&lo=7&to[TIME_PERIOD]=false, zuletzt geprüft am 28.07.2026.

OECD (2026b): Foundations for Growth and Competitiveness 2026. Ländernotiz Deutschland. Onli-ne verfügbar unter https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/support-materials/2026/04/foundations-for-growth-and-competitiveness/Grundlagen-f%C3%BCr-Wachstum-und-Wettbewerbsf%C3%A4higkeit-2026-L%C3%A4ndernotiz-Deutschland.pdf, zuletzt geprüft am 29.07.2026.

OECD (2026c): Government budget allocations for R&D.

OECD (2026d): Gross domestic spending on R&D. % of GDP.

OECD (2026e): Hours worked.

OECD (2026f): Indicator: General government debt.

OECD (2026g): Industrial production.

OECD (2026h): Investment (GFCF).

OECD (2026i): OECD Labour Force Statistics.

OECD (2026j): OECD Survey on Drivers of Trust in Public Institutions 2026 Results: OECD Publishing.

OECD (2026k): PISA 2025 Results (Volume I).

OECD (2026l): Taxing Wages 2026: OECD Publishing.

OECD (2026m): Venture capital investments. % of GDP.

Puls, Thomas; Schmitz, Edgar (2025): Wie stark beeinträchtigt der Zustand der Verkehrsinfrastruktur die Unternehmen in Deutschland? In: IW-Trends 52 (3).

PwC (2026): PwC's tax comparison. Get an overview of the tax landscape in Switzerland and across the world with easily accessible map-based information. Online verfügbar unter https://www.pwc.ch/en/services/tax-advice/taxcomparison.html, zuletzt geprüft am 26.07.2026.

Rat der Europäischen Union (2021): Empfehlung (EU) 2021/2122 vom 26. November 2021 zu ei-nem Pakt für Forschung und Innovation in Europa.

Republik Korea (2013): Enforcement Decree of the Technology Transfer and Commercialization Pro-motion Act.

Röhl, Klaus-Heiner; Scheufen, Marc (2026): Bürokratie in Deutschland.

Schäfer, Holger (2024): Arbeitszeit: Sind die Deutschen arbeitsscheu? In: IW-Kurzbericht (21).

Schnitzer, Monika; Fuchs-Schündeln, Nicola; Wrohlich, Katharina; Ankersen, Wiebke; Berg, Christian; Blömer, Maximilian et al. (2026): Reformvorschlag für das Ehegattensplitting: Ehe schützen, Familien stärken, Erwerbsanreize verbessern.

Schumpeter, Joseph A. (1942): Capitalism, Socialism and Democracy.

SPRIN-D (2025): DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE MILITÄRISCHE INNOVATIONSAGENTUR.

Stamer, Vincent (2023): Deutsche Exporte ausgebremst: China ersetzt „Made in Germany". In: Kiel Policy Brief (167).

State Secretaruat for International Finance SIF (2026): Switzerland as a fintech nation: stability meets progress. Online verfügbar unter https://www.sif.admin.ch/en/innovation-en, zuletzt geprüft am 26.07.2026.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2026a): 28 % der Teilzeitbeschäftigten arbeiten auf eigenen Wunsch reduziert. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2026b): Beschäf-tigte, Umsatz, Produktionswert und Wertschöp-fung der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe: Deutschland, Jahre, Wirtschaftszweige (2-/3-/4-Stel-ler).

Sultan, Samina; Matthes, Jürgen (2025): Exportdomi-nanz Deutschlands im Außenhandel. In: IW-Report (12).

tagesschau (2026): Die Bildungsschere öffnet sich schon vor der Schule. Online verfügbar unter https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bildungsbe-richt-bundesregierung-100.html.

tagesschau.de (2025): Bundesregierung geht von mehr Wachstum ab 2026 aus. Online verfügbar unter https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/bundesregierung-konjunkturprogno-se-102.html, zuletzt geprüft am 29.07.2026.

Verkehrsministerkonferenz (2013): Beschluss der Sonder-Verkehrsministerkonferenz am 2. Oktober 2013 in Berlin.

Weltbank (2026a): GDP (current US$).

Weltbank (2026b): ICT goods exports (% of total goods exports).

Weltbank (2026c): Worldwide Governance Indica-tors.

Werkmeister, Katja; Wößmann, Ludger (2025): Volkswirtschaftliche Erträge besserer Bildung. Pro-jektionen aktueller Bildungsziele für Deutschland und die Bundesländer. Hg. v. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

WIPO (2025): Global Innovation Index 2025.

World Bank (2024): Metadata Glossary: GDP per capita (constant 2015 US$). Online verfügbar unter https://databank.worldbank.org/metadataglossary/sustainable-development-goals-%28sdgs%29/series/NY.GDP.PCAP.KD, zuletzt geprüft am 09.04.2024.

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
bertelsmann-stiftung.de

Dr. Daniel Schraad-Tischler
Director
Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
daniel.schraad-tischler@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81-81240

www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/zukunftsstandort-deutschland

BertelsmannStiftung